

zivilschutz magazin



Die Ausbildungsstätten des
Katastrophenschutzes der Länder

Das Kurzportrait

Heute: Katastrophenschutzschule
Niedersachsen, Bad Neundorf

Im niedersächsischen Staatsbad Bad Nenndorf, einer Gemeinde im Landkreis Schaumburg mit rund 9 000 Einwohnern, liegt die Katastrophenschutzschule Niedersachsen. Die Schule wurde 1963 in einem ehemaligen Flüchtlings-Notaufnahmelager in Uelzen als „Landesschule Niedersachsen für den zivilen Bevölkerungsschutz“ errichtet. 1968 erfolgte der Umzug nach Bad Nenndorf am Rande des Deisters. Seit August 1982 wird die gesamte schulische Ausbildung im Katastrophenschutz für das Land Bremen ebenfalls in Bad Nenndorf durchgeführt. Zusätzlich werden ein großer Teil der Katastrophenschutz Helfer und Führungskräfte aus Berlin und in geringem Umfang auch aus Hamburg ausgebildet.

WISSENSWERTES AUF EINEN BLICK

Belegkapazität

Es können insgesamt 80 Lehrgangsteilnehmer in

- 2 Ein-Bett-Zimmern
 - 15 Zwei-Bett-Zimmern
 - 16 Drei-Bett-Zimmern
- untergebracht werden.

Im Rahmen einer derzeit vom Bund für 1988 geplanten Umbaumaßnahme sollen die schulischen Einrichtungen verbessert und modernisiert werden.

Vorgesehen ist eine Unterbringung der Lehrgansteilnehmer in ausschließlich Zwei-Bett-Zimmern.

Lehrgangsangebot

Es werden je Ausbildungsjahr zwischen 125 bis 130 Lehrgänge — verteilt auf rund 55 verschiedene Lehrgangsarten — durchgeführt.

Sie gliedern sich in Lehrgänge für:

- Mitglieder Stab HVB und Stabspersonal,
- Führer von Einheiten und Einrichtungen der Führung und der Fachdienste,
- Unterführer,
- Helfer mit besonderen Tätigkeiten.

Anzahl der Lehrbereiche

Fünf Lehrgruppenleiter/Fachlehrer sind für folgende Fachbereiche zuständig:

- ABC-Dienst
- Bergungsdienst
- Einheiten/Einrichtungen der Führung
- Fernmeldedienst
- Sanitäts-, Betreuungs-, Versorgungsdienst

Anzahl der Lehrkräfte

Insgesamt zehn Lehrkräfte — davon fünf Ausbilder — werden von drei Gerätewarten und drei Kraftfahrern unterstützt.

Lehrräume

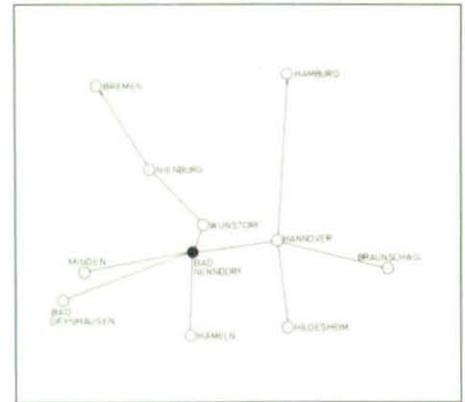
Für die Ausbildung stehen drei modern eingerichtete Hörsäle, ein Planspiel- und ein Modellraum sowie eine Fernmeldezentrale HVB zur Verfügung.

Jährliche Ausbildungsrate

Innerhalb eines Jahres werden rund 2 400 Lehrgangsteilnehmer ausgebildet. Die Teilnehmerzahl je Lehrgang liegt im Jahresdurchschnitt bei 18.

Übungsgelände

Ein Übungsgelände ist im Nahbereich der Schule nicht vorhanden. Die praktische Ausbildung findet zur Zeit u. a. auf bis zu



30 km entfernten Übungsplätzen der Bundeswehr statt. Das Land Niedersachsen und der Bund sind derzeit darum bemüht, ein Gelände im Nahbereich der Schule zu erwerben. Hierauf sollen die dringend erforderlichen Übungsobjekte erstellt werden.

Fahrzeugpark

Die Schule verfügt über 20 Kraftfahrzeuge der verschiedenen Fachdienste. Für bestimmte Lehrgänge werden von den entscheidenden Stellen zusätzliche Fahrzeuge an die Schule beordert.

Freizeitmöglichkeiten

Schule: Kantine mit 40 Sitzplätzen, ein Lese- und ein Fernsehraum, Gartenschach.

Bad Nenndorf: Hallenschwimmbad, Freibad, Thermalsole-Hallen- und Freibad, Kurpark, Konzerte etc.

Nahbereich: Ausflugs- und Wanderziele im Deister und in den Bückebergen sowie am Steinhuder Meer.

Landeshauptstadt Hannover knapp 30 km entfernt.

Schulleiter

Eduard Stanowski

Anschrift

Katastrophenschutzschule Niedersachsen
Niedernfeld 2 und 4
3052 Bad Nenndorf
Tel.: (0 57 23) 50 34 und 50 35



zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

September
9/87

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft — nach Entfernen des Umschlags — zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5000 Köln 41 Ruf (02 21) 498 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August und im November/Dezember als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 1204 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 546-0, Telex 17-2283 687
Teletex 2283687, Telefax 546-150

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5000 Köln 41
Postfach 450247, Ruf (02 21) 498 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

Das Kurzportrait	U 2
Umschau	2
Katastrophen- und Zivilschutz in der öffentlichen Meinung	6
Umfrage des Bundesministers des Innern	
Zivil-Militärische Zusammenarbeit	8
Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach sprach zu Führungskräften der Feuerwehr	
Wie Hilfe sich realisiert	11
Auslandskatastrophenschutz der Johanniter-Unfall-Hilfe hat sich vielfach bewährt	
Aufsichtsbehörde und Partner	14
Organisation und Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde	
Bundesverband für den Selbstschutz	20
Technisches Hilfswerk	24
Warndienst	31
Deutsches Rotes Kreuz	35
Arbeiter-Samariter-Bund	39
Johanniter-Unfall-Hilfe	41
Malteser-Hilfsdienst	45
Deutscher Feuerwehrverband	49
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	55
Presseschau des Inlands	61
Presseschau des Auslands	62
Wissenschaft & Technik	63
Neue Bücher	64
Das Minimagazin	U 3



Umschau

Weitere 53 Krankentransportwagen für den Katastrophenschutz

Das Innenministerium Baden-Württemberg übergibt in den nächsten Tagen weitere 53 Krankentransportwagen für Zwecke des Katastrophenschutzes an Sanitätsorganisationen des Landes. Der Gesamtwert der Fahrzeuge beträgt rund 3 Mio. DM. In den Krankentransportwagen können vier Verletzte liegend transportiert werden.

Der Sanitätsdienst des Katastrophenschutzes ist nach Darstellung des Innenministeriums jetzt ausreichend mit Fahrzeugen für den Transport Verletzter ausgerüstet. Jeder der 64 Sanitätszüge in den Stadt- und Landkreisen verfügt über zwei Gruppenfahrzeuge für Helfer und über zwei Krankentransportwagen. Insgesamt hat das Land dafür in den letzten Jahren rund 10 Mio. DM aufgewendet.

Als nächstes sollen für den Katastrophenschutz Arztwagen mit geschlossenen Aufbauten für die notärztliche Erstbehandlung von Verletzten beschafft werden. Auch diese Fahrzeuge sind nicht nur für den Einsatz bei Katastrophen vorgesehen, sondern auch bei größeren Unglücksfällen, wenn nicht genügend Rettungswagen vorhanden sind.



Sportflugzeug stürzte ab: sieben Tote

Sieben Menschenleben forderte ein tragischer Flugzeugabsturz im Münchner Stadtteil Trudering. Eine zweimotorige Turboprop-Maschine vom Typ „Piper Cheyenne“ war bei einem simulierten Landeanflug auf den Flughafen München-Riem mitten in das Wohngebiet gestürzt. Zuvor hatte das Flugzeug ein Schnell-Restaurant gestreift und einen städtischen Linienbus, der gerade dort hielt und mit 15 Personen besetzt war, gerammt. Nur zwanzig Meter neben einer Tankstelle brannte die Maschine völlig aus. Dabei waren zunächst sechs Menschen getötet und 14 zum Teil schwer verletzt worden. Das siebte Opfer erlag am nächsten Tag seinen schweren Verletzungen.

Wenige Minuten nach dem Absturz waren schon Kräfte der Flughafen-Feuerwehr von Riem an der Unfallstelle und konnten die ersten Verletzten bergen.

Die Polizei mußte den Feierabendverkehr weiträumig umleiten. Insgesamt waren hundert Feuerwehrleute, 17 Rettungswagen und fünf Notarztwagen im Einsatz. (Foto: dpa)

Zehn Jahre Löschzug Retten Schwalmstadt/Willingshausen

Auf das zehnjährige Bestehen konnte der Löschzug Retten Schwalmstadt/Willingshausen als Ergänzungszug im erweiterten Katastrophenschutz zurückblicken. Der Zug besteht aus Fahrzeugen und Aktiven der Freiwilligen Feuerwehren Merzhäusen, Treysa, Ziegenhain, Niedergrenzbach und Wiera und steht unter Leitung des Zugführers Helmut Lotz (Ziegenhain), der im Anschluß an eine Waldbrandübung über die vergangenen zehn Jahre berichtete. Von dem damaligen Stadtbrandinspektor der Stadt Schwalmstadt, Günter Schmalz, und dem damaligen Oberbrandmeister der Gemeinde Willingshausen, Wilhelm Lippardt, war angeregt worden, einen gemeinsamen KatS-Löschzug der Ergänzung mit kommunalen Löschfahrzeugen aufzustellen. 85 Helfer haben den Zug in dieser Zeit durchlaufen. Von der ersten Stunde sind heute noch 13 Helfer aktiv im Löschzug integriert.

Lotz dankte besonders der Gemeinde Willingshausen und der Stadt Schwalmstadt für die Bereitstellung der Fahrzeuge. Mit Gästen und Freunden wurde das Jubiläum gefeiert.

Französische Delegation im BZS

Die Präsidentin der Fédération Nationale de Protection Civile (F.N.P.C.), Madame





Guinot, der Vizepräsident, Monsieur Bernuzeau, der Ausbildungs-Referent, Monsieur Francheterre, sowie ein weiteres Präsidiumsmitglied waren anlässlich eines dreitägigen Informationsaustausches beim Technischen Hilfswerk (THW) Gäste im Bundesamt für Zivilschutz (BZS). Die Delegation wurde vom Präsidenten des BZS, Hans Georg Dusch, empfangen, der sich über die Aufgaben der Fédération Nationale de Protection Civile im System des französischen Zivilschutzes unterrichten ließ. Als Zeichen seiner Verbundenheit mit der F. N. P. C. überreichte er Präsidentin Guinot die Plakette des Bundesamtes für Zivilschutz. Das Bild zeigt Präsidentin Guinot (Bildmitte) mit Vizepräsident Bernuzeau (3. v. l.), Präsident Dusch (5. v. r.), Ausbildungsreferent Francheterre (4. v. r.) und Direktor THW, Henkel (rechts). (Foto: Hilberath)

Internationales SAR-Seminar bei der DGzRS

Nautiker aus zehn Nationen waren zu Gast bei der SEENOTLEITUNG BREMEN (Rescue Co-ordination Centre = RCC BREMEN) der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger: Studenten der World Maritime University (WMU) mit Sitz in Malmö wurden während eines einwöchigen Seminars in die Grundlagen der Einrichtung und Durchführung des maritimen SAR-Dienstes (SAR: Search And Rescue) eingewiesen. Ziel des Seminars war es, die Teilnehmer in die Lage zu versetzen, in ihren Heimatländern notwendige Maßnahmen zu erkennen, die für die Einrichtung und Entwicklung nationaler SAR-Dienste erforderlich sind. Grundlage dafür bildet die SAR-Konvention, die 1985 in Kraft getreten ist.

In der SEENOTLEITUNG BREMEN erhielten die hochqualifizierten Nautiker,

die zum Teil als Seefahrtsschullehrer tätig sind, Einblick in den Aufbau des maritimen SAR-Dienstes der Bundesrepublik, der von der DGzRS eigenverantwortlich und unabhängig durchgeführt wird. Neben der Schulung in Bremen informierten sich die Teilnehmer auch über das Verkehrssicherungssystem Deutsche Bucht im Rahmen eines Aufenthaltes in Cuxhaven. Die Einführung in die moderne SAR-Technik fand an Bord des DGzRS-Seenotkreuzers „Hermann Helms“/Station Cuxhaven statt.

Das Seminar bildet den Auftakt zu einem Schulungsprogramm bei der SEENOTLEITUNG BREMEN der DGzRS, das in Einklang mit dem Bundesverkehrsministerium/Abteilung See und der World Maritime University durchgeführt wird. Deren Co-Rektor, Professor Günter Zade, begleitete die Studenten.

Einsatzübung

In einer zweitägigen Einsatzübung des 2. Betreuungszuges Nordfriesland ging es darum, in der Praxis Verfahrensweisen für die Evakuierung, Lenkung und Betreuung der Zivilbevölkerung zu erproben, die durch eine unangenehme Schadenslage betroffen war. Im Rahmen seines Dienstes im Katastrophenschutz hat der Zug einmal jährlich eine solche Übung durchzuführen. Sie dient der Überprüfung der Helfer in ihren verschiedenen Verwendungen und der Einsatzfähigkeit der Ausstattung des Zuges. Unterstützt wurde die Übung insbesondere durch ein Rot-Kreuz-Jugendlager, das sich spontan zur Verfügung gestellt hatte.

Rund 60 Helfer nahmen an der Übung teil. Die Zugführerin, Käthe Bernhardt, konnte ihren Helfern solides Fachwissen bescheinigen und die Übung als gut gelungen beenden.

Verwüstungen durch Unwetter

Schwere Gewitter haben über Nacht im ganzen Landkreis Osnabrück Verwüstungen angerichtet. Wolkenbrüche verwandelten Straßen in reißende Flüsse, setzten die Keller ganzer Straßenzüge unter Wasser. Blitzschläge, umgestürzte Bäume hielten die Feuerwehr die ganze Nacht in Atem. Rettungsleitstelle und örtlich eingerichtete Einsatzleitungen waren bis in die Morgenstunden beschäftigt, den Hilfesuchenden aus der Bevölkerung nachzukommen. Die Freiwilligen Kräfte von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk mußten auch Tage später noch Schäden beseitigen. Das gesamte Schadensausmaß ließ sich zur Stunde noch nicht absehen. Autos wurden von Wasser und Schlamm verwüstet, Ställe standen unter Wasser, Vieh ist ertrunken oder wurde vom Blitz erschlagen.

Brandschutzwoche „Deine Feuerwehr – auch im Umweltschutz“

Bei der diesjährigen Brandschutzwoche „Deine Feuerwehr – auch im Umweltschutz“, die auch in Baden-Württemberg durchgeführt wurde, standen die Aufgaben der Feuerwehren im Bereich des Umweltschutzes und der technischen Hilfe im Mittelpunkt. Darauf haben Innenminister Dietmar Schlee und der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Rolf Englerth, hingewiesen. Rund 80 Prozent der Einsätze der Feuerwehren entfallen auf den Bereich der technischen Hilfeleistung und den Umweltschutz; nur noch 20 Prozent sind ihrer traditionellen Aufgabe, der Brandbekämpfung, zuzurechnen. Innenminister Schlee und Verbandsvorsitzender Englerth sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Aufgaben des Umweltschutzes für die Feuerwehren die Bewährungsprobe dieses Jahrzehnts sind.

Die Feuerwehren befassen sich bereits seit Anfang der 60er Jahre mit Problemen des Umweltschutzes. Beispielhaft wurde auf die ersten Ölalarmpläne und die damit verbundene Ausstattung der Feuerwehren mit speziellen Einsatzgeräten und Einsatzmitteln für die Bekämpfung der Gefahren bei Ölunfällen verwiesen. Die Übernahme von Aufgaben bei Ölunfällen kann als „Einstieg“ in den Aufgabenbereich des Umweltschutzes gesehen werden. Die rasch fortschreitende Technisierung in den zurückliegenden Jahren, der Transport, die Verarbeitung und der Gebrauch von gefährlichen Stoffen und Gütern haben vielfältige Gefahren für Mensch, Tier und

Umwelt gebracht. Auf die neuen Aufgaben bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern hätten sich die Feuerwehren erst einstellen müssen. Die Aus- und Fortbildung mußte intensiviert und die technische Ausstattung und die persönliche Schutzausrüstung ergänzt werden. Zusammen mit dem Landesfeuerwehrverband hat das Innenministerium in den letzten Jahren ein Konzept entwickelt, das für Baden-Württemberg etwa 50 Gerätewagen-Gefahrgut vorsieht. In jedem Landkreis sollen ein bis zwei dieser Sonderfahrzeuge stationiert werden, die eine flächendeckende Organisation für die Bekämpfung von Umweltunfällen sicherstellen. Bisher wurden 35 Fahrzeuge beschafft. Das Land hat hierfür rund zwölf Millionen DM an Zuschüssen gewährt. Ähnlich sieht das Konzept für den Bereich Atemschutz/Strahlenschutz aus.

Innenminister Schlee und Verbandsvorsitzender Englerth erinnerten daran, daß die Feuerwehren zum Großteil ihre Aufgaben ehrenamtlich erfüllen. Gerade deshalb sei die qualifizierte Aus- und Fortbildung dringend nötig. So wird im Moment die Ausbildungskapazität bei der Landesfeuerwehrschule Bruchsal weiter erhöht. Dadurch wird erreicht, daß die Feuerwehrangehörigen innerhalb kürzerer Fristen auf die gestellten Aufgaben vorbereitet werden können. Die geplanten Baumaßnahmen (Erstellung einer Übungshalle und Bau von Freiübungsflächen) sollen vor allem bei der technischen Hilfe und beim Umweltschutz eine ganzjährige und möglichst praxisnahe Ausbildung ermöglichen. Bei der Landesfeuerwehrschule ist weiter vorgesehen, eine besondere Fachgruppe „Umweltschutz“ einzurichten.

Die Feuerwehren sind nach Darstellung von Innenminister Schlee und Verbandsvorsitzender Englerth eine der wichtigsten Umweltschutzorganisationen in Baden-Württemberg. Das Engagement für den Umweltschutz gebe Staat und Feuerwehr die Gelegenheit, zusammen mit vielen Bürgern und Bürgerinitiativen etwas gemeinsam für eine gesunde Umwelt zu tun.

Neues Haus in Wort und Bild

Ein neues Feuerwehrhaus konnte kürzlich die Feuerwehr Seligenstadt (Kreis Offenbach) in Besitz nehmen. In 20 Monaten Bauzeit entstand eine Unterkunft, die den 66 Männern unter Stadtbrandmeister Hans Störger optimale Arbeits-, Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten bietet und die acht Lösch- und Sonderfahrzeuge der Wehr beherbergt.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Rheinland-Pfalz, Geschäftsführerbereich Ludwigshafen die Stelle des

Geschäftsführers

mit einer/einem Angestellten neu zu besetzen.

Vorbehaltlich einer endgültigen Bewertung ist eine Eingruppierung bis Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT möglich.

Der Geschäftsführer ist für die Verwaltung und Organisation sowie für die Sicherstellung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der THW-Ortsverbände und für die Betreuung der freiwilligen Helfer seines Geschäftsführerbereiches zuständig.

Gesucht wird ein Mitarbeiter, der über eine abgeschlossene Verwaltungsausbildung (Befähigung für den gehobenen Dienst oder zweite Verwaltungsprüfung) und langjährige Verwaltungserfahrung — vorzugsweise im öffentlichen Dienst — verfügt.

Stehen geeignete Bewerber mit dieser Qualifikation nicht zur Verfügung, kommen auch Bewerber in Frage, die aufgrund einschlägiger Berufserfahrung gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

Organisationstalent, Erfahrungen in der Menschenführung und Verständnis für die Belange einer humanitär-technischen Hilfsorganisation werden vorausgesetzt. Technisches Verständnis ist erwünscht.

Die Bundesanstalt THW würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen sind bis zum 18. Dezember 1987 (verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden) unter Angabe der Kennzahl THW 24/87 zu richten an die

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

— Leitung —

Postfach 20 03 51
5300 Bonn 2.

Der Magistrat der Stadt hat aus Anlaß der Einweihung des neuen Feuerwehrhauses eine gut gestaltete Dokumentation herausgegeben. Auf 20 großformatigen Seiten finden sich neben den obligatorischen Grußworten interessante

Abhandlungen über die Vorläufer des neuen Gebäudes, die Struktur der Wehr sowie eine ausführliche Beschreibung des Hauses und seiner Entstehung. Die Abbildung der Titelseite zeigt das neue Haus.



STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des Bundesamtes für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Landesverband Schleswig-Holstein in Kiel im Hauptsachgebiet Einsatz die Stelle

eines Sachbearbeiters (männlich oder weiblich)

mit einem Angestellten zu besetzen.

Vorbehaltlich einer endgültigen Bewertung ist eine Eingruppierung bis Vergütungsgruppe IV b (vier b) BAT möglich.

Dem Sachbearbeiter obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

- Ausstattungsangelegenheiten (Zuweisung, Überwachung, Bestandsverwaltung, Absetzungen und Aussonderungen).
- Angelegenheiten des Kfz-Wesens (Überwachung der Einsatzbereitschaft der Fahrzeuge, Bearbeitung von Kfz-Unfällen, Belehrung und Weiterbildung der Kraftfahrer).
- Funkwesen (Überwachung und Verteilung der Geräte, Ersatzbeschaffung, Aussonderung von Funkgeräten).

Gesucht wird ein Diplom-Ingenieur FH (technische Fachrichtung), der über Berufserfahrung aus Verwaltung, Wirtschaft oder humanitären Hilfsorganisationen verfügt oder ein Mitarbeiter mit abgeschlossener Verwaltungsausbildung (zweite Verwaltungsprüfung oder Befähigung für den gehobenen Dienst).

Stehen geeignete Bewerber mit dieser Qualifikation nicht zur Verfügung, kommen auch Bewerber in Frage, die aufgrund einschlägiger Berufserfahrung gleichwertige Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen.

Verständnis für die Belange einer humanitär-technischen Hilfsorganisation sowie die Fähigkeit zu eigenverantwortlichen Entscheidungen werden vorausgesetzt.

Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegschancen geboten wie Männern.

Bewerbungen sind bis zum 27. November 1987 (verspätet eingehende Bewerbungen können nicht berücksichtigt werden) unter Kennzahl THW 22/87 zu richten an die

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

— Leitung —

Postfach 20 03 51
5300 Bonn 2.

Neue Einsatzwagen für die Feuerwehr in Tegernsee

Zwei neue Einsatzwagen konnte die Freiwillige Feuerwehr in Tegernsee kürzlich übernehmen: ein LF 8 und einen Rüstwagen RW 1. Bereits im vergangenen Jahr wurde das LF 8 von der Stadt Tegernsee angeschafft. Die Kosten wurden bestritten von der Regierung von Oberbayern und aus der Feuerwehrkasse, d. h. aus Spenden einheimischer Bürger für ihre Wehr.

Der Rüstwagen RW 1 wurde der Feuerwehr in Tegernsee vom Kreis Miesbach



für den Katastrophenschutz überlassen. Nach der Indienststellung, die im festlichen Rahmen stattfand, zeigten die Wehrmänner in einigen Schauübungen ihre Einsatzbereitschaft. Das Foto zeigt Landrat Norbert Kerkel bei der Indienststellung der Fahrzeuge.

(Foto: Huber)

Tod in den Flammen

Zu spät kam jede Hilfe für einen 49 Jahre alten Bauern aus Hasbergen im Landkreis Osnabrück. Als die Feuerwehrmänner sich gegen die Flammen zu dem Vermißten durchgearbeitet hatten, war er im Feuer umgekommen.



Den Ermittlungen der Kripo zufolge ist das Feuer bei Reinigungsarbeiten auf dem Kornboden des Hofes ausgebrochen, der Bauer habe sich nicht mehr rechtzeitig in Sicherheit bringen können. Feuerwehrmänner aus Hasbergen, Hagen, Niedermark und Oesede bekämpften den Brand. (Foto: Wöhrmann)

Feuerwehr-Ehrenkreuz für Dr. Schöttler

Eine hohe Auszeichnung konnte jüngst der Beigeordnete der Stadt Kaiserslautern, Dr. Horst Schöttler, entgegennehmen. Der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, Kurt Schwaderlapp, überreichte dem Beigeordneten „in Würdigung hervorragender Leistung auf dem Gebiete des Feuerwehrwesens“ das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber.

Neue Umfrageergebnisse liegen vor:

Katastrophen- und Zivilschutz in der öffentlichen Meinung

Wie in den Vorjahren hat der Bundesminister des Innern bei dem Mannheimer Institut für praxisorientierte Sozialforschung (ipos) eine Umfrage in Auftrag gegeben, die aktuellen Fragen der Innenpolitik im Jahre 1987 gilt.

Die Untersuchung stützt sich auf 2 046 Interviews, die in der Zeit vom 3. bis 19. Juni 1987 gemacht wurden — die Ergebnisse dürften als repräsentativ für die Meinung der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland anzusehen sein.

An dieser Stelle präsentiert das ZS-Magazin die Umfrageresultate zum Thema Katastrophen- und Zivilschutz.

Im wesentlichen wurden zwei Komplexe erforscht:

- Kenntnisse und gewünschte Informationen zum Katastrophen- und Zivilschutz
- Haltung zu Schutzmaßnahmen und Bereitschaft zur Mitwirkung

Die Ergebnisse wurden dann im weiteren durch Einzelfragen präzisiert.

1. Kenntnisse und gewünschte Informationen zum Katastrophen- und Zivilschutz

Neben der Ermittlung von Einstellungen der Bürger zu Einzelfragen dieses Themenbereichs ging es in der Untersuchung insbesondere darum, den Informationsstand und das Informationsbedürfnis festzustellen. Die Befragten wurden dabei zumeist nach ihrer Parteienpräferenz geordnet, im Einzelfall zusätzlich auch nach Alter und Bildungsstand.

Die Fragen im einzelnen:

Der Katastrophen- und Zivilschutz hat die Aufgabe, bei Naturkatastrophen, technischen Unfällen oder kriegerischen Auseinandersetzungen Gefahren für die Bevölkerung abzuwehren. Haben Sie sich selbst über Maßnahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes schon einmal informiert?

Wissen Sie, ob es in Ihrer Nähe einen öffentlichen Schutzraum gibt?

Knapp 30% aller Befragten geben an, daß sie sich über diesen Themenbereich schon einmal informiert haben. Unter den Anhängern der GRÜNEN ist der Prozentsatz mit 47,8% besonders hoch, während die entsprechenden Prozentzahlen bei den Anhängern der anderen Parteien praktisch dem Durchschnitt aller Befragten entsprechen. Es fällt auf, daß die Männer mit 38,1% einen weitaus höheren Informationsstand als die befragten Frauen (23,2%) aufweisen.

Besonders starke Unterschiede können im Hinblick auf die Schulbildung der Befragten ausgemacht werden: Mehr als die Hälfte der Befragten mit Abitur bzw. Hochschul-

abschluß gibt an, sich bereits informiert zu haben.

Im weiteren wurde ganz konkret erforscht, ob der jeweils Befragte von einem öffentlichen Schutzraum in seiner Nähe wisse.

87,2% aller Befragten konnten hier keine Angaben machen.

Selbst bei den Anhängern der GRÜNEN (bei denen fast 50% sich nach eigenem Bekunden über den Katastrophen- und Zivilschutz informiert haben), sind gerade 18% in der Lage, die Frage eindeutig zu beantworten.

Fühlen Sie sich über Vorsorgemaßnahmen des Katastrophen- und Zivilschutzes ausreichend informiert?

Hier ergab sich, daß nur knapp ein Fünftel der Befragten mit dem Informationsangebot zufrieden ist. Das gilt für Angehörige in allen Wählerlagen und allen Bildungsständen. Selbst bei denjenigen, die nach eigener Aussage bereits von sich aus nach Informationen gesucht haben, geht die Quote der Zufriedenen nicht über ein Drittel hinaus.

Sollten Informationen über den Katastrophen- und Zivilschutz in Schulen angeboten werden?

Die Unzufriedenheit über das öffentliche Informationsangebot erklärt wohl, daß die überwältigende Mehrheit — 83% der Befragten — für eine schulische Vermittlung der Lehrinhalte „Katastrophen- und Zivilschutz“ stimmt.

Die Antwort gilt mit nur geringen Abweichungen für die Gesamtheit aller Befragten. Am ehesten kann man noch bei den Sympathisanten der GRÜNEN eine relativ star-

ke Ablehnung (20,5%) des schulischen Informationsangebots feststellen. Doch äußern sie generell starke Vorbehalte gegen staatliche Vorhaben. Aber selbst bei dieser Gruppe befürworten 79,5% die schulische Unterweisung. (CDU/CSU 85,2/SPD 82,9/FDP 86,0).

Im Katastrophenfall gibt es im Radio Verhaltensmaßnahmen für die Bevölkerung. Haben Sie solche Hinweise schon einmal gehört oder nicht gehört, oder gab es bisher keinen Katastrophenfall in Ihrer Gegend?

Rund ein Drittel aller Befragten gibt an, Hinweise über Verhaltensmaßnahmen bei Katastrophenfällen schon einmal im Radio gehört zu haben. Ein Viertel hat davon noch nichts vernommen, und fast zwei Fünftel vertreten die Auffassung, daß es in ihrer Gegend bisher noch keinen Katastrophenfall gegeben habe.

Bei der Betrachtung der einzelnen Untergruppen fällt eine starke Abhängigkeit der Wahrnehmung von der Schulbildung des jeweils Befragten auf: So sind 41,7% derjenigen mit Abitur bzw. Hochschulabschluß der Auffassung, daß es in ihrer Gegend noch keinen Katastrophenfall gegeben habe; der entsprechende Prozentsatz bei den Befragten mit Volksschulabschluß ohne Lehre beträgt lediglich 29,6%.

Diejenigen, die schon einmal Hinweise in Katastrophenfällen im Radio gehört haben (34,8%), wurden dann weiter gefragt:

Sollte der Rundfunk mehr als bisher für Hinweise in Katastrophenfällen eingesetzt werden?

Hier ergab sich eine klare Mehrheit für die verstärkte Nutzung dieses Mediums. Auch hier finden sich keine Unterschiede nach Parteinähe oder sozialer Zugehörigkeit.

Im Katastrophenfall wird die Bevölkerung durch Sirenen gewarnt. Kennen Sie die Bedeutung der verschiedenen Heultöne?

Über die Hälfte der Befragten behauptet, die Bedeutung der verschiedenen Heultöne zu kennen. Bei der Beantwortung dieser Frage gaben Männer wesentlich häufiger an, die Sirensignale zu verstehen (61,6%) als Frauen (47,6%). — Erstaunlicherweise gibt es bei dieser „Wissensfrage“ lediglich geringfügige Abhängigkeiten von der formalen Schulbildung der Befragten. Stärkere Unterschiede zeigen sich hingegen im Zusammenhang mit dem Alter der Befragten: So steigt der Prozentsatz

derjenigen, die nach eigener Einschätzung die Sirensignale kennen mit höherem Alter, wobei die Befragten unter 24 Jahren mit 44,8% die geringste Kenntnis zu besitzen scheinen. Aus der Gruppe der über 60jährigen wußten hier 58,2% Bescheid.

2. Haltung zu Schutzmaßnahmen und Bereitschaft zur Mitwirkung

Was meinen Sie, sollte der Katastrophen- und Zivilschutz ausgebaut werden, oder halten Sie die bestehenden Vorsorgemaßnahmen für ausreichend?

Rund 70% aller Befragten sind der Auffassung, daß der Katastrophen- und Zivilschutz verstärkt werden soll. — Dies gilt in etwa für alle Parteilager (CDU/CSU 73,7%; SPD 69,4%; FDP 68,0%; GRÜNE 62,5%).

Auffallend allerdings war der Umstand, daß Befragte mit Abitur bzw. Hochschulabschluß eine deutlich niedrigere Zustimmung zum verstärkten Ausbau zeigten als Angehörige anderer Bildungsgruppen. Mit nur 58,2% standen sie weit zurück hinter Volksschulabgängern ohne Lehre (71,4%), Volksschulabsolventen mit Lehre (73,0%) und Schulabgängern von Mittleren und Höheren Schulen (70,6%).

Die Befragung brachte außerdem zutage, daß Frauen häufiger einen Ausbau des Katastrophen- und Zivilschutzes fordern als Männer.

Zum Problem der grundsätzlichen Akzeptanz von Schutzräumen wurden zwei Fragen gestellt. Es ging hier um Schutzräume in Wohnhäusern und um eine Bewertung der Schutzsituation in der Schweiz.

Was meinen Sie: Sollten in Wohnhäusern Schutzräume gegen Katastrophen und Kriegseinwirkungen vorhanden sein? Falls „ja“: Wären Sie persönlich bereit, die Kosten für einen Platz in einem solchen Schutzraum zu zahlen?

Zunächst: 55% der Befragten bejahen Schutzräume in Wohnhäusern. Diese Forderung vertreten besonders stark (60,5%) Anhänger der Union, während sie bei den Anhängern von SPD (53,3%), FDP (50,9%) und GRÜNEN (43,6%) auf weniger Zustimmung trifft. Die Befragten mit Abitur bzw. mit Hochschulabschluß vertreten in ihrer Mehrheit, anders als das Gros der übrigen Bildungsgruppen die Auffassung, daß in Wohnhäusern keine Schutzräume gegen Katastrophen und Kriegseinwirkungen vorhanden sein sollten.

Die Befürworter des Schutzraumbaus in Wohnhäusern sind zudem vielfach bereit,

zumindest einen Anteil der fälligen Baukosten selbst zu tragen. Hier allerdings warnen die Verfasser der Studie: Da die Frage offen läßt, in welcher Höhe die Kosten für Schutzräume anfallen, ist es wohl angebracht, die begrenzte Bereitschaft zur Kostenübernahme sehr vorsichtig zu interpretieren.

In der Schweiz gibt es für jeden Bürger einen Platz in einem Schutzraum, der die Bevölkerung gegen Katastrophen und Kriegseinwirkungen schützen soll. Halten Sie dies für eine gute Sache oder nicht?

Über 80% aller Befragten halten es für positiv, daß in der Schweiz jeder Bürger Platz in einem Schutzraum findet. Bei der Verteilung der Antworten in den einzelnen demographischen Untergruppen zeigen sich die gleichen Muster wie bei der Frage nach der Akzeptanz von Schutzräumen. Die Zusammenschau dieser beiden Fragen legt die Vermutung nahe, daß der Schutzraum wesentlich eher akzeptiert wird, wenn er nicht innerhalb des Wohngebäudes eingerichtet wird.

Haben Sie selbst Vorsorge für Katastrophenfälle getroffen? Sagen Sie es mir bitte für jede der folgenden Maßnahmen

- Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs
- Anlegen eines Notvorrats im Haushalt
- Mitwirken in einer Katastrophenschutzorganisation
- Bau eines Schutzraumes

Bei der Maßnahme „Erste-Hilfe-Kurs“ sind neben den starken Unterschieden im Hinblick auf die Parteipräferenz der Befragten (CDU/CSU 44,8%; SPD 47,8%; FDP 55,4%; GRÜNE 71,0%) ebenso deutliche Unterschiede hinsichtlich des Alters der Befragten festzustellen. Hier dürfte sich in erster Linie der unterschiedliche Grad der Motorisierung und der im Rahmen des Führerscheins durchzuführenden Erste-Hilfe-Kurse auswirken. Im Hinblick auf das „Anlegen eines Notvorrats im Haushalt“ ergibt sich ebenfalls eine leichte Abhängigkeit vom Alter des Befragten: Die über 40jährigen haben zu einem überdurchschnittlichen Prozentsatz (Durchschnitt 22,4%) entsprechende Vorräte angelegt.

Erwartungsgemäß gering fielen die Zahlen zur Mitgliedschaft in einer Katastrophenschutzorganisation (4,5%) und zum Besitz eines Schutzraumes (1,9%) aus. Hier sind keine Differenzen nach Parteipräferenz und Altersstruktur auszumachen.

Parl. Staatssekretär Peter Kurt Würzbach
vor den Delegierten des Deutschen Feuerwehrverbandes

Zivil-Militärische Zusammenarbeit

Grundsätze und ausgewählte Aspekte aus militärischer Sicht

Anlässlich der Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes am 20. 6. 1987 in Rendsburg sprach der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Peter Kurt Würzbach. In seinen einleitenden Worten gratulierte der Staatssekretär dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Heinrich Struve, zu seiner überzeugenden Wiederwahl. Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit stand dann im Mittelpunkt seiner weiteren Ausführungen:

1. Zivil-militärische Zusammenarbeit gewinnt ihre Bedeutung mit der organisatorischen Grundentscheidung, die mit der Aufstellung der Bundeswehr in den Jahren nach 1954 getroffen wurde. Es gibt bei uns grundsätzlich keine zivilen Befugnisse für militärische Stellen und umgekehrt keine zivilen Befugnisse für rein militärische Stellen. Das unterscheidet uns zum Beispiel grundlegend von der DDR, in der alle Notfallschutzmaßnahmen — auch im Frieden — dem Verteidigungsminister unterstehen und von militärischen Einheiten durchgeführt werden.

Zivil-militärische Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Mittel auf dem Weg, für unsere Bürger, Frieden und Freiheit und damit die menschlichste Lebensmöglichkeit auf der Erde zu bewahren. Die Bewahrung von Frieden und Freiheit ist natürlich das Hauptziel der Politik. Zu viele allerdings haben sich daran gewöhnt, daß der ruhige, normal organisierte, frei von Not- und Katastrophenfall gestaltete Alltag der „Normalzustand“ sei und immer bleibe. Man verschließt die Augen vor möglichen kleineren und großen Gefahren. Solange aber nicht der ewige Frieden auf Erden sichergestellt ist, ist es die Pflicht der Bundesregierung Vorsorgemaßnahmen in Bezug auf einen — hoffentlich nie eintretenden — großen Katastrophen- oder gar Verteidigungsfall zu treffen.

Ziel einer wirksamen Verteidigung ist es, das Leben und die Freiheit möglichst aller unserer Mitbürger zu sichern. Verteidigung eines „toten Landes“, in dem alles Leben ausgelöscht ist, hat keinen Sinn. Keinen Sinn hat es aber auch, wenn vorn an der Front unsere Soldaten überleben, hinter der Front jedoch fast 60 Millionen Deutsche ungeschützt ihr Leben verlor. Nichts ist falscher als die Meinung, die Bundeswehr möge ihre Verteidigungsvorbereitungen wo auch immer treffen, die Zivilisten aber im eigenen Land, bei eben diesen Vorbereitungen, in Ruhe lassen.

Wenn ich als Politiker und Vertreter des Bundesministers der Verteidigung zu Ihnen zu diesem Thema vortrage, so bin ich mir darüber im klaren, daß Ihr Interesse auch praxisbezogen und damit an den friedenszeitlichen Aspekten Zivil-Militärischer Zusammenarbeit im Rahmen des Katastrophenschutzes orientiert ist.

2. Die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Stellen hat sich dabei vielfach bewährt. Dies gilt für die täglichen Einsätze im Rettungsdienst ebenso wie für gemeinsame Großeinsätze bei Katastrophen. Bundesweit bekannte Beispiele waren:

- Bekämpfung der Flutkatastrophe in Hamburg und Schleswig-Holstein 1962,
- die Brandkatastrophe in Niedersachsen 1975,
- die Schneekatastrophe in Schleswig-Holstein 1978/79 oder erst im vergangenen Winter
- die Beseitigung der Eisbarriere auf der Elbe bei Hamburg.

Bereitschaft und Wille zur Zusammenarbeit ziviler und militärischer Dienststellen sind, wie die Erfahrungen aus diesen Ereignissen gezeigt haben, überall vorbildlich gut entwickelt.

2.1 Weitere Beispiele täglich erfolgreicher

Zusammenarbeit, die in der Öffentlichkeit nicht so bewußt registriert werden, sind:

2.1.1 Der Such- und Rettungsdienst der Bundeswehr (SAR): Im Bundesgebiet stehen raumdeckend ständig 11 SAR-Hubschrauber in 24 Stunden-Bereitschaft. Ihre Aufgabe besteht in der Suche vermißter oder abgestürzter Luftfahrzeuge sowie der Rettung und Hilfeleistung verunglückten Personals.

2.1.2 Seit einiger Zeit arbeitet unsere Marine mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes bei Tankerunfällen und Ölverschmutzung im Bereich der Nord- und Ostsee zusammen. Für diesen Zweck werden regelmäßig 2 Luftfahrzeuge DO 28 der Marine vor den deutschen Küsten vor allem im Zuge der Hauptschiffahrtsstraßen eingesetzt. Die abschreckende Wirkung dieser Aktion ist wie erhofft eingetreten. Generell ist bereits jetzt eine Abnahme der Zahl der Verschmutzungen im Vergleich zu den Vorjahren festzustellen.

Die bei unserer Luftwaffe vorhandenen Aufklärungsmittel haben sich im übrigen auch bei anderen Gelegenheiten bewährt.

Beispiele sind:

- Die Identifizierung versteckter Brandherde während der Waldbrände in Niedersachsen oder
- die Unterstützung der Polizei im Februar d. J. im Raum Pinneberg mit Luftbildern bei der Suche nach Kindesentführern.

Es ist für mich unverstänglich und ich weise dies als unverantwortlich zurück, wenn die kleinere der Bonner Oppositionsparteien in diesem Zusammenhang, wo es um die Aufklärung eines Verbrechens an einem kleinen Kind ging, die Amtshilfe unserer dafür geeigneten und ausgerüstet und ausgebildeten Luftwaffe als nicht verfassungsgemäß kennzeichnen will. Wir bleiben dabei, daß wir die Hilfe der Bundeswehr, wo wir im humanitären Bereich, im inneren unseres Landes oder draußen in der Welt helfen können, zur Verfügung stellen!

2.2 Um aber keine Mißverständnisse entstehen zu lassen: Die Bundeswehr soll nicht in die politische Verantwortung für die Katastrophenbewältigung gebracht werden. An der gesetzlich festgelegten politischen und fachlichen Verantwortung der zivilen Instanzen ändert sich durch diese Einsätze nichts. Bei solchen gemeinsamen Einsätzen ist aber eine gute Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen besonders wichtig. Gerade das bei Einsätzen vor Ort gebotene schnelle Handeln fordert eine gute Kommunikation, klare Weisungsstränge und Kompetenzverteilungen sowie eine angemessene Auswahl der von beiden Seiten einzusetzenden technischen und personellen Mittel.

Diesen Einsätzen vor Ort muß eine wirkungsvolle Vorsorgeplanung vorausgehen.

Zu deren Verbesserung ist als Lehre aus dem Tschernobyl-Reaktorunfall in den letzten Monaten des Bund-Länder-Krisenmanagement zur Bewältigung großflächiger/länderübergreifender Schadensereignisse mit einer ständigen Koordinierungsstelle beim Bundesminister des Innern geschaffen worden. Hierbei ist auch die militärische Seite entsprechend einbezogen.

3. Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Verzahnung all dieser Bereiche unter dem Dach Gesamtverteidigung in mehrfacher Hinsicht von besonderer Bedeutung:

3.1 Die *Vorneverteidigung* ist ein wichtiges, vor allem deutschen Interessen entspringendes Prinzip der NATO-Verteidigung. Sie bedeutet grenznahe zusammenhängende Verteidigung mit dem Ziel, kein Gebiet preiszugeben und Schäden zu begrenzen. 30 Prozent der Bevölkerung und 25 Prozent des Industriepotentials der Bundesrepublik Deutschland sind in einem Streifen von 100 km Tiefe entlang unserer Ostgrenze angesiedelt.

3.2 Die NATO-Streitkräfte können sich nicht in vollem Umfang auf ihrer eigenen nationalen Möglichkeiten abstützen. Die verbündeten Streitkräfte sind daher auf militärische und zivile Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland angewiesen.

In der Bundesrepublik Deutschland kommt es also im besonderem Maße darauf an, die Bündnisverteidigung mit der nationalen Verteidigung und die militärische Verteidigung mit der zivilen Verteidigung zu koordinieren und die gegenseitige Unterstützung sicherzustellen.

3.3 Dabei darf der hohe Abschreckungswert unserer militärischen Verteidigungsfähigkeit nicht dazu verführen, die Aufgaben der zivilen Verteidigung — insbesondere den Zivilschutz — zu vernachlässigen. Dies würde die Glaubwürdigkeit eigener Verteidigungsvorbereitungen insgesamt in Frage stellen.

Umgekehrt könnte eine Überbewertung von Zivilschutzmaßnahmen aber auch dazu führen, Angst vor einer kriegerischen Auseinandersetzung zu erzeugen. Dies wiederum darf nicht dazu verleiten, die notwendigen Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung als politisch unbequem zurückzustellen. Hier sind also zur Versachlichung insgesamt mehr Information gefordert. Diese erst weckt Interesse und dann erst wird das erforderliche Verständnis für sachbezogenes Urteilen der mündigen Bürger ermöglicht. Hier ist der Staat zu einer, für seine Bürger notwendigen vorsorgenden und damit fürsorgenden Verhaltensweise gefordert.

4. In der heutigen technisierten Welt ist der militärische Apparat in noch weit größerem Umfang auf die unmittelbare Unterstützung aus dem zivilen Bereich angewie-

sen als früher, als das Problem der Mobilisierung ziviler Hilfsmittel für die Verteidigung des Landes auf sehr einfache Weise gelöst wurde: War im Krieg ein Heer erst einmal aufgestellt, dann galt es als selbstverständlich, daß es sich von da an mit allem, was es brauchte, ohne viel zu fragen, aus den Beständen des Landes versorgte.

In unserer rechtsstaatlichen Demokratie gibt es für die Inanspruchnahme von zivilen Leistungen der verschiedensten Art eindeutige und für die Streitkräfte verbindliche Rechtsgrundlagen. Die Sicherstellungsgesetze in der Bundesrepublik Deutschland sind z. B. rechtliche Vorsorgemaßnahmen, die dafür sorgen sollen, daß die verfügbaren Bestände und Leistungen des Landes in Krise und Krieg bestmöglich genutzt werden können.

4.1 Zu unseren gesetzlichen Vorsorgemaßnahmen in Krise und Krieg gehört z. B. auch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes.

In einem Verteidigungsfall werden die vorhandenen Katastrophenschutzeinheiten und -einrichtungen durch den Bund verstärkt und durch zusätzliche Ausrüstung und Ausbildung ergänzt. Dies entspricht der staatlichen Verpflichtung, die den Bund für den Schutz der Bevölkerung in einem Verteidigungsfall verantwortlich macht.

Doch damit ist der Vorsorge für den Schutz der Bevölkerung in Krise oder gar Krieg keineswegs Genüge getan. Der Staat kann im Bereich des Zivilschutzes nur Schwerpunkte setzen. Zivil- und Katastrophenschutz sind Aufgaben, die eine von den Bürgern getragene Bereitschaft zur Übernahme von Verpflichtungen zur Verteidigung unseres Landes voraussetzen.

Die *deutschen Feuerwehren* mit ihren über 1,1 Million Mitgliedern sind ein Beispiel dafür, was staatsbürgerliches Engagement aus sich selbst heraus zu leisten vermag, wenn es darum geht, zum Schutz der Bürger und zur Abwehr von Gefahren das Notwendige zu tun. Der wirtschaftliche Wert solcher Leistungen ist kaum quantifizierbar und der gesellschaftspolitische Nutzen von unschätzbarem Wert.

Ich wünschte mir in diesem Zusammenhang, daß es gelingen möge, das noch immer bestehende Bereitschaftsgefälle im Bewußtsein der Bürger in den zur Anonymität neigenden Ballungsräumen und Großstädten auf der einen und unseren in dieser Hinsicht äußerst engagierten Dörfern und ländlichen Bereichen auf der anderen Seite auszugleichen.

Zweitens wünschte ich mir, daß man diejenigen Bürgerinnen und Bürger erfolgreich davon überzeugen könnte, in den Hilfsorganisationen tatkräftig und engagiert mitzumachen, die ihre Teilnahme an Katastrophen bisher darauf beschränken, ihre ganz

persönliche, sensationshungrige Neugier durch passives und oftmals erheblich störendes Zuschauen, ja sogar Begaffen, beschränken. Hier müssen wir alle mitarbeiten, besonders die Medien.

5. Alle Vorbereitungen des Zivilschutzes, die aus diesem Anspruch der Vorsorge erfolgen, bedrohen niemanden. Sie sind die defensivste Form der Verteidigung. Der mancherorts zu hörende Vorwurf, dies seien aktive Kriegsvorbereitungen, ist eine gleichermaßen törichte wie unsinnige und böswillige Unterstellung.

Angst vor unbequemer, öffentlicher Diskussion oder Zweifel an der politischen Durchsetzbarkeit dürfen uns daher nicht daran hindern, bestehende Lücken in den staatlichen Vorsorgemaßnahmen für den Schutz unserer Bürger zu schließen.

Ich stimme Ihrem Präsidenten auch zu, wenn er davon spricht, daß seit Jahrzehnten, wenn auch nicht unter dieser Überschrift, gerade die Feuerwehren in unserem Land jeden Tag und bei jedem Einsatz modernen Umweltschutz praktiziert haben. Was eigentlich gibt es Wichtigeres für den Umweltschutz als dafür zu sorgen, daß Katastrophen, ob klein oder groß, besonders aber Krisen oder gar Kriege verhindern zu helfen, welche für die Umwelt die schlimmsten Schäden verursachen würden. Diese Vorsorge ist ein hoher Verdienst aller der Organisationen, die sich täglich bereithalten, solche Schäden abzuwehren.

Bis heute haben wir leider noch zu wenig die bestehenden Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen, zu verbessern oder in den notwendigen Bereichen auszufüllen vermocht. Bürokratie muß in diesem Zusammenhang Hilfe zum Erreichen des Zieles sein und darf sich nicht als Bremse bemerkbar machen.

Aus Sicht der militärischen Verteidigung will ich hier beispielhaft drei regelungsbedürftige Aufgabenfelder der zivilen Verteidigung kurz aber offen und kritisch betrachten:

5.1 Im Bundesgebiet gibt es z. Z. nur für ca. 4 % der Bevölkerung *Schutzräume*. Wir haben uns im Bündnis verpflichtet, die Bevölkerung im Konfliktfalle im eigenen Land zu halten. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit der Streitkräfte sehen die Aufenthaltsrichtlinien des Bundesministers des Innern vor, daß die Bewohner bestimmter besonders gefährdeter Gebiete evakuiert werden können und für andere angeordnet werden kann, den gewöhnlichen Aufenthaltsort nicht zu verlassen. Dies ist auf Dauer glaubhaft nur bei ausreichender Schutzraumversorgung für die Bevölkerung durchsetzbar!

Der Zusammenhang zum energischen Willen, durch Vorsorge zur Stabilisierung des Friedens auch auf diesem Wege beizutragen, muß verdeutlicht werden.

5.2 Im Gesundheitswesen ist die Umstellung auf die Erfordernisse des Verteidigungsfalles nur möglich, wenn die erforderlichen personellen und materiellen Maßnahmen so vorbereitet sind, daß sie im Notfall sofort umgesetzt werden können. Das militärische Gesundheitswesen hat ein besonderes Interesse an der Schaffung entsprechender Gesetzesregelungen, weil es seine Aufgaben ohne eine funktionierende entsprechende Versorgung der Zivilbevölkerung gefährdet sieht. Es besteht nämlich die Gefahr, daß ohne die hier notwendigen Vorsorgemaßnahmen, das militärische Gesundheitswesen im Verteidigungsfall bei einem ungewöhnlich großen Anfall ziviler Verwundeter, Verletzter und Kranker sehr rasch „blockiert“ würde.

5.3 Fragen der personellen Bedarfsdeckung bereiten angesichts der sinkenden Jahrgangsstärken in den 90er Jahren nicht nur der Bundeswehr, sondern auch den Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes — ja uns allen — zunehmend Sorge.

Anders als beim Wehrdienst ist für die Funktionsfähigkeit der Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes mit seinen mehr als 1,3 Millionen Helfern das Prinzip der Freiwilligkeit die tragende Säule. Eine Verpflichtung zum Dienst in Zivil- und Katastrophenschutzeinheiten ist in Friedenszeiten nicht vorgesehen.

Dieser Bereich ist wie die Bundeswehr auf genügend Personal an jungen leistungsfähigen Männern angewiesen. Es geht natürlich nicht an, daß die wichtigen und schwierigen Aufgaben von und für uns alle, gerade in einer Krise, dann den Frauen, Kindern, Jugendlichen, den Greisen und Frührentnern übertragen werden. Gemeinsam mit dem Bundesminister des Innern hat sich daher der Bundesminister der Verteidigung für die grundsätzliche Beibehaltung der Freistellungsregelung im Gesetz eingestellt.

Eine Absenkung der gegenwärtigen Freistellungsquote von rund 17 000 Mann wird in Kürze jedoch aus militärischer Sicht m. E. unumgänglich sein. Die damit verbundenen Probleme für die Funktionsfähigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes sind erkannt. Die Frage eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den personellen Bedürfnissen der Bundeswehr einerseits und denen des Zivilschutzes bedarf in nächster Zeit einer sorgfältigen Abstimmung zwischen dem BMI und dem BMVg. Wir wissen, gerade im Verteidigungsministerium, um die Notwendigkeit eines funktionierenden Zivil- und Katastrophenschutzes.

6. Ich habe versucht, in meinen Ausführungen nach einer einleitenden „Erfolgsbilanz“ friedenszeitlicher Zivil-Militärischer Zusammenarbeit, das Grundprinzip unseres am Verteidigungsauftrag ausgerichte-

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. **Leiter/in der BVS-Schule Birkenfeld (Rheinland-Pfalz)**
(Verg.-Gr. III BAT) — ab sofort —
2. **Fachbearbeiter/in für Ausbildung der BVS-Landesstelle Niedersachsen in Hannover**
(Verg.-Gr. Vb BAT) — ab sofort —
3. **Fachbearbeiter/in der BVS-Dienststelle Nienburg**
(Verg.-Gr. Vb BAT) — ab sofort —
4. **Fachbearbeiter/in der BVS-Dienststelle Frankfurt**
(Verg.-Gr. Vb BAT) — ab 1. 6. 1988 —

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bei den Bewerbern für die Stelle des Schulleiters werden neben einer besonderen Eignung für die Lehrtätigkeit Führungsqualität und Durchsetzungsvermögen vorausgesetzt.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 25. November 1987 zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz

Bundeshauptstelle
Eupener Str. 74, 5000 Köln 41
(Tel. 02 21/49 88-1)

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei hauptamtlich Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

ten Verständnisses vom ZMZ an einigen ausgewählten Beispielen aus dem Bereich „Versorgung der Streitkräfte und der Bevölkerung in Krise und Krieg“ und aus dem Bereich des Zivilschutzes deutlich zu machen. Ich habe mit meinen abschließenden Hinweisen an der noch nicht abgeschlossenen umfassenden Zivilschutzgesetzgebung deutlich machen wollen, daß die staatlichen Vorsorgemaßnahmen zur Sicherstellung erfolgreicher Zivil-Militärischer Zusammenarbeit noch in einigen Bereichen angefüllt werden müssen.

Militärische wie zivile Verteidigung unseres Landes haben in Frieden, Krise und Krieg unterschiedliche Aufgabenstellungen, aber in der gemeinsamen Zielsetzung, den Bestand und das Leben seiner Bürger zu erhalten, sind sie auf enge, ganz enge Zusammenarbeit angewiesen. Zivil-militärische Zusammenarbeit ist kein Selbstzweck. Sie ist ein Mittel für die Bürger in unserem Lande die Unversehrtheit allen Le-

bens, die Abwehr von jeder Katastrophe, Freiheit und Freiheit für jeden einzelnen zu bewahren.

Hierzu bedarf es vieler Partner. Diese Partner müssen verlässlich, sie müssen fähig, sie müssen eingeübt, sie müssen entsprechend motiviert, ausgerüstet und ausgebildet — und sie müssen von der Mehrheit der Bevölkerung getragen und unterstützt sein.

Wie die Vorbereitungen zur militärischen Verteidigung unseres Landes, sind auch alle Maßnahmen zur zivilen Verteidigung einschließlich der humanitären Schutzmaßnahmen für eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit und den Erfolg der Abschreckungen unverzichtbar. Sie sind damit Teil und sichtbarer Ausdruck der Friedenspolitik unseres Staates. Vorbeugen, verhindern, bewahren und wachsam sein, sind kluge Gebote über alle Menschengenerationen hinweg gewesen. Diese gelten auch heute für uns alle.

Auslandskatastrophenschutz der Johanniter-Unfall-Hilfe hat sich vielfach bewährt

Wie Hilfe sich realisiert

Katastropheneinsatzleitung Ausland (KELA) organisiert Soforthilfe — Rund 300 Einsatzkräfte und zwei 50-Personen-Feldlazarette stehen bereit

„Erdbeben“, „Flutkatastrophe“, „Bürgerkrieg“, „Hungersnot“ — Schlagzeilen der Medien, die uns für eine kurze Zeit betroffen machen. Wir sehen die eindrucksvollen Bilder des Schreckens und der Not im Fernsehen, lesen die erschütternden Berichte in den Zeitungen. Die oft herausgehobenen Einzelschicksale treffen uns tief. Solidarität kommt auf, die angegebenen Spendenkonten füllen sich. Viele tragen ihr Scherflein dazu bei, um die Not zu lindern. Aber schnell und oft gewollt hat uns der Alltag wieder. Der Unglücksort ist weit entfernt, andere Ereignisse verdrängen die Schreckensmeldung. Die Flut der Nachrichten ist groß, es gibt Angenehmeres. Das Leid wird verdrängt, es wird schon geholfen werden.

Internationale Hilfe

Nicht zur Tagesordnung über gehen viele deutsche Hilfsorganisationen und caritative Verbände, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, bei Katastrophen im Ausland Soforthilfe zu leisten. So auch die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. (JUH), die seit vielen Jahren ihr „know how“ der Hilfe in der Kata-

stropheneinsatzleitung Ausland (KELA) konzentriert hat.

Schon Mitte der sechziger Jahre geplant und 1970 nach der großen Flutkatastrophe in Ostpakistan installiert, hat sich die KELA inzwischen bewährt. Mit ihrem Instrumentarium „Bundeskatastrophenzug“ (BKZ) wurde in vielen Ländern der Erde nach Katastrophen mit unbürokratischer, schneller, qualifizierter Hilfe das Leid und die Not der betroffenen Menschen gelindert. Vor Ort zeigt die JUH, daß internationale Solidarität nicht nur ein geschriebenes Wort ist.

Medizinische Hilfe nach Erdbeben

Auch für die Betroffenen des jüngsten Erdbebens in Kalamata/Griechenland am 13. September 1986 war das achtspeitzige Kreuz im Emblem der JUH wieder ein „Zeichen der Hoffnung“, wie es die Bevölkerung dankbar ausdrückte. Schon Tage nach der Katastrophe entsandte die JUH auf Anforderung des Weltkirchenrats Genf ein erstes Team nach Kalamata. Der Trupp, bestehend aus einem Chirurgen, einem

Krankenpfleger, zwei Rettungssanitätern und einem Notarztwagen, brachte den Obdachlosen die dringend notwendige medizinische Hilfe.

Waren zu Beginn noch überwiegend Verletzungen zu behandeln, verlagerten sich die Hilfsmaßnahmen im Laufe des Einsatzes zunehmend auf Krankheitsfälle aller Art. Schon nach wenigen Tagen stellte sich heraus, daß die Einsatzzeit sowie die Personal- und Materialkapazität nicht ausreichen würden. Die KELA entschloß sich daher, den Einsatz um einen Monat zu verlängern und zusätzlich weiteres Fachpersonal mit Pflege- und Küchenausstattung ins Unglücksgebiet zu senden.

Am 9. November 1986 kehrten die letzten Einsatzkräfte nach Deutschland zurück. Sie waren glücklich. Ihr Einsatz war hart, aber er hat sich gelohnt. Dankbarkeit und Freundschaften über die Grenzen hinweg nahmen sie mit — ein für die Helfer reichlicher Lohn, wie sie einstimmig berichteten.

Wie wird die Hilfe organisiert?

Kurz liest sich der zusammenfassende Abschlußbericht der KELA nach dem Einsatz der JUH in Griechenland. Die wenigen Seiten zeigen aber nicht auf, was an organisatorischen Vorbereitungen nötig ist, wie die stete personelle Einsatzbereitschaft des BKZ sichergestellt wird, was an materiellen Mitteln bereit steht und wo die Schwerpunkte liegen.

Diesen Fragen ist das „Zivilschutz-Magazin“ nachgegangen und führte ein Gespräch mit Harald Rebmann, Katastrophenschutz-Referent der JUH und Leiter der KELA in Bonn.

Rund 300 Einsatzkräfte

Die Katastropheneinsatzleitung Ausland und der Bundeskatastrophenzug bilden eine Organisationseinheit. Wie schon erwähnt, 1970 eingerichtet, sollte mit diesem Instrumentarium die Qualität der Auslandshilfe der JUH gesteigert und für die betroffene Bevölkerung eine schnelle Hilfeleistung nach Katastrophen sichergestellt werden.

Die Aufgaben der KELA sind vielfältig. Sie ist zum einen verantwortlich für die stete Einsatzbereitschaft des BKZ, zum anderen werden von ihr Einsätze vorbereitet, durchgeführt und betreut.

Dem BKZ gehören z. Z. rund 300 ehrenamtliche Helfer aus allen JUH-Landesverbänden mit unterschiedlicher Ausbildung und Qualifikation an. Seine Ausstattung, zwei 50-Personen-Feldlazarette, sind jederzeit einsatzbereit. Das erste innerhalb von 24 Stunden, das zweite in drei bis fünf Tagen. Zusätzliches Material lagert auch



Ein Blick auf einen Teil des aufgebauten Pflege- und OP-Bereichs des Feldlazaretts.

beim Diakonischen Werk der EKD in Bremen.

Vielseitige Aufgaben

Die Aufgaben des Bundeskatastrophenzugs gliedern sich wie folgt:

- Erstversorgung
- Registrierung
- Transport
- Chirurgische Behandlung
- Betreuung
- Verpflegung
- Versorgung
- Ambulante Behandlung
- Stationäre Behandlung

Die taktische Führung der Feldlazarette oder ihrer Teileinheiten liegt in den Händen des jeweiligen allein verantwortlichen Einsatzleiters/Teamleiters. Er ist für den ordnungsgemäßen technischen Ablauf mit all seinen personellen Problemen sowie für die finanzielle Abwicklung des Einsatzes verantwortlich. Eine schwierige Aufgabe, die viel Erfahrung erfordert.

Der Bundeskatastrophenzug teilt sich auf in den:

Funkionstrupp:

- Allgemeine Verwaltung
- Materialverwaltung
- Funkbetrieb
- Überwachen der elektrischen Anlagen
- Instandhalten der Geräte
- Warten der Kraftfahrzeuge
- Versorgungsfahrten
- Krankentransport
- Unterbringung der Helfer

Personell sind für diesen Trupp je ein Funker/Verwaltungshelfer, Handwerker, Kraftfahrer und Helfer vorgesehen.

Küchentrupp:

- Versorgen der Einsatzmannschaften
- Versorgen der stationär aufgenommenen Patienten
- Wenn erforderlich, Versorgen der anderen Geschädigten
- Beschaffen von Lebensmitteln

Die Grundeinheit von drei Personen (Koch, Hilfskoch, Helfer) ist für 100 Verpflegungseinheiten (d. h. Versorgung von 100 Personen mit drei Mahlzeiten am Tag) eingerichtet. Der Küchentrupp hat eine entsprechend eingerichtete, in ein Fahrzeug verlastbare Küche mit dazugehörigen Zelten, Tischen, Stühlen, etc.

Wasseraufbereitungstrupp:

- Sicherstellen der Wasserversorgung des Feldlazarets

- Trinkwasser-Aufbereitung für das Feldlazarett
- Trinkwasser-Aufbereitung für die Geschädigten
- Laboruntersuchung des Trinkwassers
- Anlage von Wasserentnahmestellen
- Anlage von Wasserreservebehältern
- Anlage von Wasch- und Duscheinrichtungen

Für diesen Trupp ist eine personelle Besetzung mit einem Laboranten als Truppführer sowie je einem Kraftfahrer/Handwerker und Helfer vorgesehen. Der Trupp verfügt über eine Trinkwasser-Aufbereitungsanlage (6 000 l in der Stunde), die in einem Transporter mit Anhänger eingebaut ist. Die Geräte werden am Einsatzort außerhalb des Fahrzeugs aufgestellt. Im Fahrzeug wird dann das Labor eingerichtet.

OP-Trupp:

- Chirurgische Eingriffe
- Ärztliche Betreuung von stationär zu behandelnden Patienten

Personell besetzt ist der Trupp mit zwei Ärzten und drei Arzthelfern.

Ambulanztrupp:

- Erstes Sichten der Geschädigten
- Ärztliche Sofortmaßnahmen
- Wiederbelebungs- und Beatmungsmaßnahmen
- Registrierung Geschädigter
- Transport Geschädigter
- Mobiler Einsatz

Zum Ambulanztrupp gehören ein Arzt, drei Arzthelfer und ein Kraftfahrer/Arzthelfer.

Fachergänzung:

Bei der Fachergänzung handelt es sich um zusätzliche Instrumente und Geräte für Spezialeingriffe und Operationen. Dieser Trupp verfügt nicht über Personal, sondern über ein Zusatzinstrumentarium für folgende Fachgebiete:

- Augen
- HNO
- Laparotomie
- Urologie
- Knochen
- Thorax
- Neurochirurgie
- Endoskopie
- Gasvergiftungen

Medizinisch-technischen Trupp:

- Laboruntersuchungen
- Röntgenuntersuchungen
- EKG-Untersuchungen

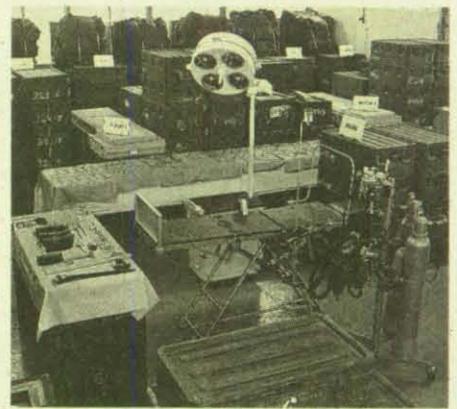
Die personelle Ausstattung des Trupps besteht aus je einem medizinisch-techni-



Verladebereit ist die Ausstattung der einzelnen Einsatztrupps des Bundeskatastrophenzugs in Köln-Deutz gelagert.



Vielfältig ist die Ausrüstung der Trupps. Im Bild ein Teil der Instrumente des OP-Trupps.



Innerhalb 24 Stunden ist das erste Feldlazarett einsatzbereit, ein zweites nach drei bis fünf Tagen.



In kürzester Zeit bringen JUH-Fahrzeuge die Ausstattung zum Flugzeug oder unmittelbar ins Unglücksgebiet.



Oft bietet sich den JUH-Helfern nach einem Erdbeben in ihrem Einsatzgebiet dieses Bild der Zerstörung.



Schnelle Hilfe ist gefragt. Schon einige Tage nach dem Erdbeben in Kalamata/Griechenland war ein JUH-Team im Einsatz.

schen Assistenten, Röntgenassistenten und Helfer.

Pflegetrupp:

- Pflege und Betreuung der stationär aufgenommenen Patienten

Hierfür sind ein Truppführer und zwei Pflegehelfer vorgesehen. Die Aufnahmekapazität liegt mit entsprechender Ausstattung bei 20 Patienten. Kenntnisse in der pflegerischen und psychologischen Betreuung von Geschädigten sowie praktische Erfahrung auf diesem Sektor sind notwendig.

Nach dem Baukastensystem aufgebaut, werden die Trupps je nach Einsatzlage auch einzeln eingesetzt. Sie sind materiell so ausgestattet, daß jedes Team selbständig arbeiten kann. „Dies hat sich in der Vergangenheit bestens bewährt“, sagt Harald Rebmann, „denn bis heute war es noch nicht nötig, den gesamten BKZ einzusetzen“.

Qualifiziertes Einsatzpersonal

Besondere Anforderungen werden an das Personal des BKZ gestellt. Meist sind es ehrenamtliche Helfer aus den JUH-Orts- und Kreisverbänden, die sich dieser Aufgabe verschrieben haben.

Die medizinische Gruppe stellt, es liegt nahe, den größten Anteil an Helfern. Hier arbeiten viele qualifizierte Ärzte sowie Krankenschwestern und -pfleger mit. Im technischen Bereich legt die KELA den Schwerpunkt auf Helfer mit handwerklichen Berufen, die vielseitig einzusetzen sind. Grundvoraussetzung für alle ist natürlich die Kenntnis zumindest einer Fremdsprache.

Durch die Speicherung personenbezogener Angaben in einem JUH-internen EDV-Datenverbund kann jederzeit abgefragt werden, welches Personal für welche Aufgaben zur Verfügung steht. Schnell ist so ein Team für einen Auslandseinsatz gebildet.

Bewährt hat sich auch, ein Vorauskommando in das Katastrophengebiet zu schicken. Es kann sich schnell eine genaue Schadensübersicht verschaffen, das Einsatzgebiet erkunden und einen detaillierten Lagebericht an die KELA geben. So können dann der personelle und materielle Einsatz auf die speziellen Bedürfnisse vor Ort abgestimmt werden.

Spezielle Lehrgänge

Die Schulung der Einsatzkräfte läuft zweigleisig. Die Teamleiter belegen neben der üblichen Ausbildung für Führungskräfte der JUH an der Bundesschule Nieder-Weisel Lehrgänge, die ausgerichtet sind auf die besonderen Anforderungen im Ausland. Nicht gelehrt werden medizinische Kenntnisse, da bei einem Auslandseinsatz ausschließlich Fachpersonal eingesetzt wird, das im Berufsleben steht und somit die nötige Qualifikation mitbringt.

Um die Einsatzbereitschaft der weiteren Helfer des BKZ zu gewährleisten, wird die Ausstattung einzelner Trupps, die nach drei bis fünf Tagen zur Aufstockung dienen, bei JUH-Orts- oder Kreisverbänden gelagert. Es besteht hier die Auflage, mit dem Material zu üben und es zu pflegen.

Jederzeit abrufbereit stapelt sich in einem Lager in Köln-Deutz die komplette Ausstattung eines 50-Personen-Feldlazaretts. Die Geräte sind überwiegend in Kisten verpackt, die von zwei Helfern getragen werden können. Eine sogenannte BKZ-Stammgruppe, bestehend aus ehrenamtlichen Helfern des JUH-Kreisverbandes Köln, pflegt die Ausstattung und überprüft ihre Einsatzbereitschaft. Aus diesem Kreis rekrutiert sich auch die Besatzung der Trinkwasser-Aufbereitungsanlage.

Ver mehrt bilden jetzt auch JUH-Orts- und Kreisverbände Rettungshundestaffeln. Aufgestellt sind zur Zeit vier Staffeln mit 30 Hunden. Sie sind eine wertvolle Unterstüt-

zung bei der Suche nach Verschütteten z. B. nach einem Erdbeben.

Gemeinsame Leitlinien

Eng arbeitet die JUH bei Auslandseinsätzen mit dem Diakonischen Werk der EKD zusammen. Meist kommen von hier die Einsatzanforderungen. Schon vor Jahren wurden gemeinsame Leitlinien für den Auslandskatastrophenschutz erstellt.

Das Diakonische Werk finanzierte einen großen Teil des BKZ und trägt erheblich zu seiner Unterhaltung bei. Zwar überwiegt die Zusammenarbeit der JUH mit dem Diakonischen Werk noch bei der Soforthilfe bei Auslandskatastrophen, langfristig gesehen zieht sich hier aber das Diakonische Werk etwas zurück, denn die Personaleinsätze sind in den letzten Jahren weitweit rückläufig. Gefragt ist wegen der inzwischen verbesserten eigenen Strukturen der Partnerorganisationen in den einzelnen Ländern weniger die personelle Hilfe als vielmehr die materielle Unterstützung bei Katastrophen. So haben sich die Einsatzprioritäten des Diakonischen Werks mehr von der Soforthilfe zur langfristigen Hilfe wie z. B. Wiederaufbaumaßnahmen, Arbeit in Flüchtlingslagern etc. verlagert. Auch hier ist die JUH mit einer Vielzahl von Einsätzen beteiligt.

Die JUH setzt in Zukunft unter anderem auf den Krisenstab im Auswärtigen Amt, der in der Vergangenheit schon einmal bestanden hat und nun wieder neu installiert wird. Der Stab soll die Auslandskatastropheneinsätze der deutschen Hilfsorganisationen und caritativen Verbände organisieren und koordinieren.

JUH-Katastrophenschutz-Referent Harald Rebmann hofft, daß durch eine konstruktive Arbeit des Krisenstabs die Soforthilfe bei Katastrophen im Ausland optimiert wird. „Überlegte, abgestimmte, schnelle und wirkungsvolle Hilfe muß das Kriterium für die Zukunft sein“, meint der Leiter der KELA. güse

Organisation und Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde
am Beispiel des Regierungspräsidenten Köln

Aufsichtsbehörde und Partner

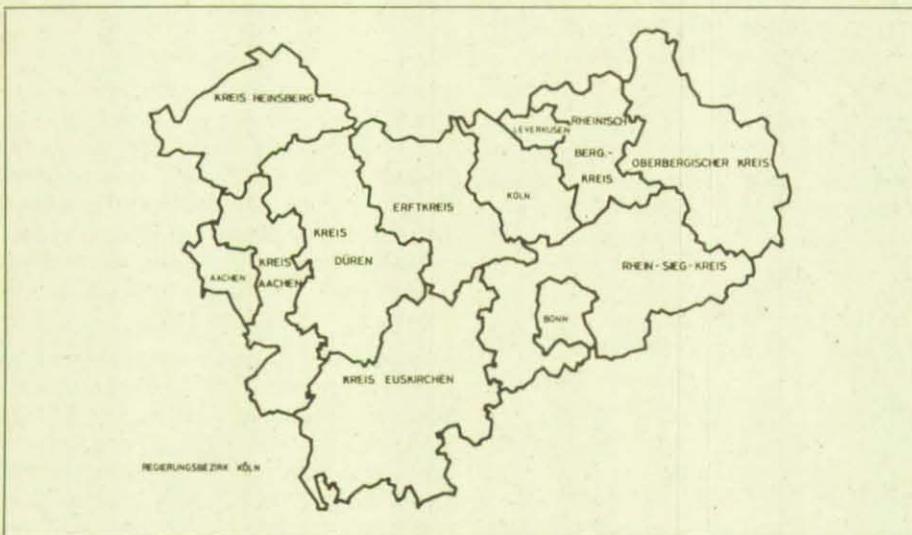
Enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutz-
behörden der kreisfreien Städte und Kreise des Regierungsbezirks Köln

In seiner Ausgabe 3/87 zeigte das „Zivilschutz-Magazin“ in einem ausführlichen Bericht die Organisation, den Aufbau und die Entwicklung des Zivil- und Katastrophenschutzes im Aufgabenbereich einer kommunalen Verwaltung auf. Beispiel war die kreisfreie Stadt Bamberg, in der das Rechtsreferat mit dem Amt für öffentliche Ordnung – Sachgebiet Zivil- und Katastrophenschutz – alle Katastrophenabwehrmaßnahmen als „Untere Katastrophenschutzbehörde“ plant und koordiniert.

Unser heutiger Beitrag will nun einen Einblick geben in die Organisation und die Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde als obere Aufsichtsbehörde am Beispiel des Regierungspräsidenten Köln.

Die Region im Überblick

Der Regierungsbezirk Köln, einer von fünf in Nordrhein-Westfalen, gliedert sich in die vier kreisfreien Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen und die acht Kreise Aachen, Düren, Euskirchen, Heinsberg, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Oberbergischer Kreis und Erftkreis.



Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis mit einer Gesamtfläche von rund 7 360 Quadratkilometern. In den insgesamt 107 Gebietskörperschaften des Regierungsbezirks Köln leben etwa 3,9 Millionen Einwohner. Es gibt nur wenige Regierungsbezirke in der Bundesrepublik Deutschland mit einer höheren Einwohnerzahl. Die Bevölkerung wohnt in Städten und Gemeinden von sehr unterschiedlicher Größe. Während die Großstadt Köln mit rund 920 000 Einwohner fast die Millionengrenze erreicht, werden für die kleinste Gemeinde lediglich rund 3 800 Einwohner gezählt. Zwischen diesen beiden extremen Positionen sind fast alle Größenklassen vertreten.

Der Wirtschaftsraum Köln ist neben den Wirtschaftsräumen Aachen und Bonn der bedeutendste im Regierungsbezirk und hat internationalen Rang. So leben in diesem Raum über zwei Millionen Menschen auf einer Fläche von rund 2 500 Quadratkilometern. Es finden sich hier wichtige Großbetriebe vor allem in den Wirtschaftszweigen Chemie, Mineralölverarbeitung, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik. Im Einzugsbereich der Stadt Köln

liegen Chemie- und Petrochemiebetriebe, Raffinerien und Hersteller von Kunststoffproduktion in einer Dichte wie nur an wenigen Stellen Europas, – mit allen Vorteilen, aber auch allen potentiellen Gefahren für die Umwelt, die sich daraus ergeben können.

Mittlerfunktion im Vordergrund

Der Regierungspräsident mit seiner gebündelten Aufgabenvielfalt hat eine regionale Mittlerfunktion zwischen Landesregierung und Behörden vor Ort insbesondere den Trägern kommunaler Selbstverwaltung.

Die Aufgaben des Regierungspräsidenten ergeben sich aus dem Landesorganisationsgesetz, in dem es heißt: „Der Regierungspräsident ist der allgemeine Vertreter der Landesregierung in seinem Bezirk. Er hat die Entwicklung auf allen Lebensbereichen in seinem Bezirk zu beobachten und den zuständigen obersten Landesbehörden darüber zu berichten. Der Regierungspräsident ist zuständig für alle Aufgaben der Landesverwaltung, die nicht ausdrücklich anderen Behörden übertragen sind.“

Regierungspräsident Köln ist Dr. Franz-Josef Antwerpes. Seine Behörde ist gegliedert in sechs Abteilungen mit jeweils fünf bis sieben Dezernaten. Innerhalb der Abteilung 2, geführt von Abteilungsdirektor Joachim Witt, fallen dem Dezernat 22 „Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz“ die Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde als obere Aufsichtsbehörde zu. Leiter des Dezernates 22 ist Regierungsdirektor Dr. Rüdiger Thamm.

Die Rechtsgrundlagen

Bei der Darstellung der Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde stehen die Rechtsgrundlagen als erstes im Blickpunkt der Betrachtung. Im wesentlichen stützt sich die Aufgabenstellung auf ein Landes- und ein Bundesgesetz ab.

Aufgabenträger des friedensmäßigen Katastrophenschutzes ist das Land. Im Katastrophenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (KatSG NW) vom 20. Dezember 1977 sind die Aufgaben und Organisation des friedensmäßigen Katastrophenschutzes geregelt. Es beinhaltet insbesondere die Vorbereitung und Durchführung der Abwehrmaßnahmen sowie Inhalt und Umfang der Katastrophenhilfeleistung.

Die Schutzvorkehrungen für den Verteidigungsfall liegen in der Verantwortung des Bundes im Rahmen des Zivilschutzes. Hierfür hat der Bund bereits 1968 das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) geschaffen. Danach

nehmen „die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes ihre Aufgaben auch hinsichtlich der besonderen Gefahren und Schäden wahr, die im Verteidigungsfall drohen. Sie werden zu diesem Zweck verstärkt, ergänzt sowie zusätzlich ausgerüstet und ausgebildet“.

Das KatSG wird weitgehend von den Ländern in Bundesauftragsverwaltung vollzogen, wobei der Bund die Maßnahmen steuert und finanziert.

Katastrophenschutz und erweiterter Katastrophenschutz bilden heute ein einheitliches, sich gegenseitig ergänzendes Hilfeleistungssystem mit der Aufgabe, Gefahren und Schäden im Frieden und auch in einem hoffentlich nie eintretenden, aber nicht ganz auszuschließenden Verteidigungsfall abzuwehren.

Aufsichtsfunktion gesetzlich festgelegt

Im Katastrophenschutzgesetz NW ist mehrfach Bezug genommen auf die Aufgaben der Regierungspräsidenten im Bereich der Gefahrenabwehr. So heißt es im Paragraphen 2:

„Örtliche Katastrophenschutzbehörden sind die Großen kreisangehörigen Städte (. . .), Kreiskatastrophenschutzbehörden sind die Kreise und kreisfreien Städte, Landeskatastrophenschutzbehörde sind die Regierungspräsidenten. Der Innenminister ist oberste Katastrophenschutzbehörde.“

Die örtliche und sachliche Zuständigkeit bestimmt Paragraph 3:

„Für Aufgaben des örtlichen Katastrophenschutzes sind die kreisfreien Städte, die Großen kreisangehörigen Städte, denen der Innenminister die Aufgabe des Katastrophenschutzes übertragen hat, sowie die Kreise für die übrigen Gemeinden zuständig.“

Für Aufgaben des überörtlichen Katastrophenschutzes sind die Kreiskatastrophenschutzbehörden der Kreise zuständig.

Die weitergehenden Aufgaben des Katastrophenschutzes obliegen den Landeskatastrophenschutzbehörden.“

Klar umrissen ist auch die Aufsichtsfunktion des Regierungspräsidenten im Absatz 2 des Paragraphen 4: „Der Regierungspräsident führt die Aufsicht über die Kreiskatastrophenschutzbehörden. Er ist gleichzeitig obere Aufsichtsbehörde über die örtlichen Katastrophenschutzbehörden.“

Der Paragraph 5 des KatSG NW geht ein auf das „Unterrichtungs- und Weisungsrecht“. Hier heißt es unter anderem: „Die Aufsichtsbehörden können sich jederzeit über die Wahrnehmung der Katastrophenschutzaufgaben unterrichten. Die Aufsichtsbehörden können Weisungen ertei-



Köln ist eine der vier kreisfreien Städte im Regierungsbezirk und mit rund 920 000 Einwohnern die größte Stadt in der Region. (Foto: Verkehrsamt Stadt Köln, Freig.Nr. RPD 0T 22 84)

len, um die gesetzmäßige Erfüllung der Aufgaben des Katastrophenschutzes zu sichern.“

Ein verstärktes Weisungsrecht ist im Paragraphen 6 des KatSG NW festgelegt: „Im Einzelfall können die Aufsichtsbehörden den beteiligten Katastrophenschutzbehörden allgemeine und besondere Weisungen erteilen, soweit dies zur wirksamen Katastrophenschutzabwehr erforderlich ist.“

Der Teil IV des KatSG NW „Durchführung der Abwehrmaßnahmen“ sagt im Paragraphen 21 „Befugnisse der Katastrophenschutzbehörden und der Aufsichtsbehörden im Ernstfall“ unter anderem aus, daß die Aufsichtsbehörden die Leitung der Abwehrmaßnahmen an sich ziehen können, „wenn der Erfolg der Abwehrmaßnahmen sonst nicht sichergestellt erscheint“.

Breites Aufgabenfeld

Welche Gesamtaufgaben stellen sich nun dem Dezernat 22 „Zivile Verteidigung, Katastrophenschutz, Feuerschutz“, das die Funktion einer Landeskatastrophenschutzbehörde wahrnimmt.

Nach dem Geschäftsverteilungsplan des Regierungspräsidenten gliedert sich das Dezernat in fünf Sachgebiete:

Sachgebiet 1: „Planung und Aufbau der zivilen Verteidigung“

Sachgebiet 2: „Katastrophenschutz“

Sachgebiet 3: „Haushaltsangelegenheiten“

Sachgebiet 4: „Feuerschutz und Rettungswesen“

Sachgebiet 5: „Kampfmittelräumdienst“

Das Sachgebiet „Katastrophenschutz“,

das hier näher beleuchtet werden soll, hat drei Tätigkeitsbereiche:

1. Vorbereitung aller Maßnahmen zu Organisation, Einsatz und Verwendung der Katastrophenschutz-Einheiten sowie deren Führung.
2. Überwachung der Katastrophenabwehr des Regierungspräsidenten Köln und der zwölf Hauptverwaltungsbeamten (HVB) der kreisfreien Städte und Kreise des Bezirks.
3. Koordinierung aller Ausbildungsmaßnahmen oberhalb der Standortebene.

Katastrophenschutzleitung-Bezirk koordiniert Abwehrmaßnahmen

Im Aufgabenkatalog des Sachgebiets ist als erstes die Organisation des Katastrophenschutzes auf der Ebene der eigenen Behörde genannt. In Ausnahmefällen kann der Regierungspräsident im Rahmen der von ihm gebildeten KSL-Bezirk nach Paragraph 21, Absatz 2, des KatSG NW die Leitung der Gefahrenabwehr an sich ziehen, wenn der Erfolg der Abwehrmaßnahmen sonst nicht sichergestellt erscheint. Die KSL-Bezirk ist nach dem bundeseinheitlichen Modell einer Katastrophenschutzleitung (KatS-DV 100) gegliedert und im Hauptgebäude des Regierungspräsidenten untergebracht. Hier werden entsprechende Räume bei Bedarf eingerichtet.

Einblick in die Einsatzbereitschaft und den Ausbildungsstand der Mitglieder der KSL-Bezirk gibt eine jährliche Übung. „Die Kosten für die Schulung und Fortbildung der Stabsmitglieder an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad-Neuenahr/Ahrweiler und an der Katastrophensch-



Der Wirtschaftsraum Köln ist der bedeutendste im Regierungsbezirk. Unser Bild zeigt das Industriegebiet in Köln-Wesseling. (Foto: Verkehrsamt Stadt Köln, Freig.Nr. RPD 30 F 848)

schutzschule des Landes in Wesel, die der Bund seit längerem nicht mehr trägt, werden inzwischen vom Land NW übernommen“, sagt Katastrophenschutzdezernent Hans Schröder, bei dem das „Zivilschutz-Magazin“ zu Gast ist.

Führungsmittel „Katastrophenschutzplan“

Arbeitsgrundlage und wichtiges Führungsmittel für die KSL-Bezirk ist der Katastrophenschutzplan-Bezirk, der jährlich den veränderten Gegebenheiten angepaßt wird. Er gliedert sich in die Hauptgruppen:

1. Alarmplan
2. Organisation der KSL
3. Stärkenachweisung des örtlichen Katastrophenschutzes
4. Unterbringung und Betreuung von Geschädigten
5. Regionale (überörtliche) Katastrophenhilfe
6. Katastrophenhilfe der Bundeswehr und der Stationierungstreitkräfte
7. Versorgung der Katastrophenhilfsdienste (Bezugsquellen)
8. Gefahrenobjekte
9. Hilfskräfte und Mittel
10. Unterlagen über Bereiche und Anlagen mit besonderer Zuständigkeit im Katastrophenschutz

Der Katastrophenschutzplan wird ergänzt durch Sonderschutzpläne für besondere Gefahrenobjekte, die als Behördenpläne im Zusammenwirken von Betrieben, Gewerbeaufsicht und Katastrophenschutz aufgestellt werden. Sie enthalten im wesentlichen neben einer Objektbeschreibung so-

wie den Angaben über die zu treffenden Sofortmaßnahmen im Katastrophenfall eine Übersicht über die Melde- und Alarmierungswege.

Zusätzlich liegen der KSL-Bezirk noch alle Katastrophenschutzpläne der zwölf Hauptverwaltungsbeamten des Regierungsbezirks Köln vor, denen wiederum ein Exemplar des Katastrophenschutzplans-Bezirk zur Verfügung steht. Daneben wurde schon 1960 ein handlicher „Taschenalarmplan für den Katastrophenschutz“ als Nachschlagewerk erstellt, der das Alarmierungsverfahren aufzeigt und alle für die Katastrophenhilfe in Betracht kommenden Dezernate des RP sowie Behörden, Hilfsorganisationen, Werkfeuerwehren etc. ausweist. Der Taschenalarmplan wird halbjährlich aktualisiert.

Hilfsorganisationen tragen Fachdienste

Ein weiterer Schwerpunkt im Aufgabenkatalog des Sachgebietes „Katastrophenschutz“ ist die Organisation der Katastrophenschutz-Fachdienste in den vier kreisfreien Städten und acht Kreisen des Regierungsbezirks Köln.

Als Fachdienste stehen zur Verfügung:

- Brandschutzdienst
- Bergungsdienst
- Instandsetzungsdienst
- Sanitätsdienst
- ABC-Dienst
- Betreuungsdienst
- Veterinärdienst
- Fernmeldedienst
- Versorgungsdienst
- Führung

Die Fachdienste werden getragen von den Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehr sowie den Katastrophenschutzbehörden soweit noch Regieeinheiten bestehen. Die Einheiten sind nach der Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN) auf die kreisfreien Städte und Kreise verteilt.

Gesamtstärke der Einheiten und Helfer

Im Regierungsbezirk Köln steht ein Gesamtpotential von 1 165 Einheiten mit rund 25 500 Helfern und Führungskräften für den Katastrophenschutz zur Verfügung; davon gehören 44 Einheiten (Sanitäts-, Betreuungs-, Lehr- und Ausbildungs-, Wasseraufbereitungszüge) mit rund 1 100 Helfern zum friedensmäßigen Katastrophenschutz des Landes NW als regionaler Katastrophenschutz des Regierungsbezirks. Hinzu kommen die nach dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) vom Bund aufgestellten und finanzierten Verstärkungs- und Ergänzungseinheiten und Einrichtungen. Die Zahl der Helfer dieses erweiterten Katastrophenschutzes im Regierungsbezirk Köln beträgt rund 24 400 in 1 121 Einheiten. In dieser Zahl sind 9 664 Helfer aus 387 Ergänzungseinheiten enthalten, für die der Bund bis heute keine Haushaltsmittel bereitgestellt hat.

Aufsichtsfunktionen

Wie schon dargelegt, fallen dem Regierungspräsidenten Köln nach dem KatSG NW die Aufgaben einer oberen Aufsichtsbehörde zu. Diese vielfältigen Aufgaben und die teilweise damit verbundene Problematik sollen hier an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Die Aufsichtsfunktion beginnt schon bei der Planung der Gefahrenabwehr der kreisfreien Städte und Kreise des Regierungsbezirks. Die dem Dezernat 22 vorliegenden Katastrophen- und Sonderschutzpläne der zwölf Hauptverwaltungsbeamten der Region werden im Aufbau und Inhalt geprüft. Ergeben sich Änderungen, wird dies mit dem HVB besprochen. Oberstes Ziel ist es, einen wirkungsvollen Katastrophenschutz in den Kommunen zu schaffen. Auch wird darauf geachtet, daß die Pläne fortgeschrieben werden und sie somit ständig auf dem neuesten Stand sind.

Zusätzlich sind alle Gemeinden im Regierungsbezirk angehalten, für ihren Bereich Katastrophenschutz- oder Taschenalarmpläne aufzustellen. Mit dieser Vorsorgemaßnahme soll sichergestellt werden, daß

in einem Notfall, noch bevor sich die „Katastrophenschutzleitung HVB“ gebildet hat, erste koordinierte Hilfsmaßnahmen von der betroffenen Gemeinde eingeleitet werden können.

Eine Stabsrahmenübung der Stadt Köln. Meist sind die Mitarbeiter des Katastrophenschutzdezernats des RP bei diesen Veranstaltungen Beobachter.

Zusammenarbeit vor Ort

Um sich einen Überblick über die Situation vor Ort zu schaffen und ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen, besuchen Mitarbeiter des Katastrophenschutzdezernats mehrmals jährlich die kreisfreien Städte und Kreise des Regierungsbezirks und sprechen mit den Leitern und Sachbearbeitern der für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Ämter. Dies ist sehr fruchtbar für beide Seiten. Alle Themen werden angesprochen, und oft kommt es zu regen Diskussionen.

Bei diesen Besuchen wird u. a. auch geprüft, ob die Katastrophenschutzstäbe voll besetzt sind, ob die Räumlichkeiten der KSL den Anforderungen entsprechen und die Kommunikationsmittel der Fernmeldezentrale HVB ausreichen. Eine Checkliste erleichtert dabei die Arbeit.

In unregelmäßigen Abständen treffen sich die Leiter der Katastrophen- und Zivilschutzämter der Kommunen im Regierungspräsidium mit den Mitarbeitern des Dezernats 22. Hier steht die Information und der Austausch von Erfahrungen im Vordergrund.

Neue Wege

Erfahrungen sammeln will das Dezernat 22 auch bei einer neuen Art von Stabsrahmenübungen der Katastrophenschutzleitungen der Kommunen. Bis vor kurzem stellte die jährlich einmal übende Katastrophenschutzleitung den Stab und den Leitungsdienst gleichzeitig. „Dabei schmorten naturgemäß die Kommunen im eigenen Saft“, sagt Katastrophenschutzdezernat Hans Schröder. „Alle Stabsmitglieder wußten meist schon vorher, was lief.“ Für 1987 wurde dies geändert. Jetzt wird ein Stab HVB beauftragt, für einen anderen Stab eine Übung vorzubereiten, von deren Inhalt der zu übende Stab nichts weiß. Erst am festgelegten Übungstag kommen die Stäbe zusammen, und der den Leitungs- und Schiedsrichterdienst übernehmende „fremde“ Stab gibt die Lage bekannt und spielt Einlagen ein.

Für Hans Schröder ist dies die effektivste und realistischste Art einer Stabsübung. „Es ist wirklichkeitsnah wie bei einer echten Katastrophe. Am Tag des Geschehens müssen Entscheidungen getroffen werden, eine Vorbereitung gibt es nicht“, meint er.

In diesem Jahr finden insgesamt sechs Übungen dieser Art im Regierungsbezirk

statt, bei denen die Mitarbeiter des Dezernates 22 fach- und sachkundige Beobachter sind. Schon die erste Übung sei, so Schröder, „sehr aufschlußreich“ gewesen. Dem Innenminister wird nach Abschluß des Pilotprojekts ein Erfahrungsbericht vorgelegt.

Ausbildungs- und Übungspläne liegen vor

Eine weitere Aufgabe der Landeskatastrophenschutzbehörde ist die Überprüfung der von den Einheitsführern der Fachdienste über die HVB's jährlich vorzulegenden Ausbildungs- und Übungspläne. „Die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel sollen sinnvoll eingesetzt werden, und wir wollen natürlich, daß dabei was rumkommt“, sagt Hans Schröder. „Ebenso nehmen wir oft an den Übungen der Einheiten teil und informieren uns dabei über den Stand der Ausbildung und den Zustand der Einsatzfahrzeuge und Ausstattungen. Zeigen sich Mängel, werden sie mit den Einheitsführern bzw. dem zuständigen HVB besprochen und Wege aufgezeigt, wie der Stand zu verbessern ist.“

Große Einsatzübungen geben dem Regierungspräsidenten einen Einblick in die Leistungsfähigkeit der Hilfsorganisationen.



Mangelnde Ausbildung

Verstärkt hat sich das Katastrophenschutzdezernat in der letzten Zeit der Ausbildung der Helfer mit Sonderfunktionen wie ABC- und Sanitätshelfer aller Fachdienste angenommen. — Drei Helfer je Zug müssen neben der fachspezifischen Schulung eine zusätzliche Ausbildung in den genannten Diensten haben.

Dies wurde in den meisten Einheiten bis jetzt noch nicht vollzogen. „In enger Zusammenarbeit mit der Katastrophenschutzschule des Landes NW, Wesel, wollen wir es schaffen, daß bis Mitte nächsten Jahres jeder Zug des Brandschutzdienstes drei ausgebildete ABC-Helfer hat“, sagt Katastrophenschutz-Sachbearbeiter Kurt Wirths. „Weil die Schule den großen Nachholbedarf in diesem Bereich nicht decken kann, wird teilweise auch auf Standortebene ausgebildet.“

Besonders widmet man sich auch der Organisation und Ausbildung des ABC-Dienstes. Aufgeschreckt durch die Ereignisse in Tschernobyl und den sich häufenden Chemieunfällen im In- und Ausland wurde u. a. eine Bestandsaufnahme des





Waldbrände – hier eine Übung – überschreiten oft die Kreisgrenzen. Dann koordiniert der Regierungspräsident die angeforderte Hilfe.



Verstärkt sollen im Regierungsbezirk Köln die ABC-Züge zur friedensmäßigen Gefahrenabwehr herangezogen werden.

gesamten ABC-Dienstes im Regierungsbezirk erstellt. Soll und Ist wurden gegenübergestellt und die Fehlbestände über das Land an den Bund gemeldet. Ziel ist es, den ABC-Dienst möglichst schnell voll einsatzbereit zu machen, um ihn einzubinden in die friedensmäßige Gefahrenabwehr.

Verbesserung des Melde- und Informationssystems

Schon seit längerem laufen Bemühungen, die Vorsorge- und Einsatzmaßnahmen im Bereich des chemischen Gürtels um Köln zu verbessern. Hierzu gehört auch das Melde- und Informationssystem.

Die Meldewege, die nach der bestehenden gesetzlichen Regelung im wesentlichen auf das grobe Einteilungsraster „Schadensereignis unterhalb/oberhalb der Katastrophenschwelle“ abstellen, tragen der Notwendigkeit rechtzeitiger Information der KatS-Behörden bei eskalierenden Ereignissen zu wenig Rechnung. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß sich Unfälle im Chemiebereich praktisch ohne Vorlaufzeit ereignen und deshalb besonders gravierende Folgen haben können. Wichtig ist auch, daß bei Anscheinsgefahren, deren Ungefährlichkeit den Betreibern kraft Sachkenntnis sehr schnell klar ist und bei denen sie an sich keine Veranlassung zur Abgabe einer Information haben, die betreffenden Dienststellen, die nach allen Erfahrungen mit besorgten Reaktionen aus der Bevölkerung bombardiert werden, sofortige und präzise Auskunft geben können.

Arbeitskreis gebildet

Der Regierungspräsident Köln hat im Rahmen des im Jahre 1985 einberufenen Arbeitskreises „Kölner Chemiegürtel“, der sich die Verbesserung des Melde- und Informationssystems bei Störfällen und Betriebsstörungen zur Aufgabe gesetzt hat, das zwischen der Bayer AG und der Stadt

Leverkusen seit einigen Jahren mit Erfolg praktizierte Meldesystem (siehe „Zivilschutz-Magazin“ 7—8/86) aufgegriffen und mit gewissen Modifizierungen den im Kölner Chemiegürtel liegenden Gebietskörperschaften zur Übernahme empfohlen. Ähnliche Systeme sind auch von anderen großen Chemie-Konzernen entwickelt worden. Der Vorteil dieses D1—D4-Systems liegt in der Beschränkung auf das Wesentliche.

Das System umfaßt folgende Stufen:

1. Vorsorgliche Mitteilung D1

Sie erfolgt bei Ereignissen, bei denen voraussichtlich eine Gefahr außerhalb des Werkes objektiv zwar nicht besteht, die aber von der Nachbarschaft des Werkes wahrzunehmen sind (Geräusche, Gerüche, optische Eindrücke) und möglicherweise für gefährlich gehalten werden können sowie Ereignisse, die offensichtlich bzw. nach den bisher gemachten Erfahrungen eine wahrscheinliche Entwicklung zur Stufe D2 nehmen werden.

2. Vorabmeldung D2

Sie erfolgt bei Schadensereignissen, bei denen voraussichtlich eine Gefährdung von Gebieten außerhalb des Werkes nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden und erste Maßnahmen nach Absprache erforderlich werden können.

Die Leitstelle für Feuerschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz entsendet zumindestens einen Einsatzleiter des höheren oder gehobenen Dienstes, auf Anforderung des Werkes jedoch auch weitere Einsatzkräfte zur Schadensbekämpfung. Nach einer fünfminütigen Frist gibt die Leitstelle die Meldung an die Polizei, die Aufsichtsbehörde und gegebenenfalls weitere Dienststellen weiter. Während dieser Frist kann das Werk die Meldung nach D1 zurückstufen.

3. Vorabmeldung D3

Sie erfolgt bei Schadensereignissen, bei denen voraussichtlich eine Gefährdung von

Gebieten außerhalb des Werkes bereits eingetreten oder wahrscheinlich ist und Maßnahmen gemäß der Vereinbarung erforderlich sind.

Die Leitstelle veranlaßt sofort die Warnung der Bevölkerung in dem von einer vereinbarten Maßnahmenschablone überdeckten Gebiet. Die Polizei sperrt das Gebiet ab. Die Feuerwehr erkundet schnellstmöglich, wie groß das tatsächlich gefährdete Gebiet ist. Das Werk unterstützt im vereinbarten Umfang unter Beachtung der einsatzbedingten Möglichkeiten.

4. Vorabmeldung D4

Sie erfolgt bei Schadensereignissen, bei denen voraussichtlich eine Gefährdung von Gebieten außerhalb des Werkes bereits eingetreten oder wahrscheinlich ist und Maßnahmen nach dem Katastrophenschutzgesetz erforderlich sind. Die Leitstelle veranlaßt die gleichen Maßnahmen wie bei einer Vorabmeldung D3. Zusätzlich löst sie jedoch Katastrophenschutz aus.

Frühzeitige Information

Das Entscheidende bei diesem System ist, daß die zuständige Leitstelle für Feuerschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz schon bei D1 informiert wird und sich auf eine mögliche Eskalation des Ereignisses und die zu treffenden Maßnahmen vorbereitend einstellen kann. Bei der vorsorglichen Mitteilung D1 handelt es sich um eine interne Information ohne jede Außenwirkung. Erst ab Stufe D2 sind die Nachbarleitstellen und die Leitstelle des Regierungspräsidenten zu unterrichten.

Das D1—D4-System umfaßt des weiteren die einvernehmliche Vereinbarung, einheitliche Informations- und Warndurchsagetexte zu verwenden.

Ab Stufe D2 ist vereinbart

— vorsorgliche Informationen über WDR 2 zu geben, wenn die Betriebsstörung Außenwirkungen hat,



Verantwortlich beim Regierungspräsidenten Köln für den Katastrophenschutz in der Region (von rechts): Katastrophenschutzdezernent Hans Schröder, Abteilungsleiter Joachim Witt, Leiter des Dezernats 22 Regierungsdirektor Dr. Rüdiger Thamm, die Katastrophenschutz-Sachbearbeiter Gerhard Hohn und Kurt Wirths. (Fotos: Verkehrsamt Stadt Köln [2], Sers [5]).

Sanitätsdienst bald ohne Ärzte?

Gerhard Hohn weist im Gespräch noch auf ein besonderes Problem bei der Mitarbeit von Ärzten im Katastrophenschutz hin. „Nachdem am 1. Juli 1986 das Gesetz zur Verbesserung der Wehrgerechtigkeit und der Verlängerung des Grundwehrdienstes in Kraft getreten ist, können ja keine Helfer mehr für den Katastrophenschutz freigestellt werden, wenn sie das 22. Lebensjahr vollendet haben. Ein Arzt beendet sein Studium aber meist erst im 28. Lebensjahr. Dies ist zwar bei der Vorbereitung des Gesetzes diskutiert worden, eine Ausnahme von der Altersgrenze für Ärzte wurde aber vom Bundesverteidigungsminister und vom Bundesinnenminister nicht zugelassen. Das bedeutet konkret für uns im Katastrophenschutz, daß wir keine Ärzte mehr für die Sanitätseinheiten bekommen, es sei denn, Idealisten aus dem Bereich der niedergelassenen Ärzte oder Notärzte stellen sich freiwillig zur Verfügung. Dies ist ein Fakt, der uns sehr zu schaffen macht, denn der Bund und das Land hat eine Menge Geld in die Sanitätszüge gesteckt, und diese sind nur dann einsatzfähig, wenn sie je Zug mit zwei Ärzten (bzw. ein Arzt bei regionalen Landessanitätszügen) besetzt sind.“

Das Problem sei nur unkonventionell anzugehen, meint Hohn. „Wir versuchen über die Kassenärztliche Vereinigung an die niedergelassenen Ärzte heranzukommen, um sie in Gesprächskreisen auf kommunaler Ebene zu motivieren, dem Katastrophenschutz aufgeschlossener gegenüberzustehen und mitzuwirken. Viel mehr kann nicht getan werden.“ Etwas Bitternis über diese schwierige Situation im Sanitätsdienst klingt mit in dem Nachsatz: „Es ist schwer!“

Durch Partnerschaft zum Erfolg

Der Beitrag versuchte einen Einblick zu geben in die Organisation und die breitgefächerten Aufgaben einer Landeskatastrophenschutzbehörde. Zu umfangreich ist das gesamte Aufgabenspektrum, um alle Tätigkeiten vertiefend darzustellen. Die geschilderten Beispiele beleuchten einige Schwerpunkte der Arbeit im Sachgebiet „Katastrophenschutz“ des Regierungspräsidenten Köln und zeigen die Problematik sowie zum Teil auch Lösungen auf.

Das Engagement der Mitarbeiter ist groß. Sie verstehen sich weniger als Aufsichts- und Kontrollorgan über die für den Katastrophen- und Zivilschutz zuständigen Kommunen. Vielmehr wollen sie Partner sein beim Aufbau und der Entwicklung eines einsatzfähigen Katastrophenschutzes in ihrem Regierungsbezirk. Gemeinsam will man den Bürger vor den vielfältigen Gefahren unserer heutigen Umwelt wirksam schützen. güse

- diese Informationsdurchsagen nicht durch Sirensignal anzukündigen,
- keine Lautsprecherwagen für die Durchsagen einzusetzen,
- die Beendigung der Betriebsstörung über WDR 2 bekanntzugeben.

Ab Stufe D3 ist vereinbart

- Warnmeldungen über WDR 2 abzugeben,
- diese Meldungen durch Sirensignal anzukündigen,
- parallel zur WDR-Meldung vor Ort durch Lautsprecherwagen zu warnen,
- nach Beendigung der Gefahr sowohl durch WDR 2 als auch vor Ort Entwarnung zu geben.

„Das jetzt zur Verfügung stehende Melde- und Informationssystem ermöglicht es, schwierige Schadenslagen im chemischen Bereich von der Behördenseite her rechtzeitig in den Griff zu bekommen“, meint der Leiter des Dezernates 22, Regierungsdirektor Dr. Thamm.

Überörtliche Einsatzkoordinierung

Eine der wichtigsten Aufgaben des Regierungspräsidenten in einer Großschadenslage ist die überörtliche Einsatzkoordinierung der Katastrophenschutz-Einheiten. Sind bei einer Katastrophe mehrere Kreise betroffen, werden von der KSL-Bezirk Prioritäten gesetzt sowie die Logistik und die von den verschiedenen Katastrophenschutzstäben HVB angeforderte Hilfe koordiniert.

Um das gesamte Zusammenspiel zu prüfen und zu verbessern, werden vom Regierungspräsidenten in unregelmäßigen Abständen Großübungen mit unterschiedlichen Schadenslagen angesetzt. Hierbei wird zum einen die Funktionsbereitschaft der eigenen Katastrophenschutzleitung überprüft, wo dann alle Fäden zusammenlaufen, zum anderen können die Stä-

be HVB der beteiligten Kreise oder kreisfreien Städte und die eingesetzten Einheiten ihre Einsatzbereitschaft beweisen.

Schwerpunkt Helferrecht

Ein umfangreiches Arbeitsgebiet im Katastrophenschutzdezernat ist auch das Helferrecht. Es umfaßt den gesamten Rahmen der personellen Einbindung der Helfer in den Katastrophenschutz und beinhaltet u. a. die Organisationszugehörigkeit und die Verfügbarkeit der Helfer für Ausbildung, Übungen und Einsätze.

Die sich hieraus ergebenden Probleme und deren Lösungen sind ein Schwerpunkt der Arbeit des Sachgebiets.

Viele Helfer haben sich nach Paragraph 8, Abs. 2, des KatSG für eine zehnjährige Mitarbeit im Katastrophenschutz verpflichtet und sind somit vom Wehrdienst freigestellt. Als Landesmittelbehörde ist der Regierungspräsident Verteiler dieser jährlich rund 100 Freistellungsplätze auf die Kreise und kreisfreien Städte der Region anhand der Einwohnerzahlen.

„Dieses Verfahren ist anerkannterweise nicht sehr gerecht. Wir sind deshalb einen eigenen Weg gegangen, um die Gerechtigkeit etwas anzuheben. So lassen wir die stärkere Mitwirkung der einzelnen Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz in die Aufteilung der Freistellungsplätze mit einfließen“, sagt Katastrophenschutz-Sachbearbeiter Gerhard Hohn. „Es verstößt zwar etwas gegen die Vorschriften, hat sich aber sehr bewährt und nutzt dem Katastrophenschutz. Einwände dagegen wurden von keiner Seite erhoben“, freut sich Hohn.

Gezielt wird auch dort mit Freistellungsplätzen geholfen, wo besondere Aktivitäten entstehen. So erhalten die ABC-Züge, die — wie schon erwähnt — in Zukunft verstärkt zur friedensmäßigen Gefahrenabwehr herangezogen werden sollen, zusätzliche Freistellungsplätze, um dort die personelle Situation zu verbessern.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. „Selbstschutz Ihre Sicherheit — damit Hilfe kein Zufall bleibt“, unter diesem Motto startete die BVS-Dienststelle Itzehoe gemeinsam mit der Feuerwehr, DLRG und Polizei einen Sicherheitswettbewerb in Hörnerkirchen, um die Bürger über den Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz zu informieren.

Der BVS beteiligte sich auch in Elmsborn an den Verkehrssicherheitstagen mit einem Film- und Informationsstand. Parallel dazu fand in Kellinghusen im Rahmen des „Tages der Kellinghusener“ eine Ausstellung statt. Filmwagen und Info-Stand sowie ein gemeinsam vom BVS, der Polizei und dem DRK durchgeführter Sicherheitswettbewerb waren hier Möglichkeiten für den Bürger, sich über Hilfeleistungen zu informieren bzw. seine eigenen Fähigkeiten in der Selbst- und Nächstenhilfe zu testen.

Es folgten Einsätze in Glückstadt und Brunsbüttel; hier hatten die Bürger Gelegenheit, neben allgemeinen Informationen zum Zivilschutz, auch Informationen zur Lebensmittelbevorratung zu erhalten. So errechnete z. B. ein Computer individuell, was jeder einzelne, aber auch die ganze Familie an Lebensmitteln für einen Zeitraum von 14 Tagen benötigt, um in Notzeiten bei Versorgungsschwierigkeiten eine gewisse Zeit überbrücken zu können.

Gleiche Aktionen wurden im Haus des Kurgastes in Friedrichskoog, wo sich viele Urlauber aufhielten, durchgeführt.

Am 2. Juli 1987 wurde vom Bürgermeister der Stadt Heide, Dr. Benske, in der Fußgängerzone die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ eröffnet, die an sieben Tagen von zahlreichen Heider Bürgern und Gästen besucht wurde.

Bürgermeister Dr. Benske und BVS-Dienststellenleiter Ingram Bonny bei der Ausstellungseröffnung in Heide.



Von Heide ging die Ausstellung nach Büsum, wo sie im Rahmen einer Selbstschutzwoche unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Horst Neumann gezeigt wurde. An dieser Selbstschutzwoche, die den Abschluß der Sonderaktion des BVS bildete, beteiligten sich neben der Gemeinde auch die Polizei, Wasserschutzpolizei, Feuerwehr, das Jugendrotkreuz aus Nordhastedt, das THW und die DLRG.

Höhepunkt der Selbstschutzwoche war ein Sicherheitswettbewerb, bei dem die Teilnehmer an elf Stationen ihr theoretisches und praktisches Wissen und Können in der Selbst- und Nächstenhilfe überprüfen konnten.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Sein 25jähriges Dienstjubiläum im öffentlichen Dienst und gleichzeitig beim BVS konnte der Leiter der Landesstelle Niedersachsen, Edgar Sohl, begehen.



Sachgebietsleiter Delis (rechts) überreicht Landesstellenleiter Sohl ein Geschenk der Mitarbeiter.

Während einer kleinen Feierstunde in der Landesstelle in Hannover konnte Sohl die vielen Glückwünsche der zahlreich erschienenen haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter entgegennehmen.

In seiner Laudatio ließ Sachgebietsleiter Witold Delis noch einmal den Werdegang Sohls Revue passieren. Zunächst als ehrenamtlicher Helfer, dann ab 1962 als hauptamtlicher Mitarbeiter, schaffte Sohl sich kontinuierlich die Basis für seine heutigen Aufgaben als Landesstellenleiter.

Im Namen aller Mitarbeiter wünschte Delis abschließend Sohl, der seit 1974 die Geschicke der Landesstelle Niedersachsen leitet, alles Gute für die Zukunft.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Paderborn. Ein Sicherheitswettbewerb in Delbrück-Westenholz zog viele Interessenten an. Insgesamt waren an zehn Stationen bis zu 100 Punkte zu holen, wobei die Bestleistung von 99 Punkten gleich viermal erreicht wurde. So mußte zum Schluß das Los entscheiden.

Den Hauptpreis, ein Fahrrad, holte sich Karin Streubühr aus Westenholz. Sie löste die Aufgaben von BVS, Polizei, THW, Feuerwehr, DRK, JUH, DLRG und ADAC am besten und fuhr am Schluß mit ihrem Preis glücklich nach Hause.

Köln. Mit seiner Aktionswoche im City-Center Chorweiler unter dem Motto „Sicher in den Urlaub — gut vorbereitet“ hätte sich der BVS keinen besseren Zeitpunkt aussuchen können. Mehr als 2 000 Bürger machten von der Möglichkeit Gebrauch, sich zu informieren. Neben Info-Ständen und Straßenaktionen bot der BVS zahlreiche praktische Vorführungen. Kein Wunder, daß die Resonanz entsprechend war — zahlreiche Besucher meldeten sich spontan zur Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen an.

Oberhausen. Das 60jährige Bestehen der DLRG, Bezirk Duisburg, war ein Anlaß für die BVS-Dienststelle Oberhausen, ihre Arbeit zu präsentieren und über den Zivil- und Selbstschutz zu informieren.

Die Veranstaltung auf der Regattabahn in Duisburg-Wedau stieß auf reges Interesse. Mehr als 300 Besucher, unter ihnen auch der Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, Josef Krings, und weitere Gäste, ließen sich ausführlich über die Arbeit und Ziele des BVS informieren. Bei dieser Gelegenheit sprach DLRG-Bezirksleiter Franz Heckhausen BVS-Dienststellenleiter Werner Loechel seinen besonderen Dank für die gute Zusammenarbeit aus.

*

Rheinberg. Den hohen Stellenwert des Katastrophenschutzes betonte der Oberkreisdirektor von Wesel, Dr. Horst Griese, aus Anlaß eines „Katastrophen- und Selbstschutzes“ in Rheinberg. Veranstaltungen dieser Art seien besonders wegen ihrer Eigenart „zum Anfassen“ für die Bevölkerung wertvoll.

Der BVS war mit einem Filmwagen und Informationsständen präsent. Die Mitarbeiter erläuterten den Bürgern die Notwendigkeit der Vorsorge für Notzeiten.

Ein großer Erfolg wurde nicht zuletzt der Sicherheitswettbewerb unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Hier fiel besonders die hohe Punktzahl des Siegers Ulrich Behrens auf, der 190 von 200 möglichen Punkten errang und damit ein wertvolles Fahrrad gewann.

Zum erstenmal fand in Rheinberg übrigens auch ein Sicherheitswettbewerb für Helfer des Katastrophenschutzes statt — ein Experiment, das sich, wie man zum Schluß feststellen konnte, gelohnt hat.

Daneben nutzten auch die Hilfsorganisationen die Möglichkeit zur Selbstdarstellung. Die Rettungshundestaffel Wesel mit ihren Vorführungen in luftiger Höhe erhielt besonders großen Beifall.

*

Recklinghausen. BVS-Fachlehrer Helmut Scholkowski wurde als Dank für seine 50. Blutspende die mit Brillanten

besetzte Ehrennadel des DRK verliehen. Die Auszeichnung wurde ihm in einer kleinen Feierstunde durch den Stadtdirektor der Stadt Datteln, Walter Sauer, übergeben, der bei dieser Gelegenheit als Dank des Dattelner DRK eine Armbanduhr überreichte. Blutspende, sagte Sauer, sei praktizierte Nächstenliebe. Scholkowski habe durch sein Verhalten ein hervorragendes Beispiel gegeben.

Auch die BVS-Dienststelle Recklinghausen, zu deren aktivsten Mitarbeitern Scholkowski gehört, gratulierte dem Fachlehrer. Scholkowski, so hieß es in den Grußworten, zeichne sich durch hohe Fach- und Sachkompetenz sowie durch die Fähigkeit aus, auf Menschen zuzugehen und sich auf sie einzustellen.

*

Bergisch Gladbach. „Alle machen Fehler! Ich auch!“ Unter diesem Motto eröffnete Bürgermeister Franz Heinrich Krey die diesjährigen Verkehrssicherheitstage in Bergisch Gladbach. Über 20 Vereine und Verbände versuchten das Sicherheitsbewußtsein der Bevölkerung zu wecken.

So war auch die BVS-Dienststelle Leverkusen mit Info-Stand und Filmwagen vertreten. Starker Andrang herrschte bei den praktischen Vorführungen. Über 850 Besucher zählten die BVS-Mitarbeiter an beiden Veranstaltungstagen. Immer wieder mußten Fragen — insbe-

sondere zum Thema „Ablöschen brennender Kleidung“ — beantwortet werden.

Auch die Stadt Bergisch Gladbach als Veranstalter war vom Interesse der Bevölkerung begeistert und plant eine Wiederholung im Jahre 1988.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Ludwigshafen. 28 Betriebsleiter aus den Landkreisen Bad Dürkheim, Germersheim und Südliche Weinstraße sowie der Stadt Landau, nahmen an einer Informationsveranstaltung bei der BASF teil. Die Einladungen erfolgten durch die jeweiligen Landräte bzw. des Oberbürgermeisters der Stadt Landau auf Anregung der BVS-Dienststelle Ludwigshafen.

Die Gäste wurden durch Direktor Dr. Peine, Abteilung „Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit, Umweltschutz“, begrüßt.

Ein Vortrag gab einen Einblick in die Einsätze der Werkfeuerwehr der BASF bei Schadensfällen. Eine Werksrundfahrt schloß sich an.

Ziel und Zweck dieser Veranstaltung war es, den Betriebsleitern die Sicherheitsmaßnahmen der BASF beispielhaft aufzuzeigen.

BVS-Dienststellenleiter Diehl bot zum Abschluß der Veranstaltung allen Betriebsleitern zum Aufbau eines betrieb-



Die Betriebsleiter aus den Landkreisen bei der Werkfeuerwehr der BASF. (Foto: Heinrich)



Stadtdirektor Walter Sauer (3. v. l.) zeichnet Helmut Scholkowski (4. v. l.) mit der DRK-Ehrennadel aus. (Foto: Meisterernst)

lichen Katastrophenschutzes das kostenlose Ausbildungsprogramm des BVS an.

*

Frankenthal. In der Zeit vom 4. bis 12. Juli 1987 stand auf dem Platz vor dem Rathaus in Frankenthal die BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“.

Bereits zum zweiten Male innerhalb von acht Jahren erklärte sich die Stadt Frankenthal bereit, eine größere Selbstschutzaktion zusammen mit der BVS-Dienststelle Ludwigshafen durchzuführen.

Bürgermeister Peter Popitz (links) bei der Eröffnung der Ausstellung. (Foto: Preis)



ren. Bürgermeister Peter Popitz eröffnete sowohl die Ausstellung als auch die Selbstschutzwoche und führte bei seiner Eröffnungsrede u. a. aus: „Die täglichen Meldungen über Massenverkehrsunfälle, Wald- und Gebäudebrände, Hochwasser, die technischen Unglücke oder die Rheinvergiftungen durch Chemieunfälle haben uns gezeigt, wie schnell Gefahren entstehen können.“ Ziel der Selbstschutzwoche sei es, das Bewußtsein der Bürger für die Notwendigkeit eigener Initiativen zu wecken, so Popitz.

Um dies zu erreichen, wurden begleitende Aktionen, wie Filmvorführungen und Demonstrationen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang; unmittelbar neben dem Ausstellungszelt, unter den Rathausarkaden, durchgeführt.

Hinzu kamen Informationsveranstaltungen für Behörden, Betriebe und Architekten sowie ein Selbstschutz-Grundlehrgang für die Bevölkerung.

Parallel zu der Selbstschutz-Aktion hatte die Fachgebietsleiterin für Frauenarbeit, Perlick, eine Arbeitsgemeinschaft für die Frauenfachbearbeiterinnen der BVS-Dienststellen aus Rheinland-Pfalz im Rathaus der Stadt Frankenthal durchgeführt sowie eine Informationsveranstaltung für Vorsitzende von Landfrauenverbänden.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. Um sich einen Überblick über die Arbeit des BVS im Saarland zu verschaffen, besuchte Ltd. Ministerialrat Hans Grundmann, Saarländisches Innenministerium, die BVS-Landesstelle.

Landesstellenleiter Christian Koch erläuterte zunächst den derzeitigen Stand der Öffentlichkeitsarbeit und der Selbstschutzausbildung des Verbandes, wobei er in beiden Bereichen eine deutliche Intensivierung herausstellen konnte. So

werde, auch dem Wunsch des Innenministeriums entsprechend, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die Bevölkerung und damit für den Selbstschutz in Wohnstätten betrieben. Hier gehörten neben den Informationsveranstaltungen auch Straßenaktionen, die durch Filmvorführungen und praktische Demonstrationen bei dem Bürger ein gutes Echo fänden.

Diese Veranstaltungen, so Koch, würden in Zukunft vermehrt durchgeführt, um einer möglichst großen Bevölkerungsschicht die Notwendigkeit des Zivilschutzes, insbesondere aber der Vorsorge und Eigenhilfe deutlich zu machen. Dem Bürger müsse hierbei gleichzeitig die Zweckmäßigkeit der Vorsorgemaßnahmen für Alltagsgefahren ins Bewußtsein gebracht werden. Es sei deshalb erfreulich, daß dies nunmehr auch vermehrt in den Selbstschutz-Grundlehrgängen und den verschiedenen Informationsvorträgen herausgestellt werde. Bei dem Bürger würden heute fast alle Veranstaltungen „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“, einen wesentlich besseren Anklang finden.

Grundmann zeigte sich von der Arbeit und den Initiativen des BVS im Saarland sowie den derzeitigen Konzeptionen für die Öffentlichkeitsarbeit und die Ausbildung beeindruckt. Er freute sich auch darüber, daß es dem BVS ebenfalls gelungen ist, die Gemeinden in ihrem Bemühen erfolgreich zu unterstützen, Selbstschutzberater für die einzelnen Wohnbereiche zu gewinnen. Hier sollten, so Grundmann, beide Seiten ihre Anstrengungen noch weiter verstärken.

Bei den Gesprächspartnern bestand Übereinstimmung darüber, daß im Rahmen der gegebenen Schwerpunkte vornehmlich die Information und Ausbildung der Bevölkerung möglichst in allen Gemeinden im Vordergrund zu sehen ist. Gerade in dieser Hinsicht sind im Saarland bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden, die gute Ergebnisse erwarten lassen.

Südwest aktuell

Karlsruhe. Das Amt für Zivilschutz der Stadt Karlsruhe übersandte der Redaktion einen Beitrag, in dem sich Selbstschutzberater Rudolph kritisch mit den Aufgaben der Selbstschutzberater auseinandersetzt und für einen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und Gemeinden plädiert.

Rudolph führte hierzu aus:

„Ende 1979 erfolgte in der örtlichen Presse von Karlsruhe der Aufruf für die ehrenamtliche Tätigkeit des Selbstschutzberaters. Heute — sieben Jahre später — zählt Karlsruhe rund 100 Selbstschutzberater. Hinter den Zahlen steht die ganze Entwicklung des Selbstschutzes in Wohnstätten. Dies bringt auch Überlegungen nach dem ‚zu gehenden Weg‘ mit sich und eng damit verbunden die Problematik, die das Thema ‚Selbstschutz‘ beinhaltet.

Wie schwierig und gegensätzlich dieses Thema in der Öffentlichkeit behandelt wird, ist in den eigenen Reihen weitgehend bekannt. Wenn von Außenstehenden die Meinung vertreten wird, daß ein Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall nicht sinnvoll bzw. möglich ist, so zeigt dies bei genauer Betrachtung, daß einer solchen Argumentation das notwendige Grundwissen fehlt oder sie auf falschen Überlegungen fußt.

Doch wir Selbstschutzberater, die im Notfall für die Öffentlichkeit bereitstehen wollen, dürfen von diesem Prozeß nicht unberührt bleiben, sondern müssen uns in unserem Interesse damit auseinandersetzen. So findet bei uns in Karlsruhe neben der fachlichen und praktischen Ausbildung auch diese Problematik Eingang in unseren Zusammenkünften. Die oft geführte Kritik am Zivilschutz sehe ich daher eher als ein Bedürfnis nach bleibendem Frieden als an der Arbeit des Zivilschutzes, welche ja auch die des Selbstschutzberaters beinhaltet.

Aber wie kann der Auftrag zum Schutze des Friedens verdeutlicht werden? Doch nicht nur, indem man den Selbstschutzberater mit den Aufgaben seiner Tätigkeit für den Verteidigungsfall vertraut macht und ihn zu Friedenszeiten ‚auf Halde‘ setzt. Wie glaubhaft stellen wir uns dann noch dar? Ist nicht auch deshalb ein Engagement mit Aufgaben im Katastrophenschutz zum jetzigen Zeitpunkt gefordert? Dies würde nicht nur ein Unterstreichen seines freiwilligen Handelns bedeuten, sondern auch eine Motivation in seiner Aufgabe, die sein Erscheinungsbild besser formt und festigt.

Hieraus resultiert die Bitte an alle Selbstschutzberater in Städten und Ge-

meinden, eine Reflexion ihrer Tätigkeit zu üben. Schreiben Sie doch Ihre Erfahrungen, die Sie mit der Tätigkeit als Selbstschutzberater bisher gemacht haben an:

Selbstschutz-Beratungsstelle
beim Städt. Amt für Zivilschutz,
7500 Karlsruhe, Postfach.“

*

Stuttgart. BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach verlieh Postoberamtsrat Wolfgang Haußer in einer kleinen Feierstunde die BVS-Ehrendnadel.

In seiner Laudatio hob Raach Haußers persönliches Engagement und das hervorragend fachliche Können des Geehrten hervor und bezeichnete Haußer als den „Motor“ des Katastrophenschutzes der Oberpostdirektion Stuttgart. „Sie haben“, so Raach, „die Vorbildfunktion der Deutschen Bundespost im Behörden-Selbstschutz und Katastrophenschutz gegenüber anderen Behörden in ganz besonderer Weise geprägt und den Gedanken des Selbstschutzes intensiv gefördert.“



BVS-Landesstellenleiter Wolfgang Raach zeichnet Wolfgang Haußer mit der BVS-Ehrendnadel aus.

Abteilungsleiter Nienhaus von der OPD Stuttgart würdigte in einem Rückblick auf die Tätigkeit von Haußer, der Ende Juni in den Ruhestand trat, dessen hervorragende Verdienste um den Katastrophenschutz/Selbstschutz im OPD-Bereich.

In seinen Dankesworten wollte Haußer die Ehrung des BVS als Anerkennung der Leistungen aller freiwillig im Katastrophenschutz mitwirkenden Postbediensteter verstanden wissen. Ein letztes Mal zeigten dann auch die Einsatzkräfte den fachkundigen Zuschauern und ihrem scheidenden Bezirkskatastrophenschutzleiter im Rahmen einer Übung ihr Können in den Fachdiensten Brandschutz, Bergung und Sanitätsdienst.

Friedrichshafen. Bei der „Internationalen Bodenseemesse“ (IBO) in Friedrichshafen präsentierte sich unter mehreren hundert Ausstellern auch der BVS mit seiner Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung.

Während der zehn Tage dauernden Messe gelang es den BVS-Mitarbeitern, die Besucher nicht nur durch Broschüren und eingehende Gespräche rund um den Zivilschutz zu informieren, sondern auch mit der Selbstschutz-Praxis zu konfrontieren. Auf einem Platz im Freigelände der Messe zeigte der BVS interessierten Besuchern einen Teilbereich des BVS-Ausbildungsprogramms. Durch den Messe-Rundspruch angeregt und aufgefordert, verfolgten über 1 000 Besucher die insgesamt vier Selbstschutz-Demonstrationen.

Bayern heute

Schwabach. Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Hartwig



Viele Jugendliche beteiligen sich am Sicherheitswettbewerb in Schwabach.

Reimann und mit Unterstützung der Wirtschaftsschule veranstaltete die BVS-Dienststelle Nürnberg in Schwabach einen Sicherheitswettbewerb.

Neun Stationen mußten im Stadtbereich bewältigt werden. Mehrere Informationsstände des BVS, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes belebten die Veranstaltung.

Zum Abschluß des Wettbewerbs ehrten Bürgermeister Kurt Kestler und BVS-Dienststellenleiter Erhard Hosemann die Sieger.

*

Starnberg. Vor über 100 Vertretern aus Politik und Verwaltung sowie der im Landkreis ansässigen Katastrophenschutz-Organisationen hob der neue Leiter der Abteilung „Zivile Verteidigung, Brand- und Katastrophenschutz“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Ministerialdirigent Dr. Erich Haniel, die Notwendigkeit des Zivilschutzes zur

Sicherung unserer allgemeinen Lebensbedingungen hervor. Dr. Haniel betonte anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger — für den Bürger“ in Starnberg, angesichts der Menschheitsbedrohung, nicht nur durch kriegerische Handlungen, sondern auch durch Unfälle im Bereich der Industrie, müsse der Schutzraumbau in der Bundesrepublik erheblich verstärkt werden. Der Ministerialdirigent erinnerte hierbei an den Reaktorunfall in Tschernobyl und den Chemieunfall in Basel.

Das in der BVS-Ausstellung konzentrierte Darstellen der Vorsorgemaßnahmen des Staates, aber auch jener Vorsorgemaßnahmen, die der einzelne Bürger treffen könne, begrüßte Dr. Erich Haniel.

Zur Eröffnung der vier Tage dauernden Veranstaltung auf dem Starnberger Kirchplatz hatten alle Katastrophenschutz-Organisationen ihre modernsten Fahrzeuge und Boote ausgestellt.

1 500 Passanten, unter ihnen viele Urlaubsgäste, besuchten die Ausstellung.

Nachruf

Am 3. Juni 1987 verstarb im Alter von 76 Jahren der ehemalige ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienststellen Fürth, Erlangen und Nürnberg.

Erich Beier

nach kurzer, schwerer Krankheit.

Beier hatte viele Aufgaben im BLSV/BVS wahrgenommen. So war er Ausbildungsleiter der Dienststellen Fürth und Erlangen und von 1960 bis 1961 Dienststellenleiter in Fürth. Als Fachlehrer und Redner hatte er viele Veranstaltungen an den BVS-Schulen und im Dienstbereich durchgeführt.

Bereits 1960 wurde ihm die BLSV-Ehrendnadel verliehen. 1977 wurde er mit der „Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland“ ausgezeichnet.

Durch sein unermüdliches Engagement für die Ziele des BVS erlangte Beier die ungeteilte Wertschätzung all seiner Kollegen.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.



Niedersachsen



Innenminister lobte THW-Jugendarbeit

Celle. Daß auch in der Jugendarbeit die Zeit niemals stillsteht, ist eine alte Tatsache und für den Ortsbeauftragten des THW Hude-Bookholzberg, Ingolf Czwinck, Grund genug, mit seinem engagierten Jugendleiterteam regelmäßig Fortbildungsseminare zu besuchen.

Kürzlich hatte Landesjugendleiter Andreas Reimchen wieder zu einer solchen Fortbildung nach Celle eingeladen. In zwei Wochenendveranstaltungen zum Erwerb des amtlichen Jugendgruppenleiterausweises ging es im Fachgebiet „Gruppenpädagogik“ darum, Spiel und Werkideen für eine große Teilnehmerzahl zu entwickeln und diese gleich bei einem eigens zu diesem Zweck arrangierten großen Kinderfest im Celler Stadtpark zu erproben.

Das Jugendleiterteam ließ sich nicht zweimal bitten, lud Kollegen aus dem Ortsverband mit dazu und entschied sich für Holzbasteleien. So entstanden Nistkästen, nützliche Papierkörbe und Holzsouvenirs.

Just als der erste Nistkasten fertiggestellt war, erschien Niedersachsens Innenminister Wilfried Hasselmann am Stand der THW-Jugend. Für die Huder gab es überhaupt kein Vertun: Mario Czwinck, jüngster Sproß der „THW-Familie“, überreichte stolz das kleine Bauwerk für die Vogelwelt im Garten des Ministers in dessen Heimatort Nienhof/Landkreis Celle.

Minister Hasselmann bedankte sich in der ihm eigenen fröhlichen Art und ver-

Innenminister Hasselmann (2. v. l.) freut sich über den Nistkasten von Junghelfer Mario Czwinck, rechts Vater Ingolf Czwinck.
(Foto: Reimchen)



säumte auch nicht, die Arbeit der THW-Jugend bei seiner Festansprache gebührend zu loben: „... Bei dem heutigen technischen Interesse der Jugendlichen erfüllt Ihr eine wichtige Aufgabe. Wenn es Euch nicht schon gäbe, müßte man Euch erfinden! ...“
A. R.

Flutlichtanlage für Reitturnier

Hameln. „Bei Dunkelheit muß der Parcours taghell sein!“ Diese Aufgabe wurde anlässlich eines Reitturniers den Fernmeldern des THW-OV Hameln gestellt.

Mit gerätetmäßiger Unterstützung benachbarter Ortsverbände installierten die Helfer eine Flutlichtanlage mit 26 Halogenscheinwerfern von je 1 000 bzw. 1 500 Watt Leistung auf dem Turnierplatz in Fischbeck bei Hameln. Die Traversen mit zwei oder vier Scheinwerfern wurden mit Hilfe eines Hubwagens auf die acht Meter hohen Masten am Rande des Platzes so montiert, daß eine Blendwirkung für die Pferde ausschied. Der Strom wurde über eine 60-kVA-Leitung dem Netz entnommen und über einen selbst gebauten Verteilerkasten

mit zwölf abgesicherten Steckdosen den Lichtmasten über die 50-m-Kabeltrommeln der Geräteausstattung zugeführt.

Die Ausleuchtung wurde von der Turnierleitung und den Zuschauern als optimal beurteilt. Die Turnierpferde zeigten nach anfänglicher Scheu durch den Helligkeitswechsel beim Springen hervorragende Leistungen.

Die Helfer haben in der Ausleuchtung von Turnierplätzen bereits einschlägige Erfahrungen. Seit Jahren wurde das Reitturnier in Schieder-Schwalenberg erfolgreich bedient. Die notwendigen Montagevorrichtungen erstellten die Helfer fachgerecht in Eigenarbeit; die Einsätze stehen unter fachlicher Leitung durch den Elektro-Netzmeister Peter Strösau, der im Ortsverband die Funktion des Funkmeisters der Fernmeldegruppe wahrnimmt.

Um von der Stromversorgung aus dem Netz unabhängig zu werden, baut der Ortsverband derzeit aus einem zugewendeten Maschinensatz ein 60-kVA-Aggregat mit schallsoliertem Gehäuse um. Dieses Aggregat ist auch für den



Material aus mehreren Ortsverbänden ist für die Flutlichtanlage notwendig.
(Foto: Siebke)

Katastropheneinsatz vorgesehen, um im Bedarfsfall Einrichtungen wie Krankenhäuser, Großküchen, Siedlungen usw. bei Stromausfall mit Energie zu versorgen.
W. S.

THW-Jugend zur Kriegsgräberpflege in Lommel/Belgien

Goslar. Grab an Grab, Kreuz an Kreuz, unendlich lange Reihen, die am Horizont zusammenlaufen. Das ist der Soldatenfriedhof in der belgischen Stadt Lommel, auf dem 39 000 gefallene Soldaten ihre letzte Ruhe fanden. Eine Gedenkstätte, die zum Frieden mahnt und die



Gruppenfoto der Jugendgruppe mit Küchenpersonal, Fahrern der Bundeswehr, Lommelers Ratsmitgliedern und Vertretern des VdK.
(Foto: Richter)

die sonst so abstrakten Zahlen des Todes durch die Reihen der Kreuze materiell faßbar macht. „Wir wollen in Frieden leben, Krieg darf es nie wieder geben“, war dann auch das Resümee eines Arbeitseinsatzes von 27 Jugendlichen des THW aus Goslar, Northeim und Hude-Bookholzberg.

Aus Goslar waren dabei Markus Kirchner, Niels Müller und Carsten Jüngst sowie THW-Jugendbetreuer Wilfried Richter. Im Auftrag der Deutschen Kriegsgräberfürsorge fuhren sie nach Belgien, um einen Teil ihrer Ferien für die Pflege der Kriegsgräber zu opfern. Neben Lommel, wo deutsche Soldaten aus den beiden Weltkriegen begraben sind, wurde auch auf dem Ehrenfriedhof im nahe gelegenen Eupen gearbeitet. Wurden in Lommel in erster Linie Pflegearbeiten wie Unkraut jäten, Rasenkanten abstechen und Humusboden umlagern durchgeführt, so mußten auf dem Ehrenfriedhof in Eupen die Fundamente von 39 Grabsteinen, die abgesackt waren, saniert werden. Eine knochenharte Arbeit bei teilweise sengender Hitze.

Die Goslarer Jugendlichen hatten sich ebenso wie die weiteren Mitglieder der Gruppe verpflichtet, 30 Stunden in der Woche im Dienst für die Kriegsgräberpflege zu erfüllen. Zwangsläufig war bei der Arbeit die Auseinandersetzung mit dem Krieg und das Nachdenken über die unbekanntenen Opfer, die teilweise nicht älter waren als die Jugendlichen, die nun die Gräber pflegten. Neben der Arbeit wurde zu Ehren der gefallenen Soldaten und aller Opfer der Kriege am Mahnmal der Stadt Lommel ein Kranz niedergelegt.

Insbesondere für die Restaurierung der Grabsteine in Eupen waren Sorgfalt und Fachkenntnisse notwendig. Mit einem THW-Lastwagen war für die nötige technische Ausrüstung gesorgt. Zunächst mußten Grassoden rund um die Grabsteine abgestochen werden, dann galt es, Abweichungen in Richtung und

Höhe festzustellen, um schließlich mit Gesteinsbohrern und Trennschleifern Fundamente abzutragen, wo sie zu hoch waren, oder zu ergänzen und feste Verbindungen zwischen Grabstein und Fundament herzustellen.

Als Ausgleich für die schweißtreibende Arbeit gab es für die Jugendlichen ein umfangreiches Freizeitprogramm mit Fußball, Grillabenden, Schnitzeljagd, Badervergnügen, Lagerfeuer und Stadtbummel durch Brüssel. Weiter wurden „Radio 2000“ und das Altersheim von Lommel besucht. Am Ende der Reise standen Dankesworte für den Einsatz der Jugendlichen, die teilweise schon zum zweiten Male dabei waren. Auch im kommenden Jahr, beim 35. Jugendlager in Lommel, will die Goslarer THW-Jugend wieder dabei sein. W. R.

Niedersachsens erste THW-Geschäftsführerin ins Amt eingeführt

Hannover/Meppen. Am Freitag, dem 26. Juni 1987, wurde Regina Lemke, Niedersachsens erste und bundesweit zweite THW-Geschäftsführerin offiziell in ihr Amt eingeführt. Aus diesem Anlaß hatte Landesbeauftragter Leiser zu einer kleinen Feierstunde ins THW-Heim des Ortsverbandes Meppen eingeladen.

Im Namen der Kreis- und Ortsbeauftragten dankte Gastgeber KB/OB Aloys Büring vor den versammelten Gästen Frau Lemke für die bisher geleistete

Bei der Amtseinführung (von links): HaKGHW Knoop, Stadtdirektor Simon, Frau Lemke, OB Büring, Frau Kock und LB Leiser.



gute Arbeit. Anschließend gab Leiser einen ausführlichen Überblick über die Aufgabenteilung im hauptamtlichen und ehrenamtlichen Bereich des THW. Grundlage müsse eine gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Gliederungen sein, und die sei gerade im Emsland gegeben.

Nach Dankesworten und der Bitte um eine gute Zusammenarbeit durch Regina Lemke schloß sich Oberkreisdirektor Brümmer spontan den guten Wünschen an, wobei er besonders den Einsatz des THW beim Hochwasser und Eisregen im Emsland zu Beginn des Jahres lobte.

Auch der Meppener Stadtdirektor Simon und Amtsleiter Schröder vom Landkreis Cloppenburg überbrachten ihre Glückwünsche zum Amtsantritt verbunden mit Blumensträußen und kleinen Präsenten. Die Feier fand dann ihren Abschluß bei einem gemütlichen Beisammensein. A. B.

Ehepaar erhielt höchste THW-Auszeichnungen

Leer/Ostfriesland. Zwei verdienten Angehörigen des THW Niedersachsen, dem Ehepaar Hermann und Garreline Alting, wurde am Samstag, dem 8. August 1987, eine hohe Ehrung zuteil. Aus der Hand von Landesbeauftragten Eckhard Leiser erhielt der schwer erkrankte Ortsbeauftragte für Leer das THW-Ehrenzeichen in Gold. Seiner Frau überreichte Leiser als erster Helfer in Niedersachsen das THW-Ehrenzeichen in Silber.

Die Übergabe der Auszeichnungen fand im kleinen Kreis im Wohnzimmer des Ehepaares statt. Hermann Alting ist seit einem Schlaganfall nahezu gelähmt, verfolgt aber mit aller Energie sein großes Ziel — den Neubau für den THW-OV Leer — weiter. Seine Frau Garreline unterstützte ihn von seinem THW-Eintritt 1959 an in seiner ehrenamtlichen Arbeit und trat dem THW offiziell 1969 bei. Als „Mutter der Kompanie“ sorgt sie sich seitdem um das leibliche Wohl der rund 100 Leeraner Helfer. Ein von ihr initiiert-

ter Frauen-Bastelkreis trifft sich regelmäßig, und die jährlichen Ortsverbandsfeste tragen ihre Handschrift.

Trotz der Pflegebedürftigkeit ihres Gatten und auf dessen ausdrücklichen Wunsch hin nimmt sie weiterhin regelmäßig an jedem Freitagsdienst teil. R. B.

Endlich mal wieder ein Schornstein

Hamel. Nachdem in den letzten Jahren die Sprengobjekte für die Weiterbildung der THW-Sprengmeister immer weniger wurden, stellt sich die Frage, wie diese Spezialisten für den Ernstfall Erfahrungen sammeln sollen. Jetzt bot sich endlich einmal wieder ein Schornstein an, der von einer stillgelegten und abgerissenen Molkerei übriggeblieben war. Nach Abwicklung des umfangreichen „Papierkrieges“ um die Genehmigung zum Sprengen durch das THW, schritt der Bergungszug des Ortsverbandes Hameln zur Tat und bereitete den Schornstein für die Sprengung vor.

Der Kamin war ca. 30 m hoch und mit einem Kühlmantel ausgestattet, der sich erst zeigte, nachdem die Fallschlitzte eingebracht waren. Durch Anlegen einer gestreckten Ladung wurde dieser im Augenblick der Sprengung zerschlagen, so daß der Schornstein ohne weitere Probleme in die vorausbestimmte Richtung fiel. Eine große Staubwolke hüllte die Umgebung für Minuten ein, übrig blieb ein Haufen Steine. Das Wahrzeichen der früheren Molkerei in Rehren a. O. im schönen Auetal war einer Bebauung im Rahmen der Neuplanung gewichen.

Die exakte Sprengung ist dem Hamelner THW-Sprengmeister Michael Upenek gutzuschreiben. Vor Ort beobachtet wurden die Sprengarbeiten von Beauftragten des Gewerbeaufsichtsamtes in Hildesheim und des THW-Landesverbandes Hannover. Da sich die Sprengung

in Rehren a. O. wie ein Lauffeuer herumgesprungen hatte, verfolgte eine große Menschenmenge das nicht gerade alltägliche Ereignis. Die Presse berichtete davon mit eindrucksvollen Fotoserien. W. S.

Nordrhein-Westfalen



THW Essen jetzt mit Computer ausgerüstet

Essen. Um die Verarbeitung der Datenvielfalt im größten Ortsverband des THW in der Bundesrepublik zu vereinfachen, wurde auf Initiative des Kreisbeauftragten Dieter Schermuly über die THW-Helfervereinigung e. V. ein Computer gekauft. Der „neue Mitarbeiter“ hilft bei der Planung und Organisation. Somit sind die Helferdaten, diverse Brieftexte, die Einsatz- und Alarmpläne und die Beladung der Fahrzeuge abgespeichert. M. G.

„Tag der offenen Tür“ in Essen

Essen. Am Samstag, dem 11. Juli 1987, war es soweit: Unter dem Motto „Was passiert, wenn was passiert?“ fand eine Einsatzübung sämtlicher Essener Fachdienste des Katastrophenschutzes statt. Die Koordination lag bei der Stadt Essen. Für das THW zeichneten Rainer Kann und Dieter Schermuly verantwortlich.

ASB, DRK, JUH, MHD, DLRG, THW, BVS und die Stadt Essen mit dem Brandschutzdienst dokumentierten die Bandbreite humanitärer Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes auf insgesamt 15 Aktionsflächen.

Die Resonanz in der Öffentlichkeit war beachtlich. Durch Werbemaßnahmen

und Pressemitteilungen kamen an diesem sonnigen Samstag zum Katastrophenschutz-Teilzentrum II in Essen-Bergedorf über 6000 interessierte Bürger, um die Hilfsorganisationen einmal live vor Ort zu erleben.

Das umfangreiche Aktionsprogramm begann mit einer Hubschrauberlandung. Gegen 11.30 Uhr landete der SAR- (Search and Rescue)-Hubschrauber der Bundeswehr zur raschen Rettung von „Schwerverletzten“.

Dieser Rettungseinsatz war Bestandteil eines perfekt simulierten Autounfalles. Mehrere Rettungsorganisationen mußten vor Ort zusammenarbeiten, um schnelle Hilfe für die „Verletzten“ zu gewährleisten. Es wurde angenommen, daß einer der „Verletzten“ unverzüglich mit dem Hubschrauber in eine weiter entfernte Klinik gebracht werden mußte.

Eine besondere Anziehungskraft für die Bürger stellte die Simulation der Gasexplosion eines Dreifamilienhauses dar. Hier zeigte das THW das Bergen verschütteter Personen aus dem Trümmerfeld und die Feuerwehr das Ablöschen eines Großbrandes.

Am Übungsturm demonstrierte ein Bergungszug des THW die Bergung von Personen aus höher gelegenen Stockwerken. Neben dem Rollgliss-Gerät kam hier eine schnell aufgebaute Seilbahn zum Einsatz. Besonderen Zuspruch fand die Aktionsfläche „Sauerstoffanlage“ und „Trinkwasser-Aufbereitungsanlage“ bei den Besuchern.

Auch Bürgermeister Hanns Sobek zeigte besonderes Interesse an dem modernen Bergungsgerät.

Für die Nachrichtenübermittlung der Einheiten des Katastrophenschutzes errichteten die Fernmeldezüge ein unabhängiges Fernmeldenetz. Elektrogruppen des Instandsetzungsdienstes demonstrierten durch den Bau von Freileitungen, wie sie bei Unwetterkatastrophen die örtliche Stromversorgung rasch gewährleisten.

Parallel zu den THW-Aktivitäten präsentierten alle anderen Hilfsorganisationen ihr Leistungsspektrum und informierten interessierte Bürger über ihre humanitäre Tätigkeit.

Zur Abrundung des Programmes spielten der Musikzug des THW-OV Oelde und der Musikzug der Johanniter-Unfallhilfe.

Auch für die kleinen Besucher kam keine Langeweile auf. Sie konnten sich beim Ponyreiten oder Torwandschießen vergnügen.

Durch die Einsatzbereitschaft aller Beteiligten wurde dieser „Tag der offenen Tür“ zu einer gelungenen Veranstaltung.

M. G.



THW-Helfer demonstrieren den Einsatz der Sauerstoffanlage.



Neue Garagen für den THW-OV Lauterbach

Lauterbach. Einen neuen Garagentrakt konnte THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen dem THW-OV Lauterbach übergeben. Die gute Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Kräften sei beim Bau dieser Garage wieder einmal deutlich geworden, sagte Lossen in seiner Rede. Dank der ausgezeichneten Unterstützung durch die ehrenamtlichen THW-Helfer und der



Rudolf Günter nimmt aus der Hand von THW-Landesbeauftragten Lossen die Ernennungsurkunde zum Kreisbeauftragten entgegen. (Foto: Hartmann)

hervorragenden Zusammenarbeit der beteiligten Behörden sei im Ortsverband Lauterbach in relativ kurzer Bauzeit das neue Bauwerk entstanden. Lossen dankte allen Beteiligten hierfür.

Anschließend überreichte Lossen Ortsbeauftragten Rudolf Günter die Ernennungsurkunde zum Kreisbeauftragten.

H.-G. H.

Neue Unterkunft des THW in Wembach eingeweiht

Ober-Ramstadt. Nach zweijähriger Umbauzeit war es soweit: Der THW-OV Ober-Ramstadt weihte Mitte Mai seine neue Unterkunft im Stadtteil Wembach-Hahn ein. Viele waren der Einladung gefolgt, und so begrüßte THW-Ortsbeauftragter Heinrich Vormittag Ersten Stadtrat Manfred Fischer, Stadtverordnetenvorsteher Franz Ritscher, Mitglieder des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung, den THW-Landesbeauftragten Hans-Albert Lossen, Geschäftsführer Heinrich Ganß, THW-Bundessprecher Peter Merck, Abordnungen befreundeter THW-Ortsverbände, Stadtbrandinspektor Herbert Lüdde, den

Wehrführer der Wembacher Wehr, Georg Karg, den Vorstand des Ober-Ramstädter DRK, Peter Ehrhardt, sowie Vertreter der Technischen Einsatzleitung, des Bundesverbandes für den Selbstschutz und der örtlichen Vereine.

Vormittag erinnerte daran, daß der Ortsverband vor 19 Jahren gegründet wurde. Damals war er in einer ehemaligen Kohlenhandlung untergebracht, und der Fuhrpark bestand aus einem kleinen Pritschenwagen. Die unzulängliche Unterbringung, die trotz zahlloser Instandsetzungen nicht verbessert werden konnte, veranlaßte das THW, sich nach einer neuen Unterkunft umzusehen. Diese wurde dann auch in Wembach-Hahn gefunden. In über 5 000 Arbeitsstunden, die zusätzlich zum normalen Ausbildungsbetrieb geleistet wurden, gelang es den Helfern des THW, ein „Schmuckstück“ zu schaffen. Vormittag dankte allen Helfern, besonders jedoch deren Familienangehörigen für das Verständnis.

THW-Landesbeauftragter Lossen lobte in seiner Festrede das Engagement des Ortsverbandes. Als Anerkennung für besondere Verdienste um das THW überreichte der Landesbeauftragte dem 1. Vorsitzenden des THW-Fördervereins, Detlev Brehm, die THW-Ehrenplakette.

Zur Vervollständigung des in Wembach-Hahn stationierten Bergungszuges übergab Lossen an THW-Ortsbeauftragten Vormittag einen neuen Mannschaftskraftwagen.

Grüße und Glückwünsche überbrachten Erster Stadtrat Manfred Fischer, die Vorsitzenden Ober-Ramstädter und Wembacher Vereine sowie Vertreter der im Magistrat vertretenen Parteien.

H.-G. H.



THW beim Rock-Konzert „Genesis“

Mannheim. Ein Rock-Konzert der Superlative mit der Gruppe „Genesis“ hatte rund 70 000 Fans aus der Bundesrepublik nach Mannheim gelockt. Über 500 Mann hatte die Polizei bei dieser Freiluft-Massenveranstaltung im Bereich des Mannheimer Maimarkt-Geländes zusammengezogen, um die Ordnung zu gewährleisten. Absperrungs-, Verkehrs- und Sicherungsmaßnahmen waren in noch nie dagewesenem Ausmaß zu bewältigen. Um genügend Kapazitäten frei zu haben, bat das Polizeipräsidium Mannheim auch die Helfer des THW-OV

Mannheim um Hilfe im Bereich des Fernmelde- und Bergungsdienstes.

Seite an Seite mit der Polizeieinsatzzentrale und den Rettungsdiensten versahen die Fernmelder in den Fahrzeugen ihren Dienst, und mit Gerätekraftwagen sicherten bis weit nach Mitternacht Mannheimer THW-Helfer durch Beleuchtungsmasten den Abmarsch der Zuschauer auf freiem Gelände. Bedingt durch die schlechte Witterung und aufgeweichtes Gelände mußte auch ein Fahrzeug-Bergedienst durchgeführt werden. Mit Eifer waren die Helfer bei der Sache, und die Koordination mit der Polizei und den Rettungsdiensten, die mehrere hundert Fälle zu betreuen hatten, funktionierte bestens. O. S.

Mannheimer Berufsfeuerwehr zu Gast beim THW

Mannheim. Wie wichtig kontinuierliche Kontakte zwischen den einzelnen Katastrophenschutz-Organisationen sind zeigte sich jetzt bei einem Besuch der Führungsspitze der Berufsfeuerwehr Mannheim im Katastrophenschutz-Zentrum des THW-OV Mannheim. Zu Gast waren auf dem 17 000 Quadratmeter großen THW-Gelände Branddirektor Hans Noß, sein Stellvertreter, Wieser, sowie Beamte des Direktions- und des Leitungsdienstes.

Ortsbeauftragter des THW, Manfred Stiegel, hieß die Feuerwehr im Namen der anwesenden THW-Führungsmannschaft und des Geschäftsführers des THW-Mannheim und des Rhein-Neckar-Odenwald-Kreises, Richard van Hazebrück, willkommen. Die Gäste informierten sich über die Organisation des THW, über den Ablauf bei Alarmierungen und die Einsatzkosten des THW. Es wurde deutlich, daß eine einsatztaktisch sinnvolle Arbeit nur durch Kenntnis der Möglichkeiten, die jeder hat, durchzuführen ist.

So nutzten Branddirektor Noß und seine Mannschaft die Gelegenheit vor Ort, den umfangreichen Geräte- und Fahrzeugpark zu besichtigen und sich die Spezialgeräte erläutern zu lassen. Mittelpunkt waren die Pumpen-Notstrom-Gruppe und das schwere Bergungs-Räumgerät. Im Übungsbereich wurde der Radlader mit Sonderfunktionen wie Meißel und Bedienungsfernsteuerung vorgeführt. Rege Fachdiskussionen und Einzelgespräche zwischen den Spezialisten rundeten dieses Treffen im THW-Zentrum ab.

Beide Seiten waren sich einig, daß solche Treffen und Vorführungen künftig wiederholt werden sollten, denn nur Hand in Hand sind oftmals Einsatzfälle zu lösen. Dies ist nicht nur im Sinne der

Demonstration des Radladers auf dem Gelände des THW-Zentrums. (Foto: Sand)



Berufsfeuerwehr Mannheim und der ehrenamtlichen THW-Helfer, sondern bedeutungsvoll für die Millionenbevölkerung des Rhein-Neckar-Raumes bei Katastrophen. O. S.

THW-Jugend auf dem Rhein

Perl. Romantisch und aufregend war für die 15 THW-Jungens aus dem saarländischen Perl das Ferienlager am Altrhein bei Sandhofen. Zu Gast beim THW-OV Mannheim hatten die Jugendlichen mit dem Betreuerhepaar Erika und Günter Müller ihre Zelte auf dem Wasserübungsplatz des THW und der Berufsfeuerwehr an der Dehusfähre aufgeschlagen. Für neun Tage schnupperten die 12- bis 18jährigen Mannheimer Luft.

Mit einem I-Zug-Fahrzeug und einem Kombi waren sie täglich mit dem THW-Ortsbeauftragten und weiteren ehrenamtlichen Helfern auf Achse, um die Kurpfalzmetropole zu erkunden. Da machte man eine Stadtrundfahrt mit Besuch des Fernmeldeturms, da ließ man sich den Hafen zeigen, da machte man einen Spaziergang durch den Luisenpark und blickte im Planetarium in die Sternenwelt. Ausflüge, z. B. nach Sinsheim ins Technik- und Automu-

THW-Jugend aus dem Saarland zu Gast im THW-Zentrum, Mitte: OB Stigel. (Foto: Sand)



seum, gehörten ebenso dazu. Mit einem Großponton fuhren die Jungens auf dem Rhein und bis zur Neckarschleuse bei Feudenheim.

Nachdem man kräftig dank der Kochkünste Erika Müllers am Lagerfeuer gespeist hatte, wurde auch die Friesenheimer Insel erkundet. Bei einem Grillabend in der Seckenheimer Unterkunft des THW-Ortsverbandes konnten die Gäste noch Demonstrationsfilme des THW-OV Mannheim sehen und Gedanken über die THW-Arbeit im Allgemeinen und bei den Mannheimer Helfern im Besonderen austauschen.

Bis in die Nacht feierte man und staunte über das Mannheimer Katastrophenschutz-Zentrum mit seinem Fahrzeug- und Spezialeinsatzfahrzeug-Park.

Der Abschied fiel nicht leicht, denn die Gastfreundschaft hatte dazu beigetragen, daß die Saarländer mit vielfältigen Eindrücken heimkehrten. Mit dem Ferienlager wollen die ehrenamtlichen THW-Helfer die Kontakte zu anderen Ortsverbänden über Landesgrenzen hinweg pflegen und eine engere Verbundenheit — die auch bei einem gemeinsamen Einsatz in einem Katastrophenfall dienlich ist — hervorrufen. Außerdem will man schon jetzt zum THW-Bundeswettkampf 1989 in Mannheim einladen, denn dann werden in der Kurpfalzmetropole über 5000 THW-Helfer aus der ganzen Bundesrepublik erwartet. O. S.

Unwetter machte Mannheimer THW mobil

Mannheim. Statt Dienst in der THW-Unterkunft in Mannheim-Seckenheim oder Ausbildung im Unterrichtsraum gab es Großeinsatz für mehrere THW-Bergungszüge bei einem Unwetter über dem Rhein-Neckar-Raum. Besonders betroffen waren mehrere Stadtteile von Mannheim.

Die Berufsfeuerwehr wurde laufend zu Wassereinbrüchen gerufen. Bald war die Kapazität der Wehr ausgenutzt, so daß die Helfer des THW-OV Mannheim zum Einsatz gerufen wurden. 63 Mann waren schließlich mit 14 Fahrzeugen und Pumpenhängern an 27 Schadensstellen bis weit nach Mitternacht im Einsatz, um mit Wasser vollgelaufene Keller leerzupumpen oder tiefliegende Wohnungen zu sichern.



Knietief Fahrstuhlöl mit Wasser vermengt — ein Einsatz bis nach Mitternacht. (Foto: Sand)

Außer Privathäuser waren am 7. Juli 1987 auch mehrere Geschäftshäuser betroffen, und bei einer Elektronik-Firma waren 200 Liter Spezialöl aus einem Fahrstuhlschacht ausgelaufen. Hier war man mit Spezialgeräten der Berufsfeuerwehr mehrere Stunden im Einsatz, um das Öl abzuscheiden und in Containern abzutransportieren. Mit Hilfe von Notstromaggregaten wurden die Pumpen angetrieben; mit Besen und Schaufeln versuchten die Helfer, die letzten Wasserreste aus den Kellerräumen herauszuschaffen. Überall gingen die betroffenen Bewohner den THW-Helfern zur Hand, so daß gegen 3.00 Uhr morgens der letzte Trupp einrücken konnte. O. S.

Tag der offenen Tür im Katastrophenschutz-Zentrum Ludwigsburg

Ludwigsburg. Am Samstag, dem 15. August, öffnete das Katastrophen-

Der aus drei Tauchpumpen gebildete Springbrunnen stellte einen vielbewundernten Blickfang dar.
(Foto: Götz)



schutzzentrum Ludwigsburg seine Tore zu einem Tag der offenen Tür. Beteiligt waren der ABC-Zug, der BVS, das DRK, der MHD und der Ortsverband Ludwigsburg des THW. Bei schönem Wetter konnten sich die Helfer über zahlreichen Besuch freuen.

Vom BVS wurde ein Sicherheitswettbewerb veranstaltet, an dem jedermann teilnehmen konnte. Von den Teilnehmern mußte u. a. eine brennende „Person“ mit einer Decke gelöscht, ein „Verletzter“ in die stabile Seitenlage gebracht und eine Unfallstelle abgesichert werden. Wer alle acht von den einzelnen Organisationen betreuten Stationen meisterte, bekam einen Preis.

Informiert wurden die Besucher auch über die Aufgaben der einzelnen Organisationen. Das THW hatte Fahrzeuge und Gerät ausgestellt. Neben dem ausgefahrenen Lichtmast des Beleuchtungs- und Notstromkraftwagens schossen aus einem Becken drei Fontänen in die Höhe.

Der Fernmeldezug hatte zwei Telefax-Geräte in Betrieb, der Bergungszug baute eine Seilbahn auf, um die Bergung Verletzter aus stark verträmmertem Gelände zu demonstrieren, vom Instandsetzungszug wurde der Bau eines Brunnens vorgeführt und die THW-Jugendgruppe hatte mit Hilfe von zwei Dreiböcken eine große Schaukel aufgebaut.

Kostenlose Blutdruckmessung war beim MHD möglich, und der ABC-Zug führte Filme vor. Ein THW-Helfer zeigte seine große Sammlung von Fahrzeugmodellen des Katastrophenschutzes. Für musikalische Unterhaltung sorgte am Nachmittag die Stadtkapelle Markgröningen.

Besonders erfreulich war, daß unter den Besuchern auch Bundestagsabgeordneter Gunter Huonker (SPD), Landtagsabgeordneter Claus Weyrosta (SPD) sowie der stellvertretende Landrat Bernd Aker begrüßt werden konnten. D. G.

Polizei blickte hinter THW-Kulissen

Heidelberg. Um einen umfassenden Einblick in die Arbeit des THW zu erhalten, trafen sich die Revierführer und Sachbearbeiter der Polizeidirektion Heidelberg dieses Mal zur turnusgemäßen Dienstbesprechung im THW-Zentrum Heidelberg-Wieblingen. Nach der Begrüßung durch den THW-Bereichsgeschäftsführer des Neckar-Odenwaldkreis, Richard van Hazebrouck, bedankte sich Polizeirat Friedrich für die Einladung und die Möglichkeit, sich vor Ort beim THW umfassend zu informieren und einmal hinter die „Kulissen“ schauen zu können.

Im Anschluß wurde den Beamten durch die Kreisbeauftragten des THW Rhein-Neckar, Bretzer und Barendt, die THW-Ortsverbände mit ihren vielfältigen Einsatzmöglichkeiten im Bereich der Polizeidirektion Heidelberg vorgestellt. Das THW hält für die Gefahrenabwehr zum Schutz der Bevölkerung im Rhein-Neckar-Odenwaldkreis ein Potential von 1 000 aktiven, ehrenamtlichen Helfern mit 125 Einsatzfahrzeugen, Anhängern, Maschinen und Spezialfahrzeugen bereit. Die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten des THW wurde in einer anschließenden Fahrzeug- und Geräte-

Im THW-Zentrum wurde den Polizeibeamten ein umfassender Überblick geboten.
(Foto: Sand)



schau deutlich. Besonderes Interesse weckte bei den Gästen der zwölf Tonnen schwere Multifunktionsradlader ZL 1801.

Beeindruckt waren die Führungskräfte der Polizei auch von den Ausbildungsmöglichkeiten der in Eigenregie von Zugführer Eberhard und seinen THW-Helfern erbauten Atemschutz-Übungsstrecke.

Abgerundet wurde die Geräteschau mit dem Dekontaminations-Mehrzweckfahrzeug des ABC-Zuges des THW-OV Heidelberg und dem mit Rettungsgeräten ausgerüsteten Verkehrshilfsdienst-Kombi sowie des Gerätekraftwagens des Bergungsdienstes.

Nach der Vorführung des neuen THW-Films „Übung macht den Helfer“ hatten die Polizeibeamten Gelegenheit, mit den Führungskräften des THW über mögliche Einsätze zu diskutieren.

Polizeioberrat Danner dankte abschließend dem THW für die freundliche Aufnahme und den interessanten und eindrucksvollen Nachmittag. O. S.

Katholischer Arbeitnehmerbund beim THW

Mannheim. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit hatte der THW-OV Mannheim den Katholischen Arbeitnehmerbund (KAB) Mannheim-Almenhof zu einem Informationsabend eingeladen. Unter der Leitung der Mannheimer Bezirksbeirätin Gertrud Lang, die diesen Kontakt vermittelt und im Rahmen der KAB-Informationsabende zu diesem Treffen geladen hatte, ließen sich die KAB-Mitglieder vom Ortsbeauftragten das THW-Zentrum in Mannheim-Sekkenheim zeigen und einige Fahrzeuge vorführen.

Darüber hinaus erläuterten die THW-Helfer die Einsatzbereiche und Ausbildungsmöglichkeiten beim THW sowie den Aufbau eines Ortsverbandes. Eine eindrucksvolle Diaserie ließ die Arbeit der ehrenamtlichen Helfer lebendig werden. O. S.



Tagung des THW-Landesverbandes zum Thema Öffentlichkeitsarbeit

Sulzbach-Rosenberg. Der THW-Landesverband hatte in Zusammenarbeit mit dem Ortsverband Sulzbach-Rosenberg und Ortsbeauftragten Hans Herkommer alle 27 Ortsverbände der Oberpfalz und Niederbayerns zu einem Seminar für Öffentlichkeitsarbeit eingeladen. Jürgen Delle aus München verstand es, die Vielschichtigkeit der Öffentlichkeitsarbeit in Stadt und Land informativ darzustellen.

Ortsbeauftragter Herkommer konnte dazu als Gäste den Leiter des Katastrophenschutzamtes beim Landratsamt Amberg-Sulzbach, Regierungsamtsrat Erich Hiltl, von der Polizeidirektion Amberg den Pressesprecher, Polizeihauptkommissar Franz Scheibl, für die Stadt Sulzbach-Rosenberg, Hauptamtsleiter Gerd Geismann, den Geschäftsführer des THW in Amberg, Karl Zimmermann, und seinen Ortsbeauftragten Walter Brandler begrüßen. Durch die vielen Wortbeiträge der Führungskräfte des THW wurde das Tagesseminar sehr belebt.

Schwerpunkt war zu Beginn der Tagung eine Darstellung der Öffentlichkeitsarbeit in allen 27 Ortsverbänden der Oberpfalz und von Niederbayern. Es gab viele Anregungen zu hören; in einer späteren Zusammenfassung versuchte der Referent, eine einheitliche Linie als Grundlage zu schaffen.

„Öffentlichkeitsarbeit muß gelernt werden. Viele fühlen sich dazu berufen, wenige schaffen es“, sagte Delle. Der Bürger erkenne an, wenn gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird.

Feststellungen der einzelnen Redner gelten sicher für alle: Die Helfer selbst sind die besten Multiplikatoren, ihre

sinnvolle Aufgabenstellung kommt beim Bürger an, gute Kontakte zur Bevölkerung und zu den Ämtern sind wichtig, die Zusammenarbeit mit anderen Katastrophenschutzeinheiten muß gesucht und praktiziert werden.

Über Leistungsvergleiche wurde ausführlich berichtet, wie z. B. über die überörtliche Ausscheidung der Instandsetzungszüge in Sulzbach für die Oberpfalz. Erörtert wurde auch die Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz.

„Der motivierte Helfer ist ein Meinungsbildner in seiner Umgebung“, sagte ein Diskussionsredner. Die Resonanz aus der Öffentlichkeitsarbeit wirke umgekehrt wieder aktivierend auf die Arbeit der THW-Verbände.

Das Gesamtziel der Öffentlichkeitsarbeit intern wurde wie folgt zusammengefaßt: Durch umfassende Information und Kameradschaftspflege sowie Anerkennung seiner persönlichen Leistungen soll beim Helfer ein Höchstmaß an Motivation und Identifikation mit den Zielen des THW erreicht sowie seine Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung gefördert werden.

Beim „externen Gesamtziel“ komme vor allem hinzu, daß die Aufgabe und Arbeit des THW transparent gemacht wird, um andere zur Mitarbeit zu bewegen.

Breiten Raum nahm im Tagesseminar eine Aussprache über die Fachzeitung des THW auf Bundes- und Landesebene ein. Die Kriterien einer Übernahme von Artikeln der Ortsverbände wurden festgelegt. „Das THW-Journal ist nicht für den Helfer gedacht, sondern für die Öffentlichkeit und deren Repräsentanten“, sagte der Referent.

Der Pressesprecher der Polizeidirektion Amberg, Franz Scheibl, lobte die Offenheit der Aussprache und bestätigte zur Freude des Landesverbandes, daß ihre

Die Seminarteilnehmer stellen sich dem Fotografen, rechts Gerd Geismann, Franz Scheibl, Walter Brandler (4. v. r.), Jürgen Delle und Hans Herkommer. (Foto: Hiltl)

Fachblätter auch bei der Landespolizei gern gelesen werden.

Für Landrat Dr. Hans Wagner, den Landkreis und das Landratsamt dankte Erich Hiltl für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Medienarbeit sei für alle Kräfte des Katastrophenschutzes von besonderer Bedeutung.

Das Seminar wurde mit einem Dank für die konstruktive Mitarbeit geschlossen. Im Jahr 1988 will die Landesleitung je ein Seminar in Süd- und Nordbayern anbieten. E. Hiltl

Nachruf

Am 2. August 1987 verstarb plötzlich und unerwartet im Alter von 63 Jahren unser Gründer, jahrzehntelanger Orts- sowie Kreisbeauftragter, unser guter Kamerad

Walter Senger

Senger war ein Mann der ersten Stunde beim THW und führte durch sein Engagement den Ortsverband zu seinem heutigen Ansehen bei der Bevölkerung im Raume Lohr a. Main und im Bereich des Landkreises Main-Spessart.

Für seine uneigennütigen Leistungen zum Wohle der Bevölkerung im Bereich des Ortsverbandes und weit darüber hinaus wurden ihm zahlreiche Ehrungen zuteil.

Als höchste Anerkennung für sein Schaffen im Sinne der Nächstenliebe wurden ihm das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, das THW-Ehrenzeichen in Gold sowie das Einsatzzeichen für Humanitäre Hilfe des THW im Ausland verliehen.

Mit Walter Senger verloren der Ortsverband ein Vorbild und die Bevölkerung einen Helfer in jeder Situation. Die Helfer des THW-Ortsverbandes Lohr a. Main trauern um Walter Senger. Sie werden ihm ein ehrendes Angedenken bewahren und sein Werk fortsetzen.



Übersicht über den Warndienst

Die Bundestagsabgeordneten der SPD-Fraktion aus dem Innenausschuß besuchten jüngst das BZS. Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dusch, und im Beisein des Abteilungsleiters KN des Bundesministers des Innern, Ministerialdirigent Beyer, hatten die Abteilungsleiter des Bundesamtes und der Direktor THW Gelegenheit, in einem Kurzvortrag die Arbeit ihrer Abteilungen vorzustellen.

Für die Abteilung WD ist dazu folgender Vortrag vorbereitet worden, der über Aufgaben, Arbeit, Struktur und Arbeitsziele nach dem neuesten Stand unterrichtet.

Abteilung Warndienst (WD)

Die Aufgaben des Warndienstes im Zivilschutz ergeben sich aus dem Zivilschutzgesetz. Die folgenden Bestimmungen dieses Gesetzes sind für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung.

1. Der Warndienst hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die ihr in einem Verteidigungsfall drohen. (Dies ist die eigentliche Zivilschutzaufgabe des Warndienstes.)
2. Die Gemeinden sind verpflichtet, die für die Warnung der Bevölkerung erforderlichen örtlichen Einrichtungen bereitzuhalten, einzubauen, zu unterhalten und zu betreiben. (Aus dieser Bestimmung ergibt sich die Bundesauftragsverwaltung in einem Teil des Warndienstes.)
3. Der Warndienst hat den Voraussetzungen des Artikels 63 Abs. 2 des

IV. Genfer Abkommens zu entsprechen. (Aus dieser Bestimmung erwächst dem Warndienst völkerrechtlicher Schutz.)

4. In Bundesverwaltung stehende Einrichtungen und Anlagen des Warndienstes werden auf Anforderung der zuständigen Landesbehörde vom Bund auch im Frieden eingesetzt. (Diese Bestimmung entspricht einem Gebot volkswirtschaftlicher Vernunft.)

Im Rahmen der Zuständigkeiten des BZS schafft und erhält die Abteilung WD die fachlichen Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgaben.

Die Abteilung WD arbeitet mit rund 30 Bediensteten in sechs Referaten. Die Referate widmen sich im weitesten Sinne organisatorischen, helferbezogenen und verwaltungsspezifischen Aufgaben.

Das Warndienst-System

Eine Warnung soll jederzeit kurzfristig möglich sein; dazu ist es erforderlich, ein Warnsystem zu schaffen, zu unterhalten und stets fortzuentwickeln, das optimal

- die Gefahren erfaßt,
- die Gefahreninformationen aus- und bewertet und
- von Gefahren bedrohte Bevölkerung warnt.

Dieses System besteht innerhalb der bundeseigenen Verwaltung aus zehn Warnämtern in den Bundesländern, vier Warndienst-Verbindungsstellen in NATO-Luftwaffenkampfführungsanlagen sowie — in der Bundesrepublik verteilt — 40 Warndienst-Leitmeßstellen als Informationskonzentratoren und

1 560 WD-Meßstellen zur Erfassung der Gamma-Ortsdosisleistung bis hinab zur natürlichen Umweltstrahlung.

Im Warndienst sind hauptamtlich rd. 330 Bundesbedienstete und rd. 1 760 freiwillige Helfer tätig. In Bundesauftragsverwaltung wird die Unterhaltung der angeschlossenen Alarmmittel sichergestellt; das sind insgesamt rd. 66 000 Elektrosirenen, 490 Hochleistungs-sirenen und 50 elektronische Sirenen. Für die Informationsgewinnung und -weitergabe ist der Warndienst auf eine enge Zusammenarbeit besonders mit der NATO-Luftverteidigung, dem Territorialheer, dem Katastrophenschutz, den Warndienstorganisationen der NATO-Nachbarstaaten, dem Deutschen Wetterdienst, den Rundfunkanstalten sowie den Bundesländern angewiesen.

Die Aufgaben der Abteilung WD

Die ständigen Aufgaben der Abteilung WD erstrecken sich im wesentlichen auf

- die Helfer- und Führungskräfteausbildung einschließlich der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Übungen und Überprüfungen der Einsatzbereitschaft,
- die Bearbeitung helferrechtlicher Fragen,
- die Beschaffung, Unterhaltung, Instandsetzung und Verbesserung vorhandener Technik in den Bereichen des Fernmeldewesens ebenso wie in den Bereichen der Strom- und Notstrom- sowie Wasserversorgung, der Lüftungstechnik und Abwasserbeseitigung,
- die Arbeitssicherheit, die Bauunter-

Von links nach rechts:
Die MdB Graf, Lambinus, Diller, Wartenberg, Dr. Nöbel, der Präsident des BZS, Dusch, der Abteilungsleiter der Abteilung KN im BMI, MinDir. Beyer, sowie im Vordergrund die Leiter der Abteilungen Verwaltung und Warndienst im BZS, Leiter der Regierungsdirektor Hasse und Leiter der Baudirektor Dr. Maske.

(Foto: Hilberath)



haltung und die Technik der Sirenen sowie

- die Erstellung und Aktualisierung von Dienstvorschriften für alle Bereiche der Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, aber auch für interne Betriebsabläufe.

Neben diesen ständigen Aufgaben stehen in der Abteilung WD z. Z. mehrere *Schwerpunktarbeiten* an. Hierzu zählen

- der beschleunigte Aufbau der neuen Warndienst-Meßstellen,
- die Einrichtung eines rechnergestützten Warndienst-Informationssystems (WADIS) und seine Einbindung in das Meß- und Informationssystem des BMU zur Überwachung der Umweltradioaktivität,
- die Einführung eines mobilen nuklid-spezifischen Meßsystems für die Warnämter

sowie

- die Durchführung eines Pilotprojektes in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland mit dem Ziel, ein zukunftsorientiertes Warnsystem zu schaffen, das sich hauptsächlich auf den Rundfunk abstützt.

Im Rahmen des Pilotprojektes werden z. Z. speziell untersucht:

- die Überlebendensicherheit des heutigen Rundfunksystems unter Ernstfallbedingungen,
- die Möglichkeit moderner Funktechniken für das Gefahrenerfassungs- und das Warnsystem,
- der Erreichbarkeitsgrad der Bevölke-

rung bei dem Einsatz dieser Techniken sowie

- die Frage nach der Notwendigkeit von Alternativwarnmitteln, z. B. netzstromunabhängiger, möglichst funkgesteuerter Sirenen.

Die Einrichtungen des Warndienstes stehen bereits jetzt nach dem *Zivilschutzgesetz* auch für friedensmäßige Aufgaben zur Verfügung; genutzt werden in diesem Rahmen

- die Sirenen für Feuerwehrzwecke und
- die Warnämter für Messungen des Umweltbundesamtes und des Deutschen Wetterdienstes.

Erstmals eine friedensmäßige Einsatzaufgabe erhielt der Warndienst vom Gesetzgeber im *Strahlenschutzvorsorgegesetz*; er ist danach zuständig für die Messung der Gamma-Ortsdosisleistung in Bodennähe. Der Warndienst erfüllt auf diese Weise im Meß- und Informationssystem des Bundes zur Überwachung der Umweltradioaktivität durch sein flächendeckendes Meßstellennetz, seine vorhandenen Nachrichtennetze und sein Personal wichtige Bundesaufgaben, ohne daß im großen Umfang Neuinvestitionen erforderlich werden.

Die langfristigen Arbeitsziele der Abteilung WD

Das Bemühen des BZS ist auch *in Zukunft* darauf gerichtet, den für den Ver-

teidigungsfall konzipierten und benötigten Warndienst im Rahmen seiner Möglichkeiten *noch mehr für friedensmäßige Aufgaben* der

- Informationserfassung,
- Informationsaus- und -bewertung sowie
- Informationsweitergabe

einzusetzen. Beispielsweise könnte das zukünftige Warndienstinformationssystem auch bei friedensmäßigen großflächigen Katastrophen durch seine breite Streuung bis auf die Kreisebene in das Katastrophenmanagement einbezogen werden.

Ein zukünftiges Rundfunkwarnsystem mit den Möglichkeiten eines Weckeffektes durch Lautschalten von Empfängern wie beim heutigen ARI-Verkehrsfunksystem sollte unbedingt auch für die Durchgabe von Katastrophenmeldungen genutzt werden. Ziel muß es sein, ein Warnsystem zu schaffen, das friedensmäßig voll in die Notfallvorsorge integriert ist und dessen Mittel dem Bürger so vertraut und so nützlich werden, daß er in einem Ernstfall ganz selbstverständlich dieses System akzeptiert und nutzt. Voraussetzung dafür ist eine enge Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden, zugleich aber auch mit den Bundesländern, in deren Zuständigkeiten solche geeigneten friedensmäßigen Aufgaben liegen, in deren Trend es aber gelegentlich liegen kann, sich mit den Möglichkeiten ihres Haushalts eigene Informationssysteme aufzubauen.

„NATEX '87“

Allgemeines

Übungsbezeichnung: Warndienstübung „NATEX '87“

Übungsziele

- Durchführung von Warnmaßnahmen vor Gefahren in Zusammenarbeit mit KatS-Einheiten und Einrichtungen der Führung des KatS
- Zusammenarbeit mit dem DWD
- Zusammenarbeit mit Rundfunkanstalten
- Führung einer Dienststelle im Einsatz

Übungszwecke

- Übung von Warnung und Entwarnung sowie der damit zusammenhängenden Verfahren
- Üben des Führens einer Dienststelle im Einsatz

Wetter

Übungsunterlagen werden aufgrund einer historischen Wetterlage erstellt. Diese Wetterdaten werden von Warnamt V während der Übung zeitgerecht einge-spielt.

Vorbereitung

Die Vorbereitung erfolgt unter Berücksichtigung der Übungsziele des KatS und des WD durch eine Projektgruppe.

Durchführung

Übungsleitung: Referat WD 2

Übungsraum: Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

Zeitangaben: Nach den Dienstvorschriften des WD

Übungszeitraum: 7. November 1987, 8.00 Uhr bis 20.00 Uhr

Übungsbeteiligung

National:

Eine Mitwirkung von Behörden und Dienststellen im Umfeld des WD in der Kernzeit von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr wird angestrebt. Der Betrieb der Warnstellen soll nach Abstimmung mit den Bundesländern ebenfalls in dieser Kernzeit erfolgen.

International:

Voraussichtlich Teilstäbe der Warndienste Dänemarks und der Niederlande.

Fernmeldebereich

Das Steuer- und Verständigungsnetz des WD wird betriebsmäßig bereitgestellt.

Zuwachs neuer Aufgaben für den Warndienst nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz vom 19. Dezember 1986

Der BMU plant als Informationssystem des Bundes ein integriertes Meßstellennetz zur Überwachung der Umweltradioaktivität. Auf bestehende Einrichtungen und Organisationen mit ihren Meßnetzen und Meßeinrichtungen in Bund und Ländern soll dabei zurückgegriffen werden.

Derzeit wird die Radioaktivität vor allem durch folgende vier Bundesinstitutionen überwacht:

Deutscher Wetterdienst

- Luft
- Niederschlag
- Gamma-Ortsdosisleistung in der Luft

Warndienst

- Gamma-Ortsdosisleistung am Boden

Bundesanstalt für Gewässerkunde

- Oberflächenwasser der Bundeswasserstraßen

Deutsches Hydrographisches Institut

- Oberflächenwasser in Nord- und Ostsee

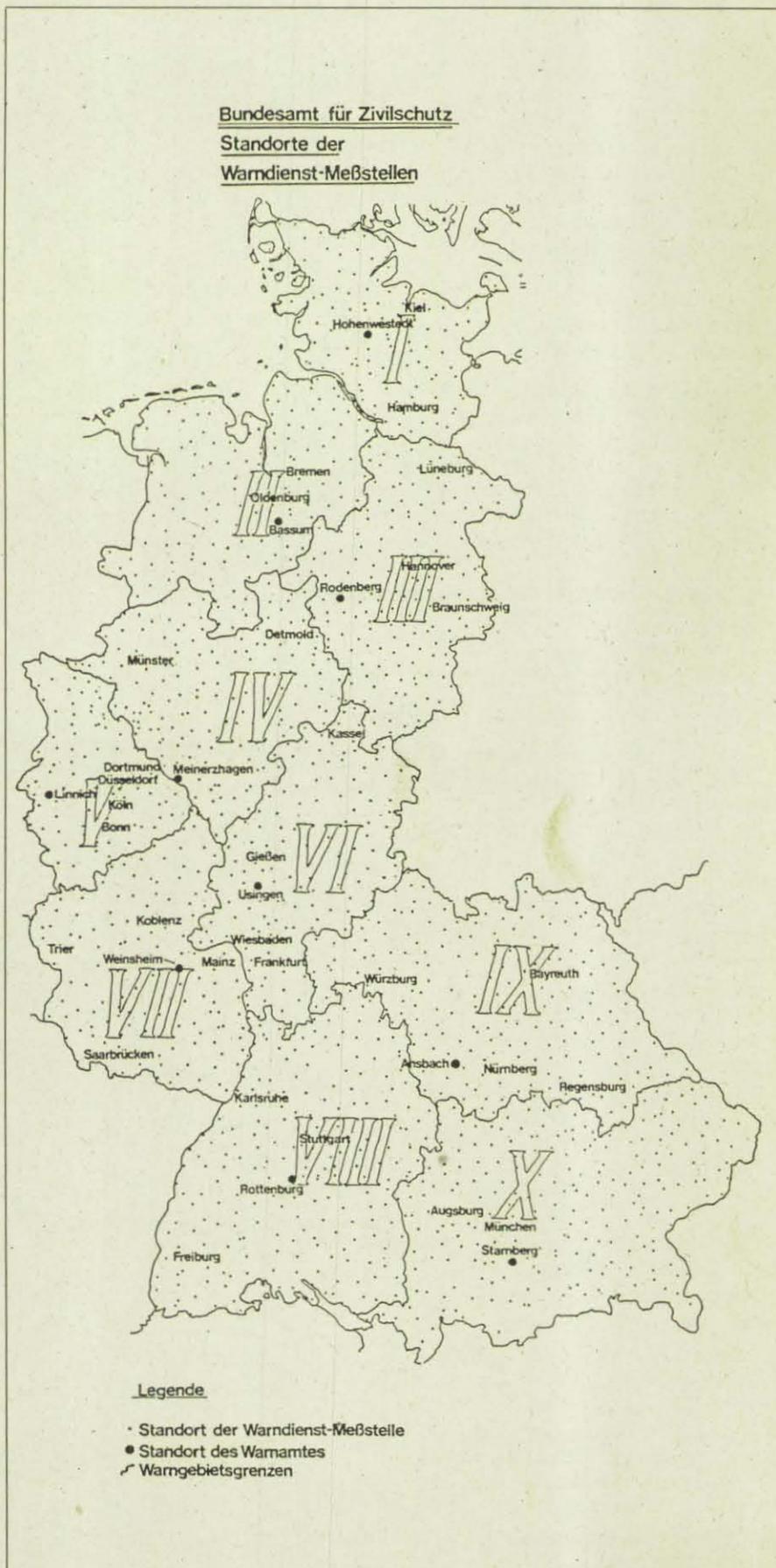
Errichtet werden soll ein Informationssystem, das die bestehenden Meßnetze des Bundes und die Meßeinrichtungen der Länder integriert und den schnellen und zeitgerechten Informationsfluß zwischen den Stellen, die die benötigten Informationen bereitstellen (Meßstellen), und den Einrichtungen, die die Daten aufbereiten, bewerten und dokumentieren (Leitstellen, Meßdatenzentralen), sicherstellt. Das System muß in der Lage sein, ohne Mitwirkung des Verursachers die Anhaltspunkte zu liefern, ob eine Gefährdungslage in der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist oder im Begriff ist zu entstehen (Frühwarnung).

Dabei ist der *Bund* zuständig für die großräumige Überwachung der Primärmedien Luft, Niederschlag und Wasser sowie der Ablagerungen auf dem Boden. Im Vordergrund steht hier die Erfassung von Meßdaten für eine schnelle und umfassende Information über die sich entwickelnde Lage sowie über den aktuellen großräumigen Verlauf der Umweltradioaktivität. Die Daten der Meßnetze des DWD und des Warndienstes laufen im Institut für Atmosphärische Radioaktivität zusammen, da die von diesen Meßnetzen gewonnenen Daten in engem Zusammenhang zueinander stehen und deshalb miteinander in Beziehung zu setzen sind. Nach Plausibilitätskontrollen der verschiedenen Meßwerte untereinander und Aufbereitung der Daten werden die Daten an die Zentralstelle des Bundes für die Über-

wachung der Umweltradioaktivität übermittelt.

Meßstellen des Warndienstes werden in das Informationssystem einbezogen.

Der Aufbau von 1 560 sensibilisierten Meßstellen bis Ende des Jahres 1987 ist vorgesehen. Darüber hinaus besteht die Absicht, das WD-Meßstellennetz in



den nächsten Jahren auf voraussichtlich 2 000 Meßstellen zu erweitern.

Auf der anderen Seite bestehen *Landesmeßeinrichtungen*, die für eine Erfassung und Messung der Radioaktivität in den sonstigen Umweltmedien zuständig sind. Die von den Landesmeßstellen gewonnenen Daten werden in das Kommunikationssystem eingegeben und über die Meßdatenzentralen der Länder direkt an die Zentralstelle des Bundes weitergeleitet. Von dort werden sie nach Sichtung zur Aufbereitung an die entsprechenden Leitstellen gegeben. Die aufbereiteten Daten fließen von den Leitstellen an die Zentralstelle des Bundes zurück. Das Kommunikationssystem läßt einen Informationsaustausch jeweils in beiden Richtungen zu, so daß auch die Länder Zugriff auf die verarbeiteten Daten der Bundesnetze haben.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der Umweltradioaktivität ist die Kenntnis der auf Grund von Fall-out

und Wash-out hervorgerufenen Bodenkontamination, wobei hier neben der Gesamtaktivität die Kenntnis der Nuklidverteilung der abgelagerten radioaktiven Stoffe im Vordergrund steht. Nur anhand der Nuklidspektren und der daraus zu gewinnenden Kenntnisse hinsichtlich Halbwertszeit, Migrationsvermögen oder Mobilität in der Nahrungskette lassen sich verlässliche Prognosen hinsichtlich der Auswirkungen auf den Menschen erstellen.

Wegen der Inhomogenitäten der Ablagerungen radioaktiver Stoffe auf dem Boden, die im wesentlichen durch Niederschläge bedingt sind, wäre ein stationäres Meßsystem nur bei einer hohen Flächendichte der Meßstellen sinnvoll; dies wäre mit hohen investiven Kosten verbunden. Unter Berücksichtigung des bestehenden flächendeckenden Gamma-Ortsdosisleistungsmeßnetzes des Warndienstes erscheint es zunächst ausreichend, wenn mobile Meßgeräte zur nuklidspezifischen Messung der auf

dem Boden gelagerten radioaktiven Stoffe vorgehalten werden. Diese Meßgeräte können auf Fahrzeuge montiert lokale Bodenkontaminationen aufnehmen. Bei Kenntnis der Nuklidverteilung an verschiedenen Meßorten ist bei gleichzeitiger Kenntnis der Gamma-Ortsdosisleistung eine Bestimmung der abgelagerten Aktivität flächendeckend möglich, da davon ausgegangen werden kann, daß sich die Nuklidverteilung qualitativ nicht ändert. Wegen der notwendigen Verknüpfung der Gamma-Ortsdosisleistungsmeßdaten und der nuklidspezifischen Bodenoberflächenaktivität kommt dem Warndienst auch die Aufgabe der Messung der Bodenkontamination zu. Als Standorte für die mobilen Meßeinheiten sind die Warnämter vorgesehen. Die Festlegung der erforderlichen endgültigen Anzahl der Meßstellen soll zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen. Es ist geplant, zehn Meßstellen zu beschaffen, deren ständige Einsatzfähigkeit zu gewährleisten ist.

Zwei verdiente Mitarbeiter verabschiedet

Wegen Erreichens der Altersgrenze schied der Mitarbeiter in besonderer Funktion Leonhard Braun beim Warnamt IX aus.

Im November 1960 hatte er sich zur freiwilligen Mitarbeit im Luftschutz-Warndienst verpflichtet. Bereits 1961 wurde er als ehrenamtlicher Mitarbeiter zum Warngruppenführer bestellt. Er nahm seitdem an allen nationalen und internationalen Warndienst-Übungen teil. 1971 wurde er mit der Aufgabe des Leiters des Fernmeldebetriebes betraut.

Leonhard Braun erhielt 1985 die Ehrenurkunde und die Ehrennadel mit Goldkranz für 25jährige freiwillige Mitarbeit im Warndienst aus der Hand des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, H.-G. Dusch, überreicht. Die Verabschiedung aus dem Kreise seiner ehemaligen Kollegen erfolgte jetzt im Rahmen eines kameradschaftlichen Beisammenseins.

Aus gleichem Grund wurde Hans-Jürgen Weiß bei der letzten Ausbildungsveranstaltung der WD-Leitmeßstelle 92 vor den Ferien verabschiedet.

Im November 1963 hatte er sich zur Mitarbeit im Luftschutz-Warndienst bei der Warndienst-Leitmeßstelle 92 in Karlstadt verpflichtet und begann dort als „Wachleiter“. Im Februar 1971 wurde H.-J. Weiß zum Auswerteleiter der WD-Leitmeßstelle 92 ernannt.

1983 erhielt Herr Weiß vom Abteilungsleiter des Warndienstes, Dr. Maske, im

Bundesamt für Zivilschutz die Ehrenurkunde für 20jährige Mitarbeit und die Ehrennadel in Gold.

Das Warnamt wünscht beiden Ruheständlern einen frohen und langen Lebensabend bei guter Gesundheit.

Verabschiedung von Leonhard Braun im Warnamt IX.



Hans-Jürgen Weiß wird in der WD-Leitmeßstelle 92 in Karlstadt verabschiedet. (Fotos: Jäger)





Toxikologischer Rettungsdienstzug des DRK-Kreisverbandes Karlsruhe

Schnelle Hilfe bei Giftunfällen

Vielfältige Aufgaben — Umfangreiche Ausstattung

Unser heutiger Lebensstandard ist ohne die mannigfaltigen Erzeugnisse der chemischen Industrie kaum noch denkbar. Diese werden in immer größerem Umfang auf der Straße, Schiene und zu Wasser transportiert.

Nach einer Erhebung des statistischen Bundesamtes wurden allein im Jahre 1984 in der Bundesrepublik Deutschland 230 Mio. Tonnen Gefahrgüter — d. h. explosive, entzündbare, giftige oder radioaktive Stoffe — befördert. Der Anteil der Gefahrgüter liegt also bereits bei ca. 1/3 des gesamten Frachtaufkommens.

Die Risiken für Unfälle liegen weitaus weniger in großen chemischen Industriebetrieben, sondern vielmehr in kleinen Betrieben, bei denen manchmal etwas sorgloser mit Säuren und Laugen umgegangen wird. Allein im Raum Karlsruhe waren innerhalb eines Jahres drei Giftgasunfälle zu bekämpfen, bei denen durch unachtsames Hantieren mit Bleichlauge und Salzsäure Chlorgaswolken frei wurden.

Da die Feuerwehren sich aufgabengemäß nur auf den eigentlichen Schadensherd beschränken können und müssen, ist hier kaum ein Schutz für die Bevölkerung zu erwarten.

Unter Berücksichtigung dieser Situation wurde im Rettungsdienstbereich Karlsruhe zur Unterstützung des teilweise überforderten Rettungsdienstes und der Notärzte eine toxikologische Notarzteinatzgruppe gegründet. Diese Gruppe hat folgende Aufgaben:

- Untersuchung und Behandlung von Betroffenen.
- Sicherstellung eines fachgerechten Transportes.
- Durchführung medizinischer Versorgungsmaßnahmen unter spezieller Berücksichtigung des entsprechenden Giftnotfalles.

- Beratung der Technischen Einsatzleitung in allen Fragen der Auswirkung eines Stoffes am oder im menschlichen Körper.
- Ausarbeitung einer Sicherheitskonzentration zum Schutz der eingesetzten Einsatzkräfte von Rettungsdienst, Feuerwehr und Polizei.
- Beratung der Kliniken und sonstiger medizinischer Stellen.
- Mithilfe bei der Identifizierung des Stoffes.
- Mithilfe bei Konzentrationsmessungen abseits des Schadensgebietes (unter Berücksichtigung der besonderen Situation von Kindern und Kranken sowie alten Menschen).

Die Einsatzgruppe besteht aus 20 Einsatzkräften.

Jeder Trupp aus:

- 1 Truppführer
- 1 Notarzt
- 1 Chemiker oder Physiker
- 3 Rettungssanitäter

Zusätzlich steht den Trupps ein Apotheker als Logistiker zur Verfügung. Der Physiker soll bei Unfällen mit ionisierenden Strahlen den Chemiker ersetzen.

Die einzelnen Funktionen sind wie folgt abgegrenzt:

Einsatzleiter TOX

Es handelt sich hier um eine Führungskraft aus dem Rettungsdienst mit langjähriger Erfahrung auf Notarzteinatzsysteme. Der Einsatzleiter ist zuständig für Pflege, Wartung und Beschaffung des unkontaminierten Materials sowie für die Entsorgung der kontaminierten Gegenstände. Er sorgt für den Materialtransport zur Einsatzstelle, bereitet zusammen mit Chemiker, Physiker, Arzt und Apotheker die vorhandenen und einlaufenden Informationen auf. Er ist die

Schnittstelle zum Einsatzführungsdienst „B“ des Rettungsdienstes.

Arzt

Es handelt sich um einen langjährigen, erfahrenen Notarzt. Er ist zuständig für Behandlung, Sichtung und Überweisung der betroffenen Personen. Er erstellt, in Zusammenarbeit mit dem Chemiker oder Physiker, Informationsbögen für die niedergelassenen Ärzte oder Krankenhäuser.

Chemiker/Physiker

Hier sind Chemiker der verschiedenen Fachrichtungen, organische bzw. anorganische Chemie, die zum Teil in chemischen Großbetrieben oder in Versuchslaboratorien der Universität Karlsruhe arbeiten, tätig.

Die Physiker kommen ausnahmslos aus dem Bereich des Kernforschungszentrums Karlsruhe. Ihre Aufgaben bestehen in der Analyse der Meßergebnisse und der Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, der Sicherheitsüberwachung der eingesetzten Kräfte, als Information für den Einsatzführungsdienst, Beratung des Arztes und, in Zusammenarbeit mit ihm, die Erstellung der Aufklärungsbögen.

Rettungssanitäter

Alle Rettungssanitäter sind im Rettungsdienst hauptberuflich tätig und verfügen über langjährige Einsatzerfahrung im Notarztsystem. In letzter Zeit sind jedoch auch ehrenamtlich Rettungssanitäter hinzugekommen, die zum Teil eine Ausbildung zum Chemiker bekommen oder auf der Inneren Intensivstation eines großen Karlsruher Krankenhauses arbeiten.



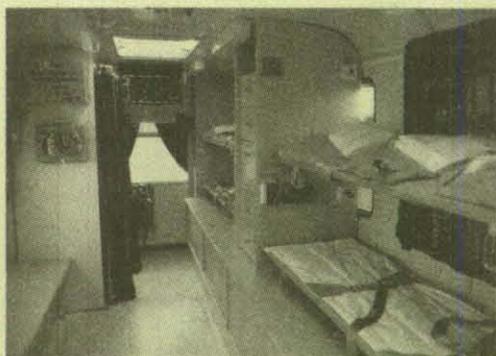
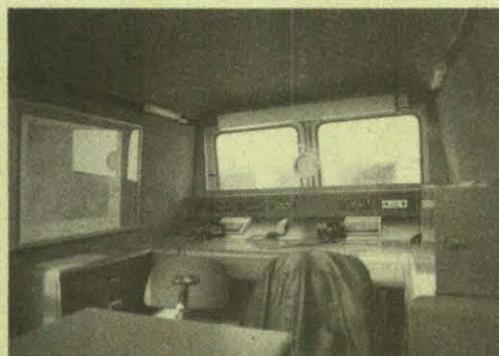
Schon bei relativ harmlos anmutenden Brandunfällen können in erheblichem Umfang giftige Stoffe in den Brandgasen enthalten sein.

Die Karlsruher toxikologische Notarztein-satzgruppe hat die Aufgabe, die Kräfte des Rettungsdienstes bei Giftunfällen zu unterstützen.



Nur durch gezielte Konzentrationsmessungen lassen sich die Grenzen eines Gefahrenbereiches ermitteln und nur somit das gesamte Ausmaß eines Giftunfalls beurteilen.

In dringenden Fällen kann die Einsatzgruppe zusammen mit dem Material auch per Hubschrauber transportiert werden.



Im Leitstellenfahrzeug sind zwei Funkbe-dienplätze eingebaut. Darüber hinaus gibt es einen Bespre-chungsplatz, der ins-besondere für Lage-besprechungen ge-nutzt werden kann.

In der mobilen Be-treuungsstelle be-finden sich Versor-gungsmöglichkeiten für 10 bis 15 Patien-ten.

Aufgabenverteilung der Rettungsanitäter:

1. Rettungsanitäter

Mithilfe bei der Erstversorgung von Patienten — Helfer des Arztes — Erstversorgung der Patienten. Registrierung und Weiterleitung der Patienten zum Hauptverbandplatz bzw. Übergabe an Rettungsdienst und Transport durch Rettungsdienst ins nächste geeignete Krankenhaus.

2. Rettungsanitäter

Verantwortlicher des Hauptverbandplatzes. Hier werden insbesondere die bereits oben erwähnten ehrenamtlichen Rettungsanitäter, die ausgebildeten Krankenpfleger sind, eingesetzt. Ihre Aufgabe besteht in der Übernahme, Registrierung und unter Umständen längerfristigen Versorgung der gasgeschädigten Patienten. Sie fordern die erforderlichen Fahrzeuge beim Einsatzfüh-

rungsdienst über den Einsatzleiter TOX an.

3. Rettungsanitäter

Helfer des Chemikers bzw. Physikers. Hier werden die Chemiestudenten, die gleichzeitig eine Ausbildung als Rettungsanitäter haben, eingesetzt. Die Aufgabe des 3. Rettungsanitäters ist die Konzentrationsmessung mit einer Gasspürpumpe. Registrierung und Weitergabe der ermittelten Werte an den Chemiker/Physiker und Einholen der Wetterlage.

Apotheker

Hier ist ein niedergelassener Apotheker mit einer sehr großen Erfahrung im logistischen Bereich und einer speziellen toxikologischen Erfahrung tätig. Auch er arbeitet ehrenamtlich im Notarzdienst des DRK mit.

Seine Hauptaufgabe sind im Nachschub und der Ergänzung von Medikamenten und Verbandmaterial zu sehen. Er ist Verbindungsmann zu den einschlägigen Pharmaherstellern.

Bedarfsweise kann der toxikologische Rettungsdienst durch Einsatzkräfte der Rettungsleitstelle, mit einem speziellen Einsatzfahrzeug oder Einsatzkräften des Rettungsdienstes, mit einem eigens dafür konzipierten Betreuungsbus verstärkt werden.

Einsatzleitfahrzeug

Das Einsatzleitfahrzeug der Rettungsleitstelle Karlsruhe ist ein fernmeldetechnisches Sonderfahrzeug, das die Anbindung der Gruppe an die Rettungsleitstelle sicherstellt. Dies geschieht entweder auf dem bekannten Funkweg oder durch spezielle Funk/Drahtaufschaltungen — zum Beispiel zwischen Notarzt

der Toxgruppe und einer Vergiftungszentrale.

Mobile Betreuungsstelle

Es handelt sich hierbei um einen alten in Eigenarbeit umgebauten Röntgenbus, der in drei Teilbereiche untergliedert ist:

— *Medizinische Einheit*

Vier intensivbetreuungsplätze sowie acht normale Behandlungsplätze.

— *Betreuungsteil*

Es ist eine komplette Küche zur Versorgung von 100 bis 150 Personen mit warmen Essen oder Getränken eingerichtet.

— *Lageraum*

Hier können Einsatzbesprechungen der TEL durchgeführt werden; es sind Funkgeräte im 2- und 4-m-Band fest installiert.

Material

Das gesamte Material des toxikologischen Rettungsdienstzuges ist in lufttransportfähigen Aluminiumkästen verladen und kann mit Fahrzeugen oder Hubschraubern zur Einsatzstelle gebracht werden.

Alarmierung

Die Alarmierung der Gruppe geschieht in drei Stufen:

Alarmstufe 1.

Telefonische Beratung durch TOX-Notarzt und/oder Chemiker zur Giftbewertung.

Alarmstufe 2

Einsatz der 1. Gruppe vor Ort, speziell immer dann, wenn eine telefonische Beratung nicht eindeutig möglich ist oder

wenn bereits mehr als fünf Personen betroffen sind.

Alarmstufe 3

Einsatz des kompletten Rettungsdienstzuges, insbesondere dann, wenn mit einem länger andauernden Einsatz gerechnet werden muß.

Es muß beim heutigen Stand der Technik und Organisation des Rettungsdienstes möglich sein, nicht unkontrolliert eine große Anzahl betroffener, ängstlicher oder übervorsichtiger Personen in die nächsten Krankenhäuser zu transportieren und somit die „Katastrophe“ in die umliegenden Krankenhäuser zu verlagern.

Alle Mitglieder des toxikologischen Rettungsdienstzuges erfüllen sowohl die einmal im Monat stattfindende Schulung als auch die, Gott sei Dank, wenigen Einsätze freiwillig und unentgeltlich in ihrer Freizeit.

Erfolgreiche Wochenendausbildung in Wesel

Im Rahmen der friedensmäßigen Katastrophenschutzausbildung führen 180 Helferinnen und Helfer des DRK-Kreisverbandes Warendorf-Beckum für ein Wochenende auf den Übungsplatz der Katastrophenschutzschule des Landes Nordrhein-Westfalen nach Wesel.

Freitags starteten die Teilnehmer mit zwei Fahrzeugkolonnen von Telgte und Neubeckum aus, um auf dieser dreitägigen Fortbildungsveranstaltung ihre Kenntnisse im Bereich der Kraffahrer-Funk-, ABC- und Sanitätsausbildung zu vertiefen. Beteiligt waren Einheiten aus den Orten Beckum, Neubeckum, Ahlen, Telgte, Wadersloh, Ennigerloh, Oelde,

Stromberg, Diestedde, Sassenberg, Beelen, Liesborn, Sendenhorst und Ostbevern. Als weitere Fachdienste nahmen der Fernmeldezug Warendorf und die Küche des Betreuungszuges Beckum/Neubeckum an dieser Veranstaltung teil.

Gegen 23.00 Uhr trafen die 42 Fahrzeuge auf dem Übungsplatz in Wesel ein, und nach dem Aufstellen der Schlafzelte und Errichten der Stromversorgung konnten die Helferinnen und Helfer bei einem mitternächtlichen Imbiß Erfahrungen austauschen und Kontakte zu Mitgliedern anderer Einheiten knüpfen.

Bereits um 7.00 Uhr begann am Sams-

tag ein umfangreicher Ausbildungstag. Der Unterricht wurde in Form einer Stationsausbildung durchgeführt, da so eine effektive Schulung der Rotkreuz-Helfer erreicht werden konnte. Das Küchenpersonal des Betreuungszuges Beckum/Neubeckum war während der Veranstaltung nicht nur für die gesamte Verpflegung der Teilnehmer verantwortlich, sondern übte auch intensiv den Umgang mit Materialien und Gerätschaften. So wurde z. B. das Umrüsten der „Gulaschkanonen“ auf feste Brennstoffe geprobt, da in Katastrophenfällen nicht sichergestellt ist, daß jederzeit Gasflaschen für die Befuerung der Feldküchen zur Verfügung stehen.



Der Übung geht eine Besprechung voraus.



Auch das Anlegen des ABC-Schutzanzuges muß geübt werden.

Im Bereich des Fernmeldedienstes war das Hauptziel der Ausbildung, Nachrichten möglichst schnell und präzise zu übermitteln. Da bei großen Einsätzen oder Katastrophen eine Vielzahl von Funkgeräten im Einsatz sind, ist es unerlässlich, daß die einzelnen Funkprüche „kurz und bündig“ abgesetzt werden. Ansonsten würden der Funkverkehr und die zur Verfügung stehenden Frequenzen in Kürze überlastet sein.

Bei der Kraftfahrerausbildung wurden die Fahrzeugführer zunächst mit den verschiedenen Fahrzeugtypen vertraut gemacht, damit im Ernstfall ein reibungsloser Krankentransport von der Unglücksstelle zu den umliegenden Krankenhäusern sichergestellt ist. Desweiteren wurden Übungsfahrten durchgeführt, wobei u. a. auch die Spiegel verhängt wurden und der Beifahrer den Fahrzeugführer in enge Parklücken einweisen mußte. Die Tatsache, daß im Bereich dieser Ausbildung keine „Krätzer“ zu verzeichnen waren, ist sicherlich ein kleiner Beweis dafür, daß Fahrer und Beifahrer ein eingespieltes Team sind.

Der Gebrauch und das Anlegen der Schutzmasken stand im Mittelpunkt der ABC-Ausbildung. Bei sommerlichen Temperaturen war dies für die Helfer eine besondere Belastung, zumal auch noch eine Dichtigkeitsprüfung in einem mit Übungsgas gefüllten Raum auf dem Programm stand.

Bei den weiteren Stationen der Ausbildung wurden den Teilnehmern unter Anleitung der DRK-Ärzte Dr. Konrad Happe aus Telgte und Dr. Hubert Kuhs aus Ennigerloh verschiedene Aufgaben aus dem Bereich der Sanitätsausbildung gestellt mit dem Ziel, bereits vor-

handene Kenntnisse zu festigen und neue medizinische Erkenntnisse kennen zu lernen. Geübt wurde das richtige Erkennen von Verletzungen, die erforderlichen lebensrettenden Sofortmaßnahmen und das Herstellen der Transportfähigkeit eines Verletzten.

Ebenso stand auch die Eigensicherung des Helfers mit Hilfsmitteln auf dem Programm, wie z. B. das richtige Anlegen einer Sicherungsleine und das Retten von Verletzten aus unwegsamem Gelände.

Nach der Mittagspause begrüßte der 1. Vorsitzende des DRK-Kreisverbandes Warendorf-Beckum, Oberkreisdirektor a. D. Winfried Schulte, die Teilnehmer und wünschte der Veranstaltung weiterhin einen guten Verlauf.

Nach Abschluß der Ausbildung gegen 18.00 Uhr vergaßen die Helferinnen und Helfer bei einem gemütlichen Grillabend sehr schnell die Strapazen des Tages. Hier bot sich auch für die Leiterin der Frauenarbeit, Gerti Dembon, und Kreisbereitschaftsführer Reinhard Hecht Gelegenheit, während einer kurzen Abschlußbesprechung allen Teilnehmern für ihre Disziplin und für ihr Interesse während der Fortbildungsveranstaltung zu danken. Dank galt auch der Küche für die hervorragende Verpflegung und dem Mimtrupp des Jugendrotkreuzes, der mit seinen Helfern die einzelnen Unfallsituationen realistisch dargestellt hatte.

Nach Auskunft der Organisatoren soll auch im nächsten Jahr wieder eine solche Fortbildungsveranstaltung durchgeführt werden, die gleichermaßen bei Teilnehmern und Ausbildern großen Anklang gefunden hat.

IKRK-Präsident Sommaruga dankte EG

Cornelio Sommaruga besuchte kürzlich den Hauptsitz der Europäischen Gemeinschaft (EG) in Brüssel. Es war der erste offizielle Besuch Dr. Sommarugas in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und sollte Zeichen des Danks für die entscheidende Unterstützung sein, die die EG den IKRK-Aktionen in der ganzen Welt zukommen läßt.



Cornelius Sommaruga, Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Erstes Rotkreuz-Seminar in China

Zum erstenmal fand in Peking ein Seminar über humanitäres Völkerrecht und die Grundsätze des Roten Kreuzes statt. Es wurde gemeinsam vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Chinesischen Rotkreuzgesellschaft unter Mitwirkung der Liga und des Amerikanischen Roten Kreuzes durchgeführt. Das IKRK ließ mehrere Publikationen in die chinesische Sprache übersetzen und erstellte aus diesem Anlaß chinesische Fassungen von fünf IKRK-Filmen.

Die IKRK-Delegation unter Leitung des

Generaldirektors Jacques Moreillon beteiligte sich an lebhaften, intensiven Debatten mit über 100 Teilnehmern, die von der nationalen Gesellschaft eingeladen worden waren, 30 davon aus den Streitkräften.

Es ist zu erwähnen, daß die Rotkreuzgesellschaft von China unter einer dynamischen Führung ihre Aktivitäten beträchtlich entwickelt und ihre Mitgliederzahl von 1,9 Millionen im Jahre 1985 auf nunmehr 3,8 Millionen gesteigert hat.

Horst F.

Die Beiträge der Gemeinschaft schwankten im Laufe der Jahre je nach Bedarf, beliefen sich jedoch in den letzten zehn Jahren insgesamt auf über 100 Millionen Schweizer Franken. Zusätzliche EG-Spenden stellten nahezu 300 000 Tonnen Lebensmittel (geschätzter Wert über 420 Millionen Schweizer Franken) für Hilfsprogramme im Libanon, in Zentralamerika, Polen, Asien und insbesondere Afrika bereit.

Jeder Mitgliedstaat der Gemeinschaft unterstützt das IKRK außerdem auch einzeln: Die Beiträge aller zwölf Nationen zum letztjährigen Haushalt machten insgesamt über 46 Millionen Schweizer Franken aus.

Horst F. Hamborg

ASB arbeitet in Arbeitsgruppe „Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes“ mit

Die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes überprüfen

Erste Berichte liegen vor — Hilfsorganisationen erstellen gemeinsames Positionspapier

Bund, Länder, Gemeinden und Hilfsorganisationen haben sich nach dem Reaktorunfall in der Sowjetunion mit daraus resultierenden Problemen der Katastrophenabwehr befaßt und sind zu der übereinstimmenden Auffassung gelangt, daß das Ereignis Anlaß zu einer umfassenden Überprüfung des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Hierzu wurde eine Arbeitsgruppe „Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes“ gebildet. In dieser Arbeitsgruppe arbeitet auch der ASB-Bundesverband mit.

Bei der Sitzung dieser Arbeitsgruppe im Juni 1987 lagen bereits einige Berichte vor, die in einen abschließenden Gesamtbericht mit eingearbeitet werden. Einige Arbeiten stehen noch aus, so z. B. Auftrag an das Bundesland Saarland, eine Umfrage über die humanitären Hilfspotentiale zu starten.

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes daraufhin zu überprüfen, in welcher Weise und welchem Ausmaß die klassischen Aufgaben des Katastrophenschutzes sich durch die technologischen Entwicklungen verändert und erweitert haben und mit diesen Veränderungen und Erweiterungen im besonderen in den Bereichen der kommunalen Verwaltungen, der Feuerwehren und der humanitären Hilfsorganisationen durch eine korrespondierende, qualitative und quantitative Verbesserung des Katastrophenschutzpotentials Rechnung getragen werden muß.

Die neuartigen technologischen Gefahren gehen im wesentlichen von den ra-

dioaktiven und gefährlichen chemischen Stoffen aus und resultieren aus den Problemen bei deren Herstellung, Lagerung und beim Transport. Im Hinblick auf radiologische und chemische Gefahrenlagen und einen hierdurch drohenden Massenansturm von Verletzten enthält das Katastrophenschutzpotential in den Ländern noch Mängel und Lücken, die beseitigt werden müssen.

Die Untersuchung erfaßt auch die Organisation der verschiedenen staatlichen und kommunalen Behörden in den Kreisen und Gemeinden, die über Kenntnisse und technisches Hilfeleistungspotential verfügen und bisher nicht in ausreichendem Umfang in der Planung des Katastrophenschutzes einbezogen waren. Hierzu gehört die Untersuchung des Informationstransfers auf allen Ebenen der staatlichen und kommunalen Verwaltung.

Zur Untersuchung des Teilgebietes über die Einheiten und Einrichtungen im Katastrophenschutz in den Ländern hat das Innenministerium Baden-Württemberg ein Diskussionspapier bereits erarbeitet. Die bisher erstellten Papiere der Arbeitsgruppe können beim Technischen Referat des Bundesverbandes angefordert werden. Zu dem bisher erfolgten Teilbericht der Arbeitsgruppe „Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes“ haben die Hilfsorganisationen ein gemeinsames Positionspapier erstellt. Hieraus sind folgende Punkte hervorzuheben:

- Grundlage für das weitere Vorgehen sind die Thesen der Hilfsorganisationen vom Juni 1986.
- Die Hilfsorganisationen fordern gemeinsam innerhalb der bestehenden

Rechtsverhältnisse mehr konstruktive Partnerschaft im Rahmen des bestehenden Auftrages.

- Die Hilfsorganisationen werden die Ergebnisse ihrer Bestandsaufnahmen zu gegebener Zeit vorlegen und daraus die notwendigen Analysen und Schlußfolgerungen ziehen. Ein grundlegendes Ergebnis, zu dem die Bestandsaufnahmen beitragen, ist die aktualisierte Darstellung des Einsatzpotentials, damit übersehen werden kann, welche Ressourcen insgesamt in welcher Gliederung und Trägerschaft tatsächlich zur Verfügung stehen. Dies könne nach Abschluß der Bestandsaufnahme bei allen Hilfsorganisationen in einer gemeinsamen Tabelle aller Träger staatlich oder privat erfaßt und in noch festzulegenden Zeitabschnitten aktualisiert werden.

Dabei kommt es nicht auf die einzelne Sanitätstasche oder Wolldecke an, sondern nur darauf, welche Einheiten und Einrichtungen und darüber hinaus das gesamte verfügbare Einsatzpotential mit welchem personellen und materiellem Bestand für welche Zwecke einsatzfähig sind oder nicht.

- Die Untersuchung eines sogenannten Landeskatastrophenschutzdienstes kommt den Vorstellungen der Hilfsorganisationen unter der Bedingung entgegen, als grundsätzlich von Gliederung, Ausstattung und personeller Grundlage her zueinander passende und im gleichen Führungssystem einzubindende Einheiten des Bundes wie der Länder erforderlich sind.

W.M.

100 Jahre ASB keine Sonder- briefmarke wert?

Als politisch gewollte Brückierung empfindet der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) die abschlägige Antwort des Bundesministeriums für das Post- und Fernmeldewesen: Keine Sonderbriefmarke für den ASB, der 1988 auf hundertjährige aktive Sozialarbeit zurückblicken kann.

Drei Jahre liegt der Antrag des ASB zurück: Anlässlich der 100-Jahr-Feier in Berlin im Jahre 1988 beantragte der ASB eine Sonderbriefmarke. Nach vielen Vertröstungen und etlichen „Man wisse noch nicht“ kam Ende Januar 1987 die Nachricht, daß der ASB leider nicht berücksichtigt werden könne.

Es ist ja nicht so, daß der ASB kein Verständnis dafür aufbringt, daß bei 300 verschiedenen Anträgen die Auswahl nun mal nicht einfach ist. Worüber er sich allerdings wundert, ist die Tatsache, daß in den vergangenen 25 Jahren verschiedene soziale Einrichtungen bei der Verteilung berücksichtigt wurden, dem ASB eine solche Würdigung jedoch nicht zukommen soll. Deshalb darf die Frage gestellt werden, ob die Ablehnung der ASB-Briefmarke Gedankenlosigkeit oder sogar eine diskriminierende, politisch gewollte, Brückierung ist.

Zum Beispiel erhielten eine Sonderbriefmarke:

- 1961 50 Jahre Pfadfinder-Bewegung in Deutschland
- 1963 100 Jahre Internationales Rotes Kreuz
- 1965 100 Jahre Seerettungsdienst
- 1968 100 Jahre Gewerkschaften
- 1969 Malteser Hilfsdienst
- 1974 125 Jahre Diakonie
- 1980 100 Jahre Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
- 1982 100 Jahre CVJM (Christlicher Verein junger Männer)
- 1986 100 Jahre Deutsche Skat-Kongresse

Für 1988 ist u. a. vorgesehen: 125 Jahre Internationale Vereinigung des Roten Kreuzes und 150 Jahre Mainzer Karneval. Ein Jahrhundert Arbeiter-Samariter-Bund darf sich also nicht in diese Liste einreihen! Dabei haben gerade die Arbeiter-Samariter eine äußerst wechsel-

volle Geschichte hinter sich. Vor hundert Jahren begannen Arbeiter, eine Organisation aufzubauen, die es bis dahin noch nicht gab. Unzureichende Schutzvorkehrungen in Fabriken und tagtägliche Arbeitsunfälle ließen Arbeiter zur Selbsthilfe greifen, Erste-Hilfe-Maßnahmen wurden gelernt und weitergegeben. So entstand eine Organisation, die zunächst im Rettungswesen, im Laufe der letzten hundert Jahre auch in anderen sozialen Bereichen stark geworden ist. Ob Alten- oder Behindertenpflege, Katastrophenschutz oder Auslandshilfe: Der ASB hilft allen Menschen, die diese Hilfe brauchen.

Das Sanitäts- und Rettungswesen sowie soziale Dienste während der Kaiserzeit und der Weimarer Zeit aufzubauen, war unter damaligen Arbeitsbedingungen wahrlich kein Leichtes.

ASB arbeitet mit portugiesischer Ausbildungsorganisation zusammen

Der ASB-Bundesverband hat neben seinen zahlreichen Auslandskontakten seit einigen Monaten eine Zusammenarbeit mit der portugiesischen Ausbilderorganisation APIS begonnen. Die APIS ist ein landesweiter Zusammenschluß der Erste-Hilfe-Ausbilder in Portugal. Die Mitglieder sind zum größten Teil gleichzeitig Mitglieder in einer der portugiesischen Hilfsorganisationen oder Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr. Diese Organisation wird von keiner Seite finanziell unterstützt, sie finanziert sich durch die sehr geringen Mitgliederbeiträge, durch Spenden und durch zu entrichtende Kursgebühren der Teilnehmer. Die finanzielle Situation ist daher sehr prekär.

Die Erste-Hilfe-Ausbildung in Portugal ist in Dauer und Inhalt in etwa vergleichbar mit der Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Erhebliche Unterschiede und daraus resultierende Probleme bestehen jedoch in folgenden Punkten:

- Es gibt keine getrennte bzw. gestufte Ausbildung für Ersthelfer und Sanitätspersonal.
- Jeder Portugiese darf mit einer Erste-Hilfe-Ausbildung im Krankentransport mitarbeiten. Daraus ergibt sich eine unzureichende Ausbildung des freiwilligen Sanitätspersonals und eine Überforderung der Sanitäter bei der Versorgung von Verletzten oder Erkrankten.

Erhebliche Nachteile mußten in Kauf genommen werden, wenn man nicht in monarchistisch und militärisch eingestellten Organisationen Mitglied wurde, sondern bei einer Organisation wie dem ASB, dem „militärisches und nationales Klimbim“, wie man damals sagte, gleichgültig war.

Arbeiter-Samariter waren Verfolgungen ausgesetzt, viele mußten bei Hilfeinsätzen ihre Leben lassen, das Vermögen wurde beschlagnahmt. Und all das soll nicht einmal mit einer Sonderbriefmarke gewürdigt werden? Eine Bundesinstitution, die hundert Jahre aktive Hilfe für Hilfsbedürftige geleistet hat, hätte wahrlich diese Anerkennung verdient.

Die 600 000 Mitglieder des ASB sind über die Entscheidung der Deutschen Bundespost außerordentlich verärgert.

- Jeder Laie mit einer Erste-Hilfe-Ausbildung kann ohne zusätzliche Qualifikation (wie z. B. durch eine Ausbilder-schulung) Ausbilder werden. Es existiert lediglich ein Lehrbuch, das von der APIS herausgegeben wurde.

Es gibt darüber hinaus kein einheitliches Ausbildungsmaterial. Jeder Ausbilder ist für die Beschaffung selbst verantwortlich. Zur Vermittlung des anatomisch-physiologischen Grundwissens existieren weder Folien (da keine Projektoren vorhanden sind) noch Wandkarten, die sich für die Ausbildung am besten eignen würden.

Auf der letzten Ausbildertagung der APIS hatte eine Ausbilderin des ASB-Bundesverbandes Gelegenheit, die Lehrwerke und Ausbildungsmaterialien des Arbeiter-Samariter-Bundes vorzustellen. Die künftige Zusammenarbeit soll in folgenden Aspekten intensiviert werden:

- Kontinuierlicher Informationsaustausch soll stattfinden.
- Die APIS wird Vertreter zu Ausbilderlehrgängen der ASB-Bundesschule entsenden, die somit wichtige Anregungen für die eigene Ausbildung erhalten.
- Da es in Portugal vor allem an Ausbildungsmaterial fehlt, hat der ASB-Bundesverband seine Ortsverbände gebeten, ausgemusterte Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen. kö

Mit dem Motorrad zum Einsatzort



Schwarmstedt, Freitagnachmittag, 16 Uhr. Für die meisten Menschen ist der Feierabend nicht mehr weit, viele genießen schon das Wochenende oder – besser noch – haben Urlaub. Zu Hause, im Schwimmbad oder auf großer Fahrt Richtung Norden oder Süden auf der Autobahn. Für die Besatzung von „Akkon Haland 3-50“ hat der Dienst vor einer Stunde erst begonnen: Dr. Manfred Ludwig und Rettungssanitäter Thomas Brockhausen, das Team des Johanniter-Einsatzmotorrades.

Im ersten Stock eines Gebäudes in Schwarmstedt, 30 Kilometer vor den Toren Hannovers, befindet sich über einer Diskothek mit dem klangvollen Namen „Dolce Vita“ ganz in der Nähe der Nord-Süd-Autobahn A 7 (Hamburg-Hannover) die JUH-Rettungswache, die an Wochenenden Stützpunkt für die Retter mit dem Motorrad ist.

An „Dolce Vita“, süßes Leben, Diskohits oder auch nur flotte Musik aus dem Transistorradio kann die Motorradbesatzung an diesem Wochenendauftritt kaum denken. Schon zwölf Minuten nachdem sie sich über Funk und Telefon bei Polizeieinsatzzentrale und Rettungsleitstelle angemeldet hatten, kam Alarm. „Akkon Haland 3-50, fahren Sie nach Mellendorf, Landesstraße 190, an der Abzweigung nach Celle, Verkehrsunfall“, lautete der Auftrag.

Der erste Einsatz dauerte nicht lange. An der angegebenen Unfallstelle waren zwei Personenwagen zusammengestoßen: Vorfahrt nicht beachtet. Einer der Fahrer hatte eine stark blutende Kopfplatzwunde erlitten. Als Dr. Manfred Ludwig und Thomas Brockhausen mit eingeschalteten blauen Springleuchten und Sirenegeheul auf ihrer schweren

BMW eintrafen, hatten Passanten die Wunde bereits notdürftig abgedeckt. Dr. Ludwig begutachtete die Verletzung kurz, untersuchte den Kreislauf des Patienten und fragte nach möglicher kurzer Bewußtlosigkeit oder Übelkeit – kein Hinweis auf eine Gehirnerschütterung oder Schlimmeres. Wenige Minuten später übergaben Arzt und Rettungssanitäter den Verletzten in die Obhut der Rettungswagenbesatzung, die ebenfalls zum Unfallort gerufen worden war. „Akkon Haland 3-50 wieder einsatzbereit“, meldete Dr. Ludwig, der Fahrer des Notarzt-Einsatzmotorrades, kurz darauf der Rettungsleitstelle über Funk.

Knapp zehn Minuten später erreichen die Männer in ihren orange-signalfarbenen Overalls wieder den Stützpunkt in Schwarmstedt. „Eine gemütliche Tasse Kaffee wäre jetzt genau richtig“, befinden die beiden. Aber daraus wird nichts, zumindest nicht sofort. Bevor die Kaffeemaschine richtig anläuft, schrillt das Telefon. „Autobahnpolizei Fallingb. auf der A 7, kurz vor der Raststätte Allertal in Fahrtrichtung Hannover, ein Auffahrunfall.“ Es wird eine Fahrt mit Hindernissen. Sie macht aber den Wert eines Motorrades im dichten Autobahnverkehr drastisch deutlich. „Stellen Sie sich mal vor, wir müßten hier mit unserem Pkw mit Blaulicht durch“, meint Dr. Ludwig zu Rettungssanitäter Brockhausen, als er die schwere Maschine die letzten 900 Meter vor der Unfallstelle vorsichtig durch den Stau manövriert. Aber diese Erfahrung haben auch die anderen Motorrad-Teams der JUH schon mehrmals gemacht. Besonders der Abschnitt der Autobahn Hannover-Hamburg, der im Einsatzgebiet der JUH liegt, ist für seine Unfallhäufigkeit und die Staus berüchtigt.

Vor der Raststätte haben sich drei Wagen ineinandergeschoben. Im dichten Kolonnenverkehr hatte der Fahrer des ersten Autos plötzlich abbremsen müssen, die beiden nachfolgenden Pkw waren zu dicht aufgefahren. Eine junge Frau erlitt bei dem Aufprall ein sogenanntes Schleudertrauma, fühlte sich kurze Zeit benommen. Dr. Ludwig prüft, ob ein Wirbel verletzt sein könnte, dann helfen der Arzt und „sein“ Rettungssanitäter dabei, die Frau in den eintreffenden Rettungswagen zu bringen.

Autobahneinsatz

Noch zwei weitere Einsätze muß „Akkon Haland 3-50“ an diesem Samstag erledigen und liegt damit in etwa im Durchschnitt von Vergleichstagen. Um 20 Uhr ist für das Team zunächst einmal Feierabend – aber schon 13 Stunden später sind die beiden Männer wieder einsatzbereit, für weitere elf Stunden. „Ganz schön stressig“, meinen gelegentlich Kollegen von Dr. Ludwig, der hauptberuflich als Oberarzt für Anästhesie im Allgemeinen Krankenhaus Celle arbeitet. Aber der 45jährige, der seit langem in der JUH aktiv mitwirkt, winkt jedesmal ab. „In der Woche habe ich weit mehr Streß. Und hier, an den Wochenenden, kann ich das Angenehme sozusagen mit dem Nützlichen verbinden – die Freude am Motorradfahren und das Interesse an der Notfallmedizin.“

Dr. Ludwig war es auch, der die Idee mit dem Motorrad in die JUH gebracht hat. Auf einem Ärztekongreß lernte er die „Erfindung“ kennen und war spontan begeistert. Die Vorteile, so Ludwig, liegen auf der Hand: Einmal ist das Mo-

Mit modernen Hilfsmitteln für den Notfall ist das Motorrad der JUH ausgerüstet.



torrad eben wendiger und schneller, wie das Beispiel vom Einsatz im Stau zeigt — und außerdem liegen die Kosten für ein Motorrad, selbst wenn es, ähnlich wie ein Rettungswagen, mit modernsten Hilfsmitteln für den Notfall ausgerüstet ist, erheblich niedriger als für ein Auto. Schnelligkeit und Wendigkeit sind auch für den Organtransport sehr wichtig. Hier leistet das Motorrad ebenfalls hervorragende Dienste.

Qualifizierte Hilfe

„Das Wichtigste ist und bleibt die schnelle und qualifizierte Erstversorgung am Unfall- oder Notfallort“, betont Dr. Ludwig. „Und da haben wir mit unserem Motorrad ausschließlich positive Erfahrungen gemacht.“ Nur eine Einschränkung gibt es: Die „Retter auf zwei

Rädern“ fahren nur bei Tageslicht. Denn bei Dunkelheit lauern, gerade wenn schnell gefahren werden muß, zusätzliche Gefahren. „Nachts kommen auch die Kollegen im Pkw meist ganz gut durch“, berichten sie. Und auch außerhalb der Urlaubszeit ist die Situation auf den Straßen meist nicht so angespannt. Ab Pfingsten jedoch wird es immer enger — Zeit für den Einsatz des Motorrades. Jedes Wochenende hat ein Arzt-Sanitäter-Team Dienst. Dr. Ludwig wechselt sich mit fünf weiteren Kollegen ab.

Was sagt die Familie? „Die ist bei mir Wochenenddienst gewohnt. Das ist bei Ärzten normal“, berichtet Dr. Ludwig gelassen. Und wie ist das mit dem Urlaub? „Ich fahre nach Spanien“, verkündet der Mediziner und ergänzt: „Mit dem Motorrad natürlich . . .“

Ströbinger/Duveneck

Infektionen — Gefahren für die Rettungs- praxis?

Ein junger Mann bricht in der Wohnung seiner Eltern zusammen, krümmt sich vor Schmerzen, bekommt keine Luft mehr. Die Eltern rufen den Rettungsdienst. Der Rettungswagen kommt, fährt aber ohne den um sein Leben ringenden Mann wieder ab. Die beiden Sanitäter hatten sich geweigert, den an AIDS Erkrankten zu transportieren. Szene aus einem sehr realistischen amerikanischen Spielfilm über die Erfahrungen eines AIDS-Patienten mit seiner Umwelt.

Aber auch bei uns macht sich eine unbegründete AIDS-Hysterie breit, die die Realität außen vor läßt.

AIDS wird durch die Infektion mit dem HIV-Virus übertragen. Nach dem heutigen Stand der Forschung erfolgt eine Übertragung des Virus durch Blut, Kontakt mit virushaltigem Blut und sexuellen Verkehr.

Das im Rettungsdienst tätige Personal wird natürlich viel öfter mit Situationen konfrontiert, in denen Menschen bluten,

als der „Normalbürger“. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit, auf einen AIDS-Patienten bzw. HIV-infizierten Menschen zu treffen, äußerst gering. Dies vor Augen, muß dennoch jede Eventualität berücksichtigt werden.

Führen sie einen normalen Krankentransport durch, d. h. sie stützen und lagern den Patienten, so besteht für sie kein zusätzliches Risiko.

Bei Notfalleinsätzen kann es zu direkten Kontakten mit Blut kommen. Deshalb sollten aus Gründen der Infektionsgefahr Einmalhandschuhe getragen werden. Das gleiche gilt bei eigenen, auch noch so kleinen Verletzungen.

Grundsätzlich wird im Rettungsdienst die Beatmung nur mit den entsprechenden Beatmungshilfen vorgenommen. Die bestehenden Hygienevorschriften sind auch für die AIDS-Vorsorge völlig ausreichend. Natürlich immer vorausgesetzt, daß sie auch eingehalten werden. Besondere Desinfektionsmaßnahmen sind also im Rettungsdienst nicht nötig. Alle handelsüblichen Desinfektionsmittel vernichten das AIDS-Virus. Bisher sind keine Fälle gemeldet worden, in denen sich Ersthelfer oder Rettungssanitäter bei Hilfsmaßnahmen infiziert hätten. Trotzdem sollten die folgenden, auch im neuen Merkblatt 5 der JUH „AIDS“ beschriebenen Sicherheitsmaßnahmen eingehalten werden, um Infektionen zu vermeiden.

Vorbeugungsmaßnahmen

1. Versorgung blutender Wunden/Verletzungen

Grundsätzlich ist der Kontakt mit Blut zu vermeiden.

- Eigene (Bagatell-)Verletzungen sind durch Einmalhandschuhe zu schützen.
- Bei der Versorgung stark blutender Wunden/Verletzungen sind Einmalhandschuhe zu tragen.
- Zum Schutz vor Eigenverletzungen bei Retten unter erschwerten Bedingungen sind Schutzhandschuhe zu tragen.

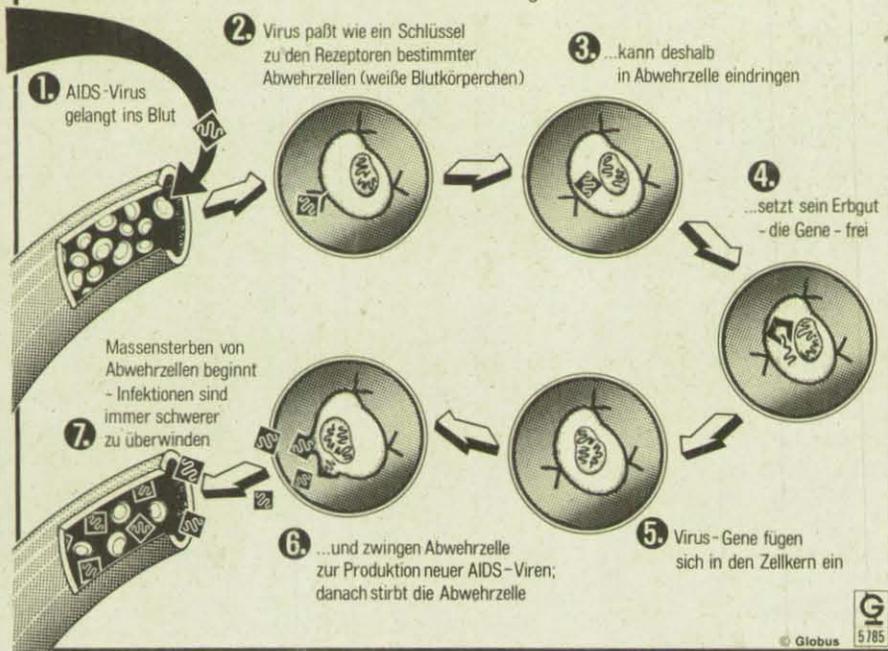
2. Beatmung

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß im Rettungsdienst vorwiegend Maskenbeatmung angewendet wird.

- Bei Atemstillstand ohne gleichzeitige blutende Gesichtsverletzung besteht keine Gefährdung.
- Bei Atemstillstand mit gleichzeitiger blutender Gesichtsverletzung ist der Kontakt mit Blut zu vermeiden. Sollte die Mund-zu-Nase/Mund-zu-Mund-Be-

AIDS: Angriff auf die Polizei des Körpers

Stark vereinfachtes Schema einer bösartig verlaufenden Infektion



atmung erforderlich sein, so sollte ein Hilfsmittel (kleiner Mundtubus/Maske) angewendet werden.

3. Intubation

Mit dem Intubationsbesteck sind dem Arzt grundsätzlich Einmalhandschuhe zur Verfügung zu stellen.

4. Umgang mit Erbrochenem, Stuhl und Urin

Eine direkte Gefährdung ist nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht gegeben.

5. Transport eines AIDS-Kranken

Besondere Maßnahmen sind bei strikter Beachtung der Punkte 1 bis 4 nicht erforderlich.

6. Desinfektion

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand besteht die beste Vorsorgemaßnahme in der strikten Einhaltung der Hygienevorschriften. Dies gilt nicht nur für den Rettungsdienst, sondern auch für die Ausbildung, wo die einschlägigen Vorschriften zur Reinigung/Desinfektion des Beatmungsphantoms unbedingt zu beachten sind. Besondere Desinfektionsmaßnahmen sind nicht erforderlich.

Grundsätzlich kann also festgestellt werden, daß sauberes Arbeiten und die Infektionsübertragung verhindernde Maßnahmen völlig ausreichend sind.

Die AIDS-Diskussion hat ein Problem völlig in den Hintergrund gedrängt, das

aber gerade Beschäftigte im Gesundheits- und Rettungswesen betrifft: die Erkrankung an **Hepatitis-B**. Obwohl

hier in der Bundesrepublik im Vergleich zum Fernen Osten die Hepatitis-B relativ selten auftritt — in Nord-West-Europa sind vier bis sechs Prozent der Bevölkerung mit dem Virus infiziert —, stellt sie doch die bedeutendste Berufskrankheit aller medizinischen Berufe dar. Die Infektionsrate beträgt immerhin 15 bis 26 Prozent. Hepatitis-B ist eine Infektionskrankheit, die ebenfalls hauptsächlich durch Blut übertragen wird. Immerhin zehn Prozent der Erkrankungen werden chronisch. Die Folge können schwere Leberschäden, Leberzirrhose und Leberkrebs sein. Daher ist die vorbeugende Impfung all jener, die sich berufsbedingt infizieren können, dringend notwendig. Im Rettungseinsatz ist man ständig in Gefahr, bei der Bergung oder Behandlung von Verletzten mit deren Blut in Berührung zu kommen. Handelt es sich um Hepatitis-B-Virussträger, so besteht die Möglichkeit der Infektion. Dieses Risiko kann nur durch eine Impfung vermieden werden.

Nähere Informationen enthält der Verwaltungsleitfaden Nr. 17 „Gesundheitliche Vorsorge“.

msk

Johanniter gingen in die Luft

Idarwald-Kaserne, Rhauen im Hunsrück, eine wunderbare Landschaft, aber „am Ende der Welt“: 9.42 Uhr, donnern des Getöse, in niedriger Höhe legen sich zwei Transporthubschrauber der

Bundeswehr in die Kurve. Das ausgelegte Landekreuz wird schnell eingezo-gen. Unter einem Schwall aufgewirbelten Blütenstaubs landen die beiden Hubschrauber. Am Heck öffnen sich



Bereit für den Katastrophenfall: ein Operationssaal im Reservelazarett.

Klappen. Heraus steigen die Teilnehmer der diesjährigen Landesärztetagung der Johanniter. Noch etwas benommen von dem halbstündigen Flug ab Mannheim-Seckenheim, ist nun ein Frühstück in der Kantine sehr willkommen.

Die Idarwald-Kaserne ist eines der „Reserve-Lazarette“ der Bundeswehr. Auf der Tagesordnung der 11. Landesärztetagung der Johanniter stand unter anderem ein Erfahrungsaustausch mit dem Gastgeber. Territorial-Kommandoarzt Dr. Tegtmeyer, Oberleutnant Städle und Oberleutnant Kirchhoff bezogen deutlich Position: Eine Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den zivilen Rettungsdiensten ist erwünscht, und bei einer zivilen Katastrophe versprache eine internationale Zusammenarbeit aller

zivilen und militärischen Rettungsdienste eine optimale Katastrophenbewältigung.

Hauptthema der Ärztetagung und Schwesternhelferinnen-Fortbildung war der Einsatz von Ketamin in der Notfallrettung, ein Fachvortrag von Dr. Gorgass, Solingen. Anhand einiger praktischer Einsätze zeigte Dr. Gorgass die Vorteile von Ketamin als Narkose- oder Schmerzmittel gegenüber anderen angewandten Narkotika auf.

Als Beobachter einiger ziviler Katastrophenfälle sparte Dr. Gorgass nicht mit Kritik. Bei einem Massenansturm von Verletzten sei es den Rettungsdiensten oft darauf angekommen, die vielen Verletzten möglichst schnell ins nächste Krankenhaus zu bringen. Dadurch sei die Katastrophe vom Katastrophenort ein-

fach ins Krankenhaus verlegt worden. Gorgass weiter: Es gebe eine riesige Menge Narkose- und Schmerzmittel, die in solchen Fällen je nach Vorzug des jeweiligen Arztes vor Ort gespritzt werden. So komme es zu schwer einschätzbaren Situationen für die weiterbehandelnden Ärzte. Ein bekanntes und wegen seiner geringen Nebenwirkungen gut einsetzbares Schmerzmittel wie Ketamin sei unbedingt anderen vorzuziehen.

Für die Leitung und Durchführung dieser Ärztetagung war auch diesmal wieder Landesarzt Dr. Hans-Werner Schwenker verantwortlich.

Werner Möhring

Schwesterorganisation der JUH in Italien feiert zehnjähriges Bestehen

Zehnjähriges Bestehen feiert in diesem Jahr die Soccorso dell'Ordine di San Giovanni Italien (SOGIT), die 1977 gegründet wurde. Ihre Satzung enthält dieselben Aufträge, die auch der Arbeit der JUH in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 zugrunde liegen. Gemeinsam kann man auf eine sehr gute Zusammenarbeit zurückblicken. SOGIT ist inzwischen in Italien anerkannt und hat beachtliche Leistungen erbracht.

Am Abend des 6. Mai 1976 wurde die Region Friaul in Italien von einem schweren Erdbeben heimgesucht. Bereits kurz nach der Katastrophe schickte die JUH ein Team in das italienische Erdbebengebiet und half unermüdet

bei den Aufräumarbeiten und dem Wiederaufbau. Während des Aufenthaltes in Italien entwickelte sich zwischen der evangelischen Gemeinde Triest und der JUH eine enge und gute Zusammenarbeit. Hierbei wurde der Gedanke geboren, auch in Italien eine Schwesterorganisation aufzubauen. Nach vielen organisatorischen Vorleistungen war es dann am 12. 6. 1977 soweit. Das Gründungsprotokoll der Soccorso dell'Ordine di San Giovanni Italien (SOGIT) konnte unterzeichnet werden. Ihr Präsident wurde Otto Betz-Güttner. Als Sitz wählt man wegen der günstigen geographischen Lage Triest.

Zu den ersten Aufgaben der SOGIT gehörte der Fahrdienst für behinderte

Menschen. Es wurden viele Aktivitäten unternommen, die SOGIT bekanntzumachen. Die Organisation wuchs zwar langsam, arbeitete aber sehr gut mit den örtlichen Unternehmen zusammen und konnte so ihre Aufgabengebiete erweitern.

1981 kam Riccardo Sovrano zur SOGIT, der auf Grund seiner Erfahrungen und organisatorischen Kompetenz schon bald Vizepräsident wurde. Otto Betz-Güttner und Riccardo Sovrano gaben der SOGIT die nötigen Impulse, ihre Arbeit zu intensivieren und auszubauen, immer unterstützt von der Schwesterorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Für viele Johanniter in Italien ist 1983 das Schlüsseljahr. Mit einer geräumigeren Unterkunft und mit vielen neuen Helfern machte man einen großen qualitativen Sprung. Erste Hilfe und Herz-Lungen-Wiederbelebungskurse kamen als neue Aufgaben hinzu. Der Kranken- und Sanitätsdienst wurde ausgebaut und die überregionalen Aktivitäten intensiviert, was 1986 zu einem zweiten Standort in Este-Montagnana in der Region Padua führte.

Zehn Jahre sind für eine Hilfsorganisation noch eine recht kurze Zeitspanne. Die SOGIT kann aber mit dem bisher Geleisteten zufrieden sein. In der Zukunft gilt es, die SOGIT landesweit auszubauen, um in ganz Italien den Kranken, Schwachen und Bedürftigen Hilfe leisten zu können.

msk



Wilhelm Graf v. Schwerin überbringt die Glückwünsche der bundesdeutschen Johanniter (rechts Präsident Otto Betz-Güttner und Vizepräsident Riccardo Sovrano).

28. Bundesversammlung des MHD in Memmingen

„Entwurf eines Rettungsassistenten-Gesetzes ist ein gangbarer Weg“

Bayerns Innenminister Lang plädierte für ein gesetzliches Berufsbild für das im Rettungsdienst eingesetzte Personal

„Die Schaffung eines gesetzlichen Berufsbildes für das im Rettungsdienst eingesetzte Personal ist aus fachlichen und rechtlichen, aber auch gesundheits- und sozialpolitischen Gründen zwingend erforderlich. Eine gesetzliche Regelung darf aber nicht zur generellen ‚Verhauptamtlichung‘ des Rettungsdienstes führen. Vielmehr muß Rettungsdienst weiterhin eine Aufgabe von haupt- und ehrenamtlichen Helfern bleiben. Der vom Bundesgesundheitsministerium im März dieses Jahres vorgelegte Entwurf eines Rettungsassistentengesetzes ist ein gangbarer Weg, um beiden Anliegen gerecht zu werden“, erklärte Bayerns Innenminister August R. Lang bei der Eröffnung der Bundesversammlung des Malteser-Hilfsdienstes in Memmingen.

Bayern habe den höchsten Anteil an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Rettungsdienst. Im letzten Jahr hätten sie allein in der „Landrettung“ über 3,1 Mio Einsatzstunden geleistet. Die Mitarbeit der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Rettungsdienst sei unverzichtbar, meinte Lang weiter.

„Organisation und Ausstattung des Rettungsdienstes wurden immer weiter verbessert. Andererseits hat die Ausbildung des im Rettungsdienst tätigen hauptamtlichen Personals damit nicht Schritt halten können. Zwischen dem medizinisch-technischen Fortschritt und der fachlichen Ausbildung tat sich eine immer größere Kluft auf. Auch die Ausbildung auf der Grundlage des sogenannten 520-Stunden-Programmes stellt keinen einheitlichen Leistungsstandard sicher. Da bei vielen Einsätzen der Rettungsassistenten den Notfallpatienten allein versorgen muß, gilt es, auf der einen Seite eine verbesserte und gesetzlich abgesicherte Ausbildung insbesondere für das hauptamtliche Rettungsdienst-

personal zu schaffen. Auf der anderen Seite muß dafür Sorge getragen werden, daß dem Ehrenamt im Rettungsdienst auch künftig sein Platz als gleichberechtigter Partner erhalten bleibt“, so der Innenminister.

Der Entwurf eines Rettungsassistentengesetzes, der auf Bundesebene die grundsätzliche Zustimmung aller Hilfsorganisationen gefunden habe, regule die zweijährige Ausbildung zum Rettungsassistenten und den Schutz dieser Berufsbezeichnung. Eine großzügige Übergangsregelung ermögliche es vielen ehren- und hauptamtlichen Rettungsassistenten, in den Genuß der Anerkennung als Rettungsassistent zu kommen, betonte Lang.

„Entscheidend ist aber, daß neben dem Rettungsassistenten wie bisher ehren-

amtliche Helfer mit einer 520-Stunden-Ausbildung als ‚Rettungsassistent‘ im Rettungsdienst einsetzbar bleiben. Es soll den Ländern vorbehalten bleiben, zu regeln, welche Personen mit welcher Qualifikation im Rettungsdienst einsetzbar sein werden. Die Länder beabsichtigen, lediglich die Besetzung der in der Notfallrettung eingesetzten Rettungs- und Notarztwagen mit je einem Rettungsassistenten vorzuschreiben. Daneben können auf diesen Fahrzeugen weiterhin auch nach dem 520-Stunden-Programm ausgebildete Rettungsassistenten Dienst tun. Für den normalen Krankentransport bleiben Rettungsassistenten ohnehin unbeschränkt einsetzbar.“

Nach Langs Auffassung bleibt mit dieser Regelung für die Mitwirkung ehrenamtlicher Helfer im Rettungsdienst auch in Zukunft ein weiter Raum bestehen.

Bayerns Innenminister Lang spricht vor den Delegierten der 28. MHD-Bundesversammlung.



„Der Malteser-Hilfsdienst hat vom Freistaat Bayern seit 1981 mehr als 400 000 DM für die Aufstellung von acht „Bayerischen Sanitätszügen“ erhalten. Bei den in Bayern insgesamt 54 Sanitätszügen handelt es sich um landeseinheitlich ausgestattete Sanitätseinheiten, die bei einem Massenansturm von Verletzten, der von den Einrichtungen des Rettungsdienstes nicht mehr alleine bewältigt werden kann, unterstützend eingreifen sollen. Die Aufstellung dieser Sanitätszüge hat der Freistaat Bayern seit 1981 mit insgesamt ca. 3,2 Mio DM gefördert.“

Lang stellte weiter fest, daß sich der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich mit dem Ausland keineswegs zu verstecken brauche. „Viele der bei uns geschaffenen Einrichtungen und Organisationsformen waren und sind richtungsweisend für ähnliche Vorhaben in unseren Nach-

barländern, aber auch im außereuropäischen Ausland. Gleichwohl sind auch bei uns Verbesserungen notwendig. So befaßt sich seit Ende letzten Jahres als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl im Auftrag der Innenministerkonferenz eine Bund/Länder-Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Hilfsorganisationen, der kommunalen Spitzenverbände sowie des Deutschen Feuerwehrverbandes intensiv mit der „Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes“. Lang bat um Verständnis dafür, daß weitreichende Änderungen naturgemäß nicht von heute auf morgen beschlossen und umgesetzt werden können.

Allen aktiven Helferinnen und Helfern im Malteser-Hilfsdienst, aber auch in den übrigen Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden, sprach Lang den Dank und die Anerkennung der Bayerischen Staatsregierung aus.

gierungen, Behörden und Parteien vielfach unzureichend unterstützt. Der Katastrophenschutz ist kein werbewirksames Thema. Nicht zuletzt deshalb steht die öffentliche Meinung nicht auf Seiten des Katastrophenschutzes. Mangelnde Informiertheit und Passivität kennzeichnen die Situation in der Bevölkerung.

- Es fehlt an den erforderlichen finanziellen Mitteln. Viele gute Ansätze in den zurückliegenden Jahren zur Verbesserung des Katastrophenschutzes scheiterten, weil letztlich das Votum derer den Ausschlag gab, die über den Haushalt zu beschließen haben.
- Das Finanzierungsverfahren erschwert die Verwendung der ohnehin knapp bemessenen KatS-Mittel. Der Verwaltungsablauf des Katastrophenschutzes ist zu umständlich und bedeutet für die ehrenamtlichen Führungskräfte eine ständige Überforderung.

Der Malteser-Hilfsdienst fordert deshalb zur Verbesserung der KatS-Vorsorge:

1. Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Hilfsorganisationen im öffentlichen KatS mit dem Ziel, diese nicht nur durch die Bereitstellung von KatS-Einheiten, sondern als beauftragte Organisationen in echter Partnerschaft und unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips mitwirken zu lassen.
2. Abstimmung und Vereinheitlichung der Vorschriften und Maßnahmen von Bund, Ländern und Hilfsorganisationen mit dem Ziel, Helfer und Hilfsmaterial kurzfristiger und flexibler einsetzen zu können, wann immer das Leben eines oder vieler Menschen bedroht ist.

MHD fordert Verbesserung der Katastrophenschutz-Vorsorge

Anläßlich der 28. Bundesversammlung des MHD vom 19. bis 20. September 1987 in Memmingen faßten die Delegierten eine Resolution zur Mitwirkung im Katastrophenschutz folgenden Wortlauts:

Die Katastrophenschutz(KatS)-Einheiten der Hilfsorganisationen bilden das Rückgrat des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland. Sie haben ihren Einsatzwillen in zahlreichen Katastrophenfällen bewiesen. Die Mitwirkungsbedingungen drohen jedoch zu einer untragbaren Belastung zu werden, und zwar insbesondere aus folgenden Gründen:

- Die KatS-Einheiten sind zu einem großen Teil nicht einsatzfähig. Vielerorts fehlt es schon an der Mindestausstattung. Die vorhandene Ausstattung ist vielfach überaltert.
- Die Möglichkeiten zur Ausbildung der Führungskräfte sind insgesamt unzureichend.
- Viele Helfer sind aufgrund der mangelhaften Ausstattung der KatS-Einheiten und weiterer Erschwernisse lustlos geworden, sie engagieren

sich mehr und mehr in anderen Aktivitäten der Hilfsorganisationen.

- Seit Jahren werden die Belange des Katastrophenschutzes von den Re-

Auch MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen plädiert für eine Verbesserung des Katastrophenschutzes.



3. Bereitstellung der für eine sachgerechte Ausstattung und Ausbildung der KatS-Einheiten und ihrer Einsatzkräfte erforderlichen Mittel. Der MHD ist unverändert bereit, entsprechend seinen eigenen finanziellen Möglichkeiten dazu seinen Beitrag zu leisten.

4. Vereinfachung des Abrechnungsverfahrens sowie Zuweisung der öffentlichen KatS-Mittel unmittelbar an die beauftragten Hilfsorganisationen.
5. Verstärkte Bemühungen um mehr Verständnis und Akzeptanz in der Bevölkerung für die Notwendigkeit

eines funktionierenden Katastrophenschutzes sowie entsprechendes Verantwortungsbewußtsein bei den politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen. Der MHD ist bereit, auch dazu seinen Beitrag zu leisten.

Erste-Hilfe-Wissen unter Beweis gestellt

Beim 6. Bundesleistungswettbewerb des Malteser-Hilfsdienstes, der in diesem Jahr in Straubing ausgetragen wurde, überprüften 18 Sanitätsgruppen ihr theoretisch und praktisch erworbenes Erste-Hilfe-Wissen. Unter der Schirmherrschaft des bayerischen Staatsministers für Umweltfragen, Alfred Dick, der den Malteser-Hilfsdienst als eine Organisation darstellte, die einen großen Dienst an Staat und Gesellschaft leiste und mit seiner Arbeit ein Beispiel gelebter Selbst- und Mitverantwortung gebe, wurde der Wettbewerb am 12. und 13. September durchgeführt. Der Staatsminister betonte in seinem Grußwort, daß die Malteser einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung in den Bereichen der Krankenpflege, der Katastrophenabwehr und vor allem der Ersten Hilfe leisteten.

In einem 10-Stationen-Parcours, in dem verschiedene Notfälle – vom Verkehrsunfall bis hin zur Messerstecherei – zu diagnostizieren waren, hatten die Helfer dann unverzüglich die richtigen Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen. Sieger des Wettbewerbs wurde die Sanitätsgruppe Karlsbach aus der Diözese Passau, gefolgt von Traunstein aus der Erzdiözese München-Freising und Nettetal aus der Diözese Aachen.

Der Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, Dieter Graf Landsberg-Velen, hob bei der Siegerehrung das Leistungsniveau der angetretenen Teams heraus, die den gestiegenen Wettbewerbsanforderungen gerecht wurden. Erstmals wurde ein Kreativitätsparcours durchgeführt, der unter dem Motto „Malteser im Jahre 2000“ stand. In drei verschiedenen Gruppen konnten die Teilnehmer ihr künstlerisches Geschick zur Geltung bringen.

Unter den kritischen Augen der Schiedsrichter hatten die Helferinnen und Helfer 10 Erste-Hilfe-Stationen zu bewältigen.



Pro Station hatten die Gruppenmitglieder 20 Minuten Zeit, die verschiedenen Notfälle zu diagnostizieren, um dann unverzüglich die richtigen Erste-Hilfe-Maßnahmen zu ergreifen.



Rechts: Die siegreiche Sanitätsgruppe aus Karlsbach (Diözese Passau) erhält vom Bayerischen Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick, den Sonderpreis. Das Team erreichte 1176 von 1400 möglichen Punkten.

Eine Ambulanz für die Armen

Noch im Frühjahr glich das Erdgeschoß des Conventes in der Rua do Perdoes einem dunklen, muffigen Gewölbekeller, in dem sich Fledermäuse so richtig wohlfühlten. Heute sind Maurer und Fliesenleger dabei, die letzten Arbeiten zur Fertigstellung der künftigen Ambulanz zu verrichten. In Kürze steht die Einweihung an. Dann werden „Unsere Partner“ in Salvador über eine Ambulanz verfügen, in der Allgemeinmediziner, Gynäkologen, Kinder- und Zahnmediziner sowie ein Apotheker einen kostenlosen Gesundheitsdienst für die Armen anbieten werden. Für viele der Bewohner rund um das Colegio in Devino Mestre wird es die erste medizinische Betreuung in ihrem Leben sein.

Die Behandlung ist kostenlos, damit insbesondere die Bewohner aus Salvadors Favelas einen Arzt aufsuchen können. Denn vom Salario mínimo — dem Mindestlohn —, der bei galoppierender Geldentwertung umgerechnet nicht einmal DM 130,— pro Monat ausmacht, können die Kosten für die Gesundheitsvorsorge nicht gezahlt werden. Eine Sozialversicherung für die Armen gibt es nicht, weil die Beiträge ohnehin den gesamten Arbeitslohn verschlingen würden. In der 1,5-Millionen-Stadt ist die medizinische Versorgung nur mit der Lage in einem Katastrophengebiet vergleichbar. In den Ambulanzen der wenigen Krankenhäuser liegen dicht gedrängt die Patienten, die oft stundenlang auf eine ärztliche Untersuchung warten müssen. Dabei setzt die Aufnahme in den Behandlungsraum stets einen akuten Krankheitszustand voraus. Patienten, die keiner dringenden Behandlung bedürfen, warten zu Hunderten auf den Fluren und Gängen der Hospitäler. Kommen sie endlich an die Reihe, bleibt die Untersuchung oberflächlich und flüchtig. Röntgen- und Laboruntersuchungen können für die Masse der Erkrankten nicht vorgenommen werden.

Nur Patienten mit schwersten Leiden werden stationär aufgenommen.

Völlig unzureichend ist vor allem die Versorgung der Kinder. Die zum Teil unterernährten und verwahrlosten Geschöpfe werden vielfach erst dann gebracht, wenn jegliche Hilfe zu spät ist. Halb verhungert oder durch gefährliche Darminfektionen ausgetrocknet, werden sie dem völlig überlasteten Krankenpflegepersonal übergeben. Selbst auf der Intensivstation des einzigen Kinderkrankenhauses in Salvador ist niemand, der sich hinreichend um die Kinder kümmern könnte. Das Personal ist zwar qualifiziert, aber aufgrund der hohen Patientenzahl völlig überfordert.

„Unsere Partner“ in Salvador wissen, daß mit der Einrichtung der neuen Ambulanz diese Zustände nur unwesentlich geändert werden können. Dennoch: Für den einzelnen ist die Schwangerschaftsvorsorge, die zahnärztliche Behandlung

oder die Heilung einer Darminfektion ein gewaltiger Fortschritt in der Gesundheitsfürsorge. Die Juventude Socorro Maltes (JSM) wird hierzu ihren Beitrag leisten können. Nach monatelangem Tauziehen mit den Finanz- und Zollbehörden wurden der eingeführte Krankenwagen, das Ausbildungsmaterial und die Second-Hand-Kleider endlich freigegeben. Sobald die Ausbildung der Jugendlichen abgeschlossen ist, werden sie Kranken- und Verletztentransporte übernehmen und in der Ambulanz einfache Wundbehandlungen und Pflegemaßnahmen durchführen.

Die letzte Bauphase in Salvador wird schließlich der JSM direkt zugute kommen, indem Unterrichts- und Ausbildungsräume errichtet werden. Die deutschen Malteser haben für diese Baumaßnahme bislang mehr als DM 70 000,— zur Verfügung gestellt.

Martin Pfeifer

Auf der Baustelle entsteht die 195 Quadratmeter große Ambulanz, die fünf Behandlungsräume und eine Apotheke haben wird.



Mal etwas anderes

Schwesternhelferinnen-Gruppen im Leistungsvergleich

Erst mußte ein schriftlicher Test absolviert werden. Dann waren praktische Fertigkeiten gefragt: Erste-Hilfe-Maßnahmen am Unfallort, das Betten, Lagern und Bewegen von Langzeitkranken, die Vorbereitung von Infusionen und Injektionen und vieles mehr. Das alles mußten die neun Schwesternhelferinnen-Gruppen aus dem Offizialatsbezirk Oldenburg beherrschen, als sie sich zum Leistungsvergleich in Wildeshausen trafen.

Sieger des Wettkampfes wurde die Gruppe aus Neunkirchen vor Vechta und Visbek.

Landesgeschäftsführer Alois Kamlage wies bei der Siegerehrung auf den Sinn solcher Veranstaltungen hin: „Sie dienen dazu, einen einheitlichen Ausbildungsstand der Schwesternhelferinnen zu gewährleisten, das einmal erworbene Wissen aufzufrischen und das Kennenlernen der Gruppen zu ermöglichen.“ Daß das gelungen ist, zeigte sich bei einem lustigen Grillabend zum Abschluß der Veranstaltung.

Präsident Struve:

„... mit dem Vorsatz sparsamer Haushaltsführung beim Bund nicht vereinbar! Trotzdem werden wir ...“

Ansprache auf der Delegiertenversammlung des DFV am 20. 6. 1987 in Rendsburg

Es ist die Aufgabe des Präsidenten, den Delegierten über das vergangene Jahr einen Bericht vorzulegen. Wegen des in diesem Jahr vorgelegten schriftlichen Berichtes möchte ich mich darauf beschränken, nur noch einige Punkte anzusprechen, zu einigen aktuellen Vorgängen Stellung zu nehmen. Ich möchte versuchen, dieses so objektiv, wie man es als Betroffener nur kann, anzusprechen.

Jahresbeträge

Im Jahre 1986, das konnten Sie schon dem Jahresbericht für 1985 entnehmen, wurden vom Bundesinnenministerium die Richtzahlen für die Berechnung der Jahresbeträge/Selbstbewirtschaftungsmittel (für die Einheiten des Erw. KatS) überarbeitet und neu festgesetzt. Wir haben sicherlich Verständnis dafür, daß manche Haushaltsposten bei knapper werdenden Haushaltsmitteln überdacht werden müssen und daß hier oder da sogar Kürzungen zu erfolgen haben und daß keine Anhebungen bzw. Ausgabenanpassungen erfolgen können. Wofür wir aber kein Verständnis haben ist, daß hierbei einseitige Einsparungsmaßnahmen zu Lasten des Brandschutzdienstes in Höhe von über 20% vorgenommen wurden. Daraufhin sind zwischen BMI und DFV Gespräche geführt worden – und ich habe persönliche Gespräche geführt –, die vom Verständnis für die Anliegen beider Seiten bestimmt waren. Ich bin der Meinung, daß wir als Verband einen entgegenkommenden Schritt taten, indem eine mit dem BMI getroffene Vereinbarung vorsieht, daß in Zukunft die Mittelkürzungen für den Brandschutzdienst nur noch bei ca. 10% liegen werden, wobei wir zusätz-

lich vereinbaren, über bestimmte Punkte nochmals zu sprechen, um auch hier Verbesserungen herbeizuführen.

Dieses Gespräch sollte gleichzeitig, das war die Meinung der Beteiligten, für ein Vertrauen in die Zukunft werben. Leider ist bis heute – nach einem halben Jahr – vom Bundesinnenministerium noch keine konkrete Aussage gemacht worden, ob diese Vereinbarungen vom Dezember 1986 eingehalten werden bzw. eingehalten werden können. Wenn ich betonte, daß dieses Gespräch auch als eine Brücke des Vertrauens und des gegenseitigen Verhandeln bewertet wurde, so muß ich hierzu feststellen, daß dieses Gespräch für uns auch ein Prüfstein ist, inwieweit wir weiterhin Vertrauen entgegenbringen können.

ABC-Dienst

„Tschernobyl“ und „Sandoz“ haben viel bewegt; sie haben bei Bund und Ländern zu einem Tagungsboom geführt; aber auch leider dazu, daß vieles nebeneinander behandelt wird, obwohl diese Probleme nur gemeinsam zu lösen sind. Katastrophen halten nun eben nicht an Länder- oder Staatsgrenzen an. Deshalb erwarten wir, daß man in dieser Situation einmal über die „enge Brille“ der Kompetenzzuständigkeiten hinwegschaut, um die Probleme gemeinsam zu lösen. Unmittelbar nach dem Unglück „Tschernobyl“ wurde sehr zügig gehandelt, es wurden vom Bund u. a. Verlautbarungen herausgegeben, in denen es damals hieß, daß zusätzlich 10 ABC-Züge beschafft werden. Ich habe dieses zum Anlaß genommen – da nach den Verwaltungsvorschriften des KatS der ABC-Dienst den Feuer-

wehren zu übertragen ist und der Deutsche Feuerwehrverband in Abstimmung mit seinen Landesverbänden sich zu dieser Übernahme bereiterklärte –, in einem Schreiben an den Bundesinnenminister Dr. Zimmermann darauf hinzuweisen, daß die Feuerwehren bereit sind, diese zusätzlichen ABC-Züge zu übernehmen und daß die Mannschaften, sprich die Feuerwehrmänner, dafür zur Verfügung stehen. Außerdem habe ich in diesem Schreiben für alle schon bestehenden ABC-Züge geltend darauf hingewiesen, daß es neben der Neubeschaffung ebenso wichtig ist, die aufgestellten ABC-Züge, wo notwendig, zu komplettieren. Im Antwortschreiben des Bundesinnenministers heißt es u. a., daß er es begrüßt, daß die Feuerwehren zur Übernahme der neuen ABC-Züge bereit sind, und daß eine flächendeckende Stationierung von ABC-Zügen im Grunde genommen nur über Einheiten der Feuerwehren zu erreichen ist.

Um so verwunderter sind wir nun, daß ich einem Schreiben des Bundesinnenministeriums vom März 1987 – ob ich Ihnen den Namen des Unterzeichners (Dr. Ammermüller) oder die Abteilung (KN 8; früher ZV 8) nenne oder nicht, denn damit können Sie vermutlich wenig anfangen – an Landesbeauftragte des Technischen Hilfswerks entnehmen mußte, daß diese aufgefordert werden festzustellen, ob die 10 ABC-Züge nicht in THW-Einheiten untergebracht werden können. Aus der Sicht des Technischen Hilfswerks habe ich dafür vielleicht noch Verständnis. Was ich aber nicht verstehe, ist, daß man im BMI in allen Gesprächen vorher über vertrauensbildende Maßnahmen spricht, wenn man uns dazu anhält, mit zu überlegen, wie mit weniger Haushaltsmitteln die gleichen

Aufgaben erfüllt werden können, daß man nun in diesem Schreiben feststellt, daß das THW bei Übernahme der zusätzlichen ABC-Züge die Möglichkeit zur Aufstellung neuer Ortsverbände, zur Einstellung zusätzlicher Helfer und zum Bau von neuen Unterkünften erhalten kann.

Ich bin der Meinung, dies ist mit dem Vorsatz einer sparsamen Haushaltsführung beim Bund nicht vereinbar! Trotzdem werden wir aber weitere Gespräche führen, weil wir miteinander sprechen und verhandeln müssen, weil wir Gespräche führen müssen der Sache wegen. Es kann hier nicht darum gehen, daß der eine oder andere sich auf Kosten des anderen profilieren will, sondern hier geht es ganz einfach um den Schutz unserer Bevölkerung, um den Schutz der Bürger unseres Staates, und dabei sollten die Aufgaben von denen wahrgenommen werden, die sie bislang wahrgenommen haben. Ich bin auch der Meinung, daß die Gespräche weiterzuführen sind, nicht weil wir unter Druck stehen oder weil wir müssen, sondern weil wir als Feuerwehr stark genug sind, diese Gespräche zu führen. Hier nützt Ihnen, meine Herren des Bundes, auf die Dauer nur ein starker Partner etwas. Ein Partner, mit dem Sie etwas anfangen können, wenn die Katastrophe da ist, von dem Sie wissen, da stehen über eine Million Bürger bereit, sich einzusetzen.

Zivilschutzgesetzgebung

Das Zivilschutzgesetz – mit dem Sie, Herr MinDirig Beyer, „zu kämpfen“ und zu arbeiten haben, bei dem Sie versuchen, alle Strömungen, alle Ideen unter einen Hut zu bringen – wird uns sicherlich in nächster Zeit wieder beschäftigen. Ich bitte schon jetzt darum, auch uns rechtzeitig einzuschalten, aber nicht in der Form, daß wir zum Urlaubsbeginn die Entwurfsunterlagen vom BMI erhalten mit der Terminierung, nach Urlaubsende dem Ministerium eine Stellungnahme auf den Tisch zu legen. An dieser Stelle möchte ich auch deutlich sagen: Der letzte Entwurf des Zivilschutzgesetzes ist nicht – zumindest aus der Sicht der Feuerwehr, ich kenne auch einen Teil der Argumentationen der Hilfsorganisationen – gescheitert, weil wir zu große zusätzliche finanzielle Forderungen hatten, sondern lassen Sie es mich einfach sagen, weil wir einsparen wollten. Wir wollten u. a. einsparen in der komplizierten und zeitaufwendigen Verwaltung, wir wünschten ein einfacheres Verwaltungsverfahren in KatS, denn die freiwilligen ehrenamtlichen Helfer in allen Organisationen müssen hiermit arbeiten können und es darf nicht Platz greifen, daß die Helfer durch Verwaltungsvor-

schriften und nochmals Verwaltungsvorschriften so gehindert werden, daß man nicht mehr zur Arbeit kommt.

Die Feuerwehren versehen seit über 175 Jahren ihren Dienst, nicht, weil zu Beginn ein Gesetz oder eine Verwaltungsvorschrift stand, sondern weil in den Gemeinden staatsbewußte Bürger waren, die nach dem Vorsatz handelten, „Dinge, die man selbst regeln kann, muß man auch selbst in die Hand nehmen“; Bürger, die aus ihrem Gewissen und aus ihrem Innersten heraus für die Arbeit, für die Hilfe waren. Dieses ist auch heute in den Freiwilligen Feuerwehren noch so. Seitens des Staates kann man alles versuchen zu reglementieren, man kann alles verwalten wollen, aber eines kann man nicht reglementieren: die Freiwilligkeit, die Ehrenamtlichkeit, die aus dem Herzen kommt. Dieses muß vom Helfer, vom Bürger selber beigesteuert werden. Bei der weiteren Beratung zur Zivilschutzgesetzgebung habe ich die Hoffnung – und auf unserer Seite ist auch ein ehrliches Bemühen –, zu einer Lösung zu kommen, die tragbar ist für diejenigen, die das Gesetz erfüllen sollen, die letztlich am Tage X im Einsatz stehen. Ich habe noch die Aussage von Minister Dr. Zimmermann im Ohr, der zum Ausdruck brachte, kein Gesetz zu veranlassen, das den Widerstand vom DFV und den Hilfsorganisationen hervorruft. Deshalb sollte der Entwurf so gemacht werden, daß wir und die Hilfsorganisationen zustimmen können, dann wird dieses Gesetz auch den Weg durch die parlamentarischen Instanzen nehmen.

Umweltschutz

Lassen Sie mich auch noch etwas über den Umweltschutz sagen: Umweltschutz ist in aller Munde, Umweltschutz ganz neu. Dabei sollte es allen nicht erst seit dem Brand „Sandoz“ bewußt geworden sein, daß ein Brand auch als Umweltschädigung eingestuft werden kann. Sicherlich werden künftig neben den Gefahren für Leben und Gesundheit, für Eigentum und Besitz auch die Gefahren für Luft und Wasser mehr zum Gegenstand unserer vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen werden müssen. Der insbesondere von Politikern aufgegriffene Ruf nach dem „Löschwasserauffangbecken“ war dafür ein deutliches Indiz. Ein „Löschwasserauffangbecken“ mag in bestimmten Fällen seine Berechtigung haben, doch ist es sicherlich das letzte Glied in der Kette vorbeugender Maßnahmen zur Verhinderung von Umweltschäden. Alle seither bekannten und üblichen Vorkehrungen gegen Brandentstehung und Brandausbreitung sind wirksamere Methoden der Schadensbegrenzung, als letzt-

lich nach einem eingetretenen Schaden das Löschwasser auffangen zu müssen. Betrachten wir den Bereich der Brandbekämpfung und insbesondere der technischen Hilfeleistung, so können wir feststellen, daß die Feuerwehren schon immer Umweltschutzaufgaben erfüllt haben, daß die Feuerwehr die einzige Institution ist, die in der Lage ist, akute Gefahren für die Umwelt – wenn auch teilweise begrenzt – zu bekämpfen und die Auswirkungen zu mindern. Dieses erledigen die Feuerwehren schon seit eh und je; nur hat man es früher nicht Umweltschutz genannt. Wer mißt denn Art und Konzentration einer Schadstoffwolke, wer kann bei einem Strahlenunfall wenige Minuten nach dem Ereignis die Absperrgrenze festlegen, wer nimmt in der gebotenen Eile auslaufende wassergefährdende Flüssigkeiten auf, wer verhindert den Eintritt dieser Schadstoffe ins Grundwasser, wer kann eine Gaswolke mit Sprühstrahl niederschlagen, wenn nicht die Feuerwehr. Nur, wir müssen diese Tatsachen den Bürgern künftig viel mehr verdeutlichen. Leider ist es so, daß sich eine derartige notwendige und erfolgreiche Tätigkeit vielfach außerhalb der Berichterstattung durch die Medien vollzieht und damit außerhalb des Bewußtseins der Öffentlichkeit.

Zusammenfassend möchte ich deutlich darauf hinweisen: Die Stärke der Feuerwehr ist ihre sofortige Einsatzbereitschaft, das umfassende Einsetzen von Rettungs- und Hilfsmaßnahmen, die unmittelbare Schadensbekämpfung und -begrenzung. Unsere Aufgabe war und wird es aber nie sein können, über Zeiträume von Tagen oder gar Wochen hinweg Folgemaßnahmen durchzuführen. Dieser Grundsatz muß auch für Umweltschutzeinsätze gelten, denn solche Dauereinsätze würden u. U. sogar unsere Einsatzbereitschaft und -schnelligkeit gefährden.

Zusammenarbeit

Diese Delegiertenversammlung ist der Abschluß meiner 6jährigen Amtszeit. Das gleiche gilt für meine Vizepräsidenten Bräunig, Englerth und Dr. Mingenbach. Herr Dr. Mingenbach wird sich nach einer nunmehr 12jährigen Amtszeit nicht wieder zur Wahl stellen. Herr Bräunig als Vertreter der Sparte „Berufsfeuerwehr“, Herr Englerth als Vertreter der Sparte „Freiwillige Feuerwehr“ und auch ich werden uns dagegen erneut zur Wahl stellen. Für Herrn Dr. Mingenbach hat sich Herr Dr. Fischer bereit erklärt zu kandidieren. Über das in der auslaufenden Wahlperiode durch den Vorstand Geleistete mögen sich Feuerwehren ihr eigenes Urteil bil-

den. Manches konnte gemeinsam erreicht werden, vieles ist noch im Fluß und wird zur Lösung der Bereitschaft aller Betroffenen bedürfen. Ich möchte allen Herren des Vorstandes für die ausgezeichnete Zusammenarbeit herzlich danken. Dank auch für die freundschaftliche Unterstützung bei vielen nicht immer einfachen Problemen und für das Opfer an Zeit, das die Herren bei diesen Tätigkeiten für den Deutschen Feuerwehrverband gaben.

Mein Dank für die gute Zusammenarbeit gilt den Bundes- und Länderregierungen und den Kommunalen Spitzenverbänden. Bei allen fand ich die Möglichkeit zu persönlichen Gesprächen, um unsere Belange vorzutragen, um gemeinsame Wege für Lösungen zu finden. Mit dem BAGUV, einzelnen Berufs-genossenschaften, der KOMBA und der ÖTV wurden die Feuerwehren betreffende Probleme frei und offen besprochen und im Rahmen der Möglichkeiten gelöst. Den Präsidenten und den Bundesgeschäftsstellen der Sanitätsorganisationen sage ich herzlichen Dank für die konstruktive Zusammenarbeit auf Bundesebene.

Ein weites und schwieriges Feld ist die Arbeit in den Normenausschüssen. Eine vernünftige Normung ist aber gerade für die Feuerwehren wichtig und von Nutzen. Ich danke dem Vorsitzenden des FNFV, Herrn Seegerer, für die Bereitschaft, sich den besonderen Problemen im Bereich der Normung für die Freiwilligen Feuerwehren zuzuwenden. Ich habe die Hoffnung, daß hier in der nächsten Zeit ein Vorankommen möglich sein wird.

Dank

Liebe Kameraden und Kameradinnen, die Sie in Ihren Dienststellungen vor Ort die Verantwortung tragen, Ihnen gebührt mein besonderer Dank. Sie sind es, die unsere große Organisation mit Leben erfüllen. Übermitteln Sie meine Grüße und meinen Dank an die Kameraden und Kameradinnen in den Heimorten, wo man die übernommenen Aufgaben zum Schutze des Bürgers erfüllt. In den 6 Jahren meiner Tätigkeit als Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes habe ich eine meiner Hauptaufgaben darin gesehen, in den Landesverbänden und Kreisen sowie bei den Feuerwehren präsent zu sein. Durch Terminüberschneidungen konnte ich nicht jeder Einladung Folge leisten, aber das geht Ihnen ja sicherlich allen so. In Gesprächen mit den Verantwortlichen Feuerwehrführern und mit den Aktiven konnte ich viele Anregungen und Hinweise für die Arbeit im Deutschen Feuerwehrverband erhalten. Ich bin allen

ein herzliches Dankeschön schuldig für die Unterstützung, die man mir gewährt hat.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Unsere Organisation Feuerwehr mit ihren rd. 1,1 Mio. Aktiven steht auf ei-

nem guten Fundament, unsere Feuerwehren sind wie zu allen Zeiten von einem guten Geist erfüllt. So wollen wir weiter unsere Pflicht erfüllen und vor allen Dingen hoffen, es in Frieden und Freiheit tun zu können.

35. Delegiertenversammlung

Die schleswig-holsteinische Stadt Rendsburg war am 19./20. Juni 1987 Gastgeber der diesjährigen Delegiertenversammlung des Deutschen Feuerwehrverbandes. Präsident Struve bedankte sich beim Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein und beim Kreisfeuerwehrverband Rendsburg-Eckernförde sowie bei der Stadt Rendsburg für die dem DFV bei der Durchführung dieser Veranstaltungen gewährte Unterstützung und die hierbei erfahrene Gastfreundschaft.

Im Mittelpunkt des „Nichtöffentlichen Teiles“ dieser Versammlung standen mit der Verabschiedung der Jahresrechnung 1986 und den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 1988 vorrangig Finanzfragen des Verbandes. Daß die hierfür notwendigen Beschlüsse ohne längere Aussprache einstimmig gefaßt wurden, ist ein Zeichen für intensive Vorberatungen im Vorstand und Präsidium des DFV, aber auch für eine zufriedenstellende Finanzlage und eine klare ordnungsgemäße Kassenverwaltung.

Bemerkenswert hierbei ist, daß der DFV trotz der allgemeinen nicht unerheblichen Preissteigerungen seinen seit 1979 gültigen Mitgliederbeitrag bis einschließlich des Haushaltsjahres 1988 – voraussichtlich auch im Folgejahr – nicht erhöhen muß.

Einstimmig beschlossen die 134 anwesenden Delegierten (Soll 139) die 36. Delegiertenversammlung des DFV am 27./28. Mai 1988 anläßlich der Ausstellung INTERSCHUTZ in Hannover durchzuführen. Die 37. Delegiertenversammlung wurde auf Antrag der LGr. Bayern für das Jahr 1989 einstimmig zur Ausrichtung an dieses Bundesland vergeben. Die 38. Delegiertenversammlung findet im Rahmen des Deutschen Feuerwehrtages im Juni 1990 in Friedrichshafen statt.

Zum „Öffentlichen Teil“ der Delegiertenversammlung konnte Präsident Struve neben den Vertretern der örtlichen Feuerwehren u. a. den schleswig-holsteinischen Innenminister Clausen, den Parlam. Staatssekretär Würzbach (Bundesverteidigungsministerium), den Landtagsabgeordneten Fölster, zahlreiche Vertreter der Bundes- und Länderministerien sowie von Organisationen und Institutionen begrüßen.

Im Mittelpunkt dieses Versammlungsteiles standen die Neuwahlen zum Vorstand des DFV, nachdem die Amtszeit der bisherigen Mitglieder (sechs Jahre) abgelaufen war (mit Ausnahme des VPräs. Bina). Nach einer 12jährigen Amtszeit als Vizepräsident der Sparte „Werkfeuerwehr“ kandidierte Dr. Mingenbach nicht erneut. Als Anerkennung für seine Leistungen ernannte der Präsident ihn aufgrund eines Beschlusses der Delegiertenversammlung zum Ehrenmitglied des DFV. Präsident Struve betonte, daß die Einbindung der Werkfeuerwehren in den DFV auf die besondere Unterstützung von Dr. Mingenbach zurückgehe.

Ergebnisse der Vorstandswahlen

Wahl des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes

Einziger Wahlvorschlag seitens des Präsidiums lautete auf HINRICH STRUVE (Sönke-Nissen-Koog/Schleswig-Holstein). Zur Wahl waren von den 139 möglichen Delegierten 135 anwesend. Das Wahlergebnis im 1. Wahlgang ergab.

abgegebene Stimmen	135
gültige Stimmen	135
für H. Struve	127
Enthaltungen	4
dagegen	4

Gemäß § 14 Abs. 3 der Satzung des DFV wurde HINRICH STRUVE im 1. Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl mit Wirkung vom 20. 6. 1987 auf die Dauer von 6 Jahren (gemäß § 11 Abs. 4) gewählt. Auf Befragen nimmt STRUVE die Wahl an.

Wahl des Vizepräsidenten für die Sparte „Freiwillige Feuerwehren“

Einzigster Wahlvorschlag seitens des Präsidiums lautete auf ROLF ENGLERTH (Ellwangen/Baden-Württemberg). Zur Wahl waren von den 139 möglichen Delegierten 135 anwesend. Das Wahlergebnis im 1. Wahlgang ergab:

abgegebene Stimmen	135
gültige Stimmen	135
für R. Englerth	110
Enthaltungen	22
dagegen	3

Gemäß § 14 Abs. 3 der Satzung des DFV wurde ROLF ENGLERTH im 1. Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl mit Wirkung vom 20. 6. 1987 auf die Dauer von 6 Jahren (gemäß § 11 Abs. 4) gewählt. Auf Befragen nimmt ENGLERTH die Wahl an.

Wahl des Vizepräsidenten für die Sparte „Berufsfeuerwehren“

Einzigster Wahlvorschlag seitens des Präsidiums lautete auf ROLF-DIETER BRÄUNIG (Hemmingen/Niedersachsen). Zur Wahl waren von den 139 möglichen Delegierten 135 anwesend. Das Wahlergebnis im 1. Wahlgang ergab:

abgegebene Stimmen	134
gültige Stimmen	134
für R.-D. Bräunig	124
Enthaltungen	6
dagegen	4

Gemäß § 14 Abs. 3 der Satzung des DFV wurde ROLF-DIETER BRÄUNIG im 1. Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl mit Wirkung vom 20. 6. 1987 auf die Dauer von 6 Jahren (gemäß § 11 Abs. 4) gewählt. Auf Befragen nimmt BRÄUNIG die Wahl an.

Wahl des Vizepräsidenten für die Sparte „Werkfeuerwehren“

Einzigster Wahlvorschlag seitens des Präsidiums lautete auf Dr. PETER FISCHER (Brunsbüttel/Schleswig-Holstein). Zur Wahl waren von den 139 möglichen Delegierten 135 anwesend. Das Wahlergebnis im 1. Wahlgang ergab:

abgegebene Stimmen	134
gültige Stimmen	134
für Dr. P. Fischer	124
Enthaltungen	7
dagegen	3

Gemäß § 14 Abs. 3 der Satzung des DFV wurde Dr. PETER FISCHER im 1. Wahlgang mit der erforderlichen Stimmenzahl mit Wirkung vom 20. 6. 1987 auf die Dauer von 6 Jahren (gemäß § 11 Abs. 4) gewählt. Auf Befragen nimmt Dr. FISCHER die Wahl an.

DFV empfing CSSR-Delegation

In der Zeit vom 3.—7. September 1987 weitete auf Einladung des Deutschen Feuerwehrverbandes eine Delegation des Brandschutzverbandes der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Hannover. Die CSSR-Delegation bestand aus Oberst Dr. Miroslav Rospisky (Präsident des Föderalausschusses des Brandschutzverbandes der CSSR), Ladislav Veteska (Vizepräsident des Zentralkomitees des Brandschutzverbandes in der Slowakei), Antonin Socha (Leiter des Sekretariats des Föderalausschusses des Brandschutzverbandes der CSSR).

Gesprächspartner des Deutschen Feuerwehrverbandes waren Präsident Struve, die Vizepräsidenten Binai, Bräunig und Dr. Fischer sowie Bundesgeschäftsführer Voßmeier.

Auf der Grundlage des von den Feuerwehrorganisationen beider Länder im Oktober 1975 abgeschlossenen Freundschaftsvertrages trafen sich die Delegationen zum 5. Male, nachdem die vorausgegangenen Besprechungen im November 1976 in der Bundesrepublik Deutschland, im September 1979 in der CSSR, im Mai 1983 in der Bundesrepublik Deutschland und im Juni 1985 in der CSSR stattfanden.

Der im Oktober 1975 stattgefundene 1. Besuch der Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes in der CSSR hat wesentlich zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen beider Länder beigetragen. Beide Delegationen kamen überein, daß sie die freundschaftlichen Beziehungen vertiefen wollen und beschloss:

1. regelmäßig offizielle Delegationen auszutauschen,
2. einander Studiendelegationen für gewisse Gebiete, wie z. B. der Brandschutzschulung, der Erweiterung des vorbeugenden Brandschutzes, der Ausbildung und der Arbeit mit der Jugend zu entsenden,
3. Brandschutzzeitschriften, Propagationsmaterial, Lehrmittel und Fachliteratur auszutauschen,
4. Partnerschaften der Feuerwehrmänner und -frauen und der Jugendfeuerwehren in Form von thematischen Touristenbesuchen über das Reisebüro anzubahnen.

Die 1975 in der Vereinbarung getroffenen Zielsetzungen zur Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen beider Länder haben sich sehr positiv entwickelt, dieses wurde von beiden Delegationen ausdrücklich festgestellt. Die im damaligen Vertrag festgelegten Zielsetzungen haben sich zwischenzeitlich als richtig bestätigt und sollen weiter vertieft werden.

Während des diesjährigen Aufenthaltes in Hannover tauschten beide Delegationen Informationen über die Organisation und die Aufgaben des Feuerwehrverbandes, Erfahrungen über das Brandschutzwesen — vor allem auf dem Gebiet der Schulung, der Einsatzaufgaben und des Brandschutzes in der Industrie — aus.

Im einzelnen machten sich die Vertreter des Brandschutzverbandes der CSSR mit dem vorbeugenden Brandschutz im Bereich der deutschen Messe- und Ausstellungs-AG (Hannover), dem vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz im VW-Werk (Wolfsburg), der baulichen Einrichtung und der Ausbildungskonzeption der Landesfeuerwehrschule Niedersachsen (Celle), der Berufsfeuerwehr Hannover, dem vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz der Bayer-AG (Werk Brunsbüttel), dem Katastrophenschutz im Bereich der Nordseeküste und über die Organisation und die Aufgaben einer Freiwilligen Feuerwehr (Bredstedt/Schleswig-Holstein) bekannt.

Bei den Gesprächen wurden auch Erfahrungen über die Mitwirkung von Frauen und Jugendlichen in den Diensten der Freiwilligen Feuerwehren und ihrer Jugendgruppen sowie über den Katastrophenschutz ausgetauscht.

Ein weiterer Erfahrungsaustausch erfolgte über die technische Entwicklung der bei den Feuerwehren eingesetzten Fahrzeuge und Geräte, wobei die im Mai 1988 in Hannover stattfindende internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz „INTERSCHUTZ — Der Rote Hahn“ angesprochen wurde.

Die Großschadensereignisse und Katastrophenfälle der letzten Jahre in den verschiedensten Ländern gaben Anlaß zu Überlegungen, wie die Feuerwehren auf internationaler Ebene künftig bei der

Bekämpfung von Großschadensfällen und Katastrophenfällen enger zusammenarbeiten können. Es bestand in beiden Delegationen Übereinstimmung, daß angestrebt werden sollte, international die gegenseitigen Kontakte, Informationen und Hilfeleistungen zu verbessern. Die Delegation des Deutschen Feuerwehrverbandes wies darauf hin, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zwecks Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten bemüht ist, entsprechende Hilfeleistungsabkommen zu vereinbaren, und daß sich die bereits ratifizierten Abkommen bei zahlreichen Großschadensereignissen positiv zum Wohle der Bevölkerung der betroffenen Staaten ausgewirkt haben.

Die Besprechungen verliefen in einer Atmosphäre des offenen Meinungsaustausches über die angesprochenen Probleme des Brand- und Katastrophenschutzes. Beide Delegationen kamen überein, diese 1975 begonnenen freundschaftlichen Beziehungen noch mehr zu vertiefen.

Porträt eines Flächenstaates aus Feuerwehrsicht

143 000 Aktive in den niedersächsischen Feuerwehren

25 Jahre Feuerwehr-Flugdienst des LFV Niedersachsen

„Von der Weser bis zur Elbe, von dem Harz bis an das Meer . . .“ so beginnt das „Niedersachsenlied“. Das war zu Zeiten Hermann Grottes, des Verfassers,

auch richtig. Aber nach der 1946 verordneten Gründung des Landes Niedersachsen sollte es nun eigentlich heißen: „von der Ems bis hin zur Elbe“, um den



Internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz, Hannover, 28. 5.–2. 6. 1988

Stand: 1.3.1987

Terminübersicht

Mittwoch 25.05.1988	Donnerstag 26.05.1988	Freitag 27.05.1988	Samstag 28.05.1988	Sonntag 29.05.1988	Montag 30.05.1988	Dienstag 31.05.1988	Mittwoch 01.06.1988	Donnerstag 02.06.1988
Presseabend (DFV/VFDB/ Messe AG)		Eröffnungs- Feier (Messe AG)	(Eröffnungs- rundgang)	Ausstellung INTERSCHUTZ täglich 9.00 – 18.00 Uhr (Messe AG)				
			Einsatz-Vorführungen im Freigelände (nach Angebot)					
		VFDB – Tagung (ohne Vortragsveranstaltungen)						
	Vorstand Präsidium Delegiertenversammlung (DFV)							
	FW und JF Wettkämpfe (DFV)							
			Tagungen			Symposien (Messe AG)		Veranstaltungen
		Fest FW Hannover	FW-Musik Wertungsspiele (LFV Nds.)	Vollversammlung (AGBF)				

* Gesetzlicher Feiertag: Baden Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland

heutigen Landesgrenzen in etwa gerecht zu werden.

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe, nach 1945 zunächst selbständige Länder, sind eins geworden und haben dabei ihre regionalen Traditionen erhalten können. Mit einer Gesamtfläche von rund 47 500 Quadratkilometern, aber nur etwa 7,2 Millionen Einwohner, gehört Niedersachsen zu den sogenannten Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland. Die Bevölkerungsdichte beträgt nur 153 je Quadratkilometer und ist damit die geringste unter den Bundesländern.

Bedeutung von Wald, Moor und Heide

Diese Besonderheit macht deutlich, daß das Feuerlöschwesen von der „Fläche“ her eine ganz andere Bedeutung hat als in den Ballungsräumen. Unterstrichen wird dies dadurch, daß die Aufschlüsselung der Zuweisungen aus der Feuer-schutzsteuer an unsere Gebietskörperschaften mit einem Fünftel für die Fläche berechnet wird und damit dem hohen Anteil von Wald, Moor und Heide an der Gesamtfläche Niedersachsens und der auch aus diesen Bereichen erwachsenden Brandlast Rechnung trägt. Die ausgedehnten Waldbrände des Jahres 1975 haben die Notwendigkeit bewiesen.

Nach dem „Niedersächsischen Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistungen der Feuerwehren (NBrandSchG) vom 8. März 1978“ obliegt den Gemeinden und Landkreisen die Abwehr von Gefahren durch Brände (abwehrender und vorbeugender Brandschutz) und die Hilfsleistung bei Unglücksfällen sowie bei Notständen als Aufgabe des eigenen Wirkungskreises. Auch die Kommunen bedienen sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der Feuerweh-

Über 3 000 Feuerwehren

Zur Sicherstellung des Brandschutzes und der Hilfeleistung sind wegen der wenigen Großstädte nur neun Berufsfeuerwehren erforderlich. Die wesentliche Last liegt also bei den 426 Gemeinden mit ihren insgesamt 3 413 Freiwilligen Feuerwehren (Ortsfeuerwehren) und den 38 Landkreisen. Die nur geringe Industrieansiedlung im Lande verlangt keine übermäßige Aufstellung von Werkfeuerwehren, dennoch gibt es eine beachtliche Anzahl von haupt- bzw. nebenberuflichen Wehren.

Mit rund 143 000 aktiven Feuerwehrangehörigen, davon etwa 3 100 Frauen, stellen die im Landesfeuerwehrverband

Niedersachsen zusammengeschlossenen Feuerwehrangehörigen das wesentliche Personal der Gefahrenabwehr in Stadt und Land.

Die beiden vor über 50 Jahren gegründeten Landesfeuerwehrschulen Celle und Loy sind bemüht, die notwendige Ausbildung der Unterführer und Führer in den Feuerwehren zu erfüllen. Alljährlich werden rd. 7 000 Lehrgangplätze an diesen beiden Landesfeuerwehrschulen von Feuerwehrangehörigen belegt und damit der Grundstein für eine erfolgreiche Aus- und Fortbildung gelegt. Diese hohe Zahl von Lehrgangsteilnehmern sichert einen erfolgreichen Einsatz in den traditionellen Aufgabengebieten und gewährleistet, daß besonders bei der Brandbekämpfung die Schäden auf ein unumgängliches Maß begrenzt bleiben.

Schadenssummen sind unangenehme Zahlen, aber es bleibt festzustellen, daß die niedersächsischen Feuerwehren alljährlich Güter im Werte von etwa 2 500 Millionen DM erhalten. Ein Beweis dafür, daß die Bürger auf die Einsatzbereitschaft und auf den Einsatzwillen ihrer Feuerwehren bauen können.

Flugdienst mit eigenen Flugzeugen

In diesem Jahr begeht eine besondere Einrichtung des Landesfeuerwehrverbandes Niedersachsen ihr 25jähriges Bestehen, der „Niedersächsische Feuerwehr-Flugdienst“. Aus kleinsten Anfängen hat sich diese Einrichtung zu einem festen Bestandteil der Waldbrand-Früh-erkennung entwickelt.

In zäher Arbeit und unter manchen finanziellen „Tiefdruckgebieten“ verfügt der Feuerwehr-Flugdienst derzeit über zwei eigene Flächenflugzeuge vom Typ Cessna, die, entsprechend der Wetterlage, große waldbrandgefährdete Gebiete abfliegen, jedes erkannte Feuer sofort über Funk melden und u. U. auch Einsatzkräfte aus der Luft an den Brandherd heranführen können. Eine Vielzahl ausgebildeter Luftbeobachter der Landesforstverwaltung und der Feuerwehren ermöglichen es, daß im Rahmen dieser Aufgabe der so kostbar gewordene Wald, die Heide und das Moor weitgehend vor Schaden bewahrt bleiben.

Gleichaltrig ist die „Niedersächsische Jugendfeuerwehr“ mit rund 21 000 Angehörigen. In den Jugendabteilungen der Freiwilligen Feuerwehren wird nicht nur eine feuerwehrtechnische Ausbildung betrieben, sondern die Mitglieder werden von ihren Jugendfeuerwehrwarten auch jugendpflegerisch betreut. Spiel, Sport, Zeltlager, Basteln usw.

sind weitere Beispiele dieser verantwortungsvollen Arbeit.

Drei Versicherungsträger

„Wo gehobelt wird, da fallen Späne“, so sagt eine alte Volksweisheit – oder im Klartext: Unfälle im Feuerwehrdienst sind nie auszuschließen, wenn auch oftmals vermeidbar. Aus der politischen Entwicklung des Landes Niedersachsen muß auch die Unfallversorgung gesehen werden.

So ist es nicht verwunderlich, daß in Niedersachsen drei Träger für die gesetzliche Unfallversicherung zuständig sind. Eine möglichst umfassende Absicherung im Einsatz, beim Ausbildungs- und Übungsdienst und auf den Wegen zur und von der Feuerwehr ist immer als eine vordringliche Aufgabe angesehen worden. Um dieses Ziel zu erreichen, nahmen manche Impulse von Niedersachsen ihren Ausgang.

Aber nicht immer ist dieser Schutz gewährleistet, manchmal stehen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung dagegen. Auch Feuerwehr-Unfallklassen und Gemeinde-Unfallversicherungsverbände kommen an diesen Vorschriften nicht vorbei. Der Problembereich wird in der Regel mit „schicksalsbedingt“ umschrieben. Wenn dies aber während des Feuerwehrdienstes zum Tode führt, dann ist hier eine der Grenzen, die die gesetzliche Unfallversicherung nicht überschreiten kann.

Es ist dem niedersächsischen Landesfeuerwehrverband gelungen, aus eigener Kraft einen „Härtefonds“ zu bilden, aus dem, durch Beschluß des Sozial-Ausschusses, den Hinterbliebenen dann eine einmalige Abfindung gezahlt wird, die sonst bei einem tödlichen Unfall die gesetzliche Unfallversicherung aufzubringen hätte. In Niedersachsen wird damit das alte Wort: „Alle für Einen“ in die Tat umgesetzt.

Allgemeiner Überblick

Dieser Bericht kann nur einen allgemeinen Überblick über das Feuerwesen in Niedersachsen geben, Einzelheiten müssen unerwähnt bleiben. Vielleicht war es für die Leser nützlich, einmal über die eigene Landesgrenze hinwegzublicken. Einmal hineinzublicken in ein Bundesland, das auch seine Probleme hat.

Mit der ersten Zeile des „Niedersachsenliedes“ wurde dieser Artikel begonnen, er soll mit der Referanzzeile abgeschlossen werden: „Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen!“ So sind wir – und so wollen wir auch bleiben. (Rinck)

Neues Landesjugend- und Schulungsheim des LV Schleswig-Holstein in Eckernförde

Begegnungsstätte und Ausbildungszentrum für DLRG-Rettungsschwimmer

An so viele aufgezogene Flaggen vor dem Jugend- und Schulungsheim in Eckernförde konnte sich niemand erinnern. Bei strahlender Sonne flatterten die Bundesflagge, die Flaggen Schleswig-Holsteins, des Kreises Rendsburg-Eckernförde und der Stadt Eckernförde einträchtig neben der DLRG-Flagge im kühlen, fast eisigen Ostwind. Dafür gab es einen wichtigen Grund: Nach knapp zweijähriger Bauzeit wurde der Erweiterungsbau des DLRG-Heims in Eckernförde vor über 200 Gästen eingeweiht. Die Festansprache hielt der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Karl Eduard Claussen. Der Neubau in der Nähe des Ostseestrandes schafft 57 Schlafplätze in sieben Vierbett-, 14 Zweibettzimmern und einem Einzelzimmer. Außerdem wurden ein Schulungsraum für Ausbildung und ein Besprechungsraum für kleine Tagungen gebaut.

der Lehrgänge im eigenen Haus, weil so erreicht werde „ein Zuhause, einen Ort zu haben, von dem Impulse ausgehen, von dem etwas ausstrahlt. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr bedauert wird, daß die Vereine und Verbände mehr und mehr von Juristen und von Finanz- und Steuerexperten geführt, ja verwaltet werden – auch unsere Mitglieder beklagen das in zunehmendem Maße –, bietet dieses Heim eine Möglichkeit, ein offenes, kameradschaftliches Klima zu schaffen.“

Innenminister Karl Eduard Claussen würdigte in seiner Festansprache die DLRG mit den Worten: „Der selbstlose Kampf gegen den nassen Tod ist gerade in unserer stark dem Materiellen zugewandten Zeit nichts Alltägliches. Er ist um so weniger eine Selbstverständlichkeit, als er nicht nur mit Unbequemlichkeiten, sondern auch mit erheblichen Gefahren verbunden sein kann. Dies

sollte alle jene beeindruckern, die immer mehr Leistungen des Staates fordern.“

Intensivierung der Jugendarbeit

Der Erweiterungsbau des DLRG-Landesjugend- und Schulungsheims trägt nach den Worten Claussens nicht nur den hohen Anforderungen an die Ausbildung von Rettungsschwimmern Rechnung, sondern eröffnet über die Intensivierung der Jugendarbeit der DLRG gute Zukunftsaussichten. Claussen bedankte sich bei der Stadt Eckernförde, die als Bauherr dieses Vorhaben maßgeblich unterstützt habe. Erhebliche Eigenmittel des DLRG-Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie die finanzielle Unterstützung einer Reihe schleswig-holsteinischer Kommunen hätten zusammen mit Landes-, Bundes- und Kreismitteln das nötige Geld zur Fi-

„Historischer Tag“ im Landesverband

In seiner Begrüßungsrede konnte der Präsident des Landesverbandes, Eberhard Fiebelkorn, neben dem Innenminister zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung und von befreundeten Verbänden willkommen heißen. Fiebelkorn wörtlich: „Ich glaube, wir können heute von einem historischen Tag in der Geschichte unseres DLRG-Landesverbandes sprechen. Seine Bedeutung spiegelt sich allein schon in der großen Zahl der Festgäste und Besucher wieder, die heute hierhergekommen sind, um mit uns die Freude über unser neues Heim zu teilen.“

Der LV-Präsident begründete die Entscheidung für einen Ausbau des Eckernförder Heims und die Konzentration



Der neue Eingangsbereich.

finanzierung des Zwei-Millionen-Objektes zusammengebracht. Das Land habe sich immerhin mit rund 720 000 DM an diesem Vorhaben beteiligt, der Bund mit 380 000 DM. Diese Zahlen belegen, so Claussen, daß die politisch Verantwortlichen sich überall der Bedeutung der DLRG bewußt seien.

Die Leistungsbilanz der DLRG nannte der Innenminister beeindruckend. Sie sei nur die Spitze eines Eisberges der DLRG-Arbeit. Dies komme in den 490 000 Wachstunden, die 1986 an Schleswig-Holsteins Küsten und Seen geleistet wurden, zum Ausdruck. Claussen versprach, die schleswig-holsteinische Landesregierung werde auch künftig die Arbeit der DLRG unterstützen. Claussen wörtlich: „Im Namen der Schleswig-Holsteiner und ihrer Badegäste sage ich Ihnen: Wir vertrauen auf die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft.“

Mit besonderer Freude übergab der Eckernförder Bürgermeister Kurt Schulz den Hausschlüssel, den er von den Architekten Günter Hass und Erich Näve erhalten hatte, an den LV-Präsidenten. Zuvor hatte Schulz die gute Zusammenarbeit mit der DLRG gelobt und sich froh gezeigt, daß Eckernförde Standort des DLRG-Landesverbandes bleibt.

Eckernförde bleibt „Standort des Landesverbandes“

Bei einem anschließenden Rundgang konnten die Festgäste die Um- und Neubauten in Augenschein nehmen. Das Eckernförder Architektenbüro Hass und Partner hatte keine leichte Aufgabe. Es hieß mit knappen Mitteln einen zweckmäßigen und dennoch ansprechenden Neubau in ein schwieriges Gelände zu setzen. Dabei mußte der Altbau sinnvoll einbezogen werden. Nach Ansicht der meisten Besucher ist dies gut gelungen. Der zweistöckige Rotklinkerbau enthält 22 Zimmer mit Dusche und WC. Praktische Einbauschränke und Doppelstockbetten schaffen Bewegungsraum in den freundlichen Zimmern. Die Anzahl 22 plus Schulungsraum ermöglichte es übrigens, die Räume nach den 23 Bezirken des Landesverbandes zu benennen. Dies ist auch als Geste an die Bezirke zu verstehen, die sich mit Darlehen und Spenden an dem Bau beteiligt haben.

Im Altbau wurden die nötigen Sanitäräume geschaffen. Während der alte Essens- und Lehrsraum unverändert blieb, wurde eine neue Küche eingerichtet, die jetzt der Verpflegung einer größeren Gästeschar gerecht wird. Neu ist auch ein Seminar- und Konferenzraum im ersten Obergeschoß und das „Jugendzimmer“ im Dachgeschoß.



Oben: Die Rückansicht des neuen Gebäudeteils vom DLRG-Landesjugend- und Schulungsheim mit einer der beiden Nottreppen.

Rechts: Blick in eines der 22 neuen Zimmer, die alle mit Dusche und WC ausgestattet sind.



„Tag der offenen Tür“

Nach der offiziellen Einweihung begrüßte fröhliche Jazzmusik der Jazz-Union aus Hamburg die Gäste aus nah und fern, die zum „Tag der offenen Tür“ an die Berliner Straße 64 gekommen waren. Einige hundert Eckernförder und DLRG-Mitglieder aus dem gesamten Landesverband nutzten die Möglichkeit, gleichzeitig einen Blick in das neue Haus zu werfen, sich zu informieren und mit den Vorstandsmitgliedern über manche Sorge zu reden.

Der Technische Arbeitsstab bot Informationen über technisches Gerät und die Möglichkeit, an einem Wiederbelebungswettbewerb teilzunehmen. Der Landesjugendausschuß informierte über sein Lehrgangs- und Fahrtenprogramm und stellte selbstgemalte Buttons her.

Kein Werk einzelner

An der Erstellung des Erweiterungsbaus waren auf DLRG-Seite viele Mitglieder beteiligt. Begonnen hatte ihn der Vor-

stand mit dem Präsidenten Dr. Eitel-Friedrich Gülsdorf und seinem Vize Hans Petzold. Dann übernahm 1986 LV-Präsident Eberhard Fiebelkorn die Geschicke des Landesverbandes und führte die notwendigen Gespräche weiter. Als Bindeglied leistete jedoch der Vorsitzende des Kuratoriums Heim, Hans-Hubert Hatje, die Hauptarbeit. Hatje, der bis April 1986 Landesjugendwart war und nun einer der beiden Vizepräsidenten des Landesverbandes ist, hat Wochenenden, Urlaubstage und viele Abendstunden für das Gelingen des Baus geopfert. Er und das Kuratorium haben für ausreichende Finanzmittel geworben, haben bauliche Entscheidungen gefällt und bis hin zu Vorhangstufen und Handtuchhaken unzählige Details für eine zweckmäßige und ansprechende Ausgestaltung des Heims festgelegt.

Auch die Einweihung wurde unter der Leitung von Hans-Hubert Hatje ausgerichtet. Ihm halfen dabei das Kuratorium, der Technische Arbeitsstab, der Landesjugendausschuß, die Mobile Einsatzgruppe (MEG) und die Referenten für Öffentlichkeitsarbeit. (lh)

Rettungseinsatz an der Insel Lindwerder/Berlin

„Hier ist ein Auto von der Fähre gefallen, da sitzt noch jemand drin!“

Wenige Monate nach dem tragischen Tod einer Frau, die mit ihrem Pkw beim Übersetzen von einem Binnenschiff an das Havelufer in das Wasser gestürzt war, ereignete sich ein ebenso schwerwiegender Unfall an der Unterhavel. Der verunglückte Beifahrer verstarb trotz aller Bemühungen nach sieben Tagen im Krankenhaus.

1. Zum Unfallort

Die Insel Lindwerder liegt im südlichen Bereich der Berliner Unterhavel. Sie ist unbewohnt. Auf der Insel wird ein Restaurant betrieben. Ausflügler erreichen die Insel mit Fahrgastschiffen oder von der Havelchaussee mit einer Fähre. Die Entfernung zwischen Land und Insel beträgt 70 Meter. Die Fähre wird als Seilzugfähre ohne Motorkraft betrieben. Sie ist auch für die Beförderung einzelner Lkw oder Pkw zugelassen. Lkw setzen zur Insel über, sofern Verbrauchsgüter oder Baumaterialien befördert werden müssen. Die Auffahrtrampen führen land- und inselseitig schräg nach unten mit zunächst leichtem Gefälle ins Wasser bzw. an die aufgefahrene Fähre.

2. Zur Zentralstation des LV Berlin

Neben zahlreichen zentralen Sonderaufgaben führt die vom LV Berlin betriebene Station auch originären Wasserrettungsdienst durch. Dafür stehen regelmäßig fünf Rettungsboote zur Verfügung. Betreut wird die Station von 30 bis 35 Stammkräften, die regelmäßig samstags, sonn- und feiertags im Rahmen der üblichen Vereinbarungen von 9.00 bis 19.00 Uhr zur Durchführung des Dienstes bereit sind. Tatsächlich reicht diese Zeit natürlich zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht aus. Aus diesem Grund ist in der Regel während der Sommermonate fast täglich – zumindest stundenweise – Betrieb. Oberstes Gebot ist deshalb bei Anwesenheit oder bevorstehender Dienstaufnahme mehrerer Rettungs-

schwimmer, Bootsführer usw. das Aufklaren und Bereithalten der Rettungsboote und des Materials.

Die Zentralstation liegt nördlich der Insel Lindwerder an der Scharfenlanke und ist von der Insel 7 km entfernt.

3. Der Alarm

Um 17.20 Uhr, ruft der Wirt des Restaurants Lindwerder die DLRG über Telefon um Hilfe. Bernd Schulz nimmt im Funkraum der Zentralstation den Alarm entgegen.

„Hier ist ein Auto von der Fähre gefallen, da sitzt noch jemand drin.“

Der Wirt ist DLRG-Mitglied und unseren Leuten bekannt. Besondere Rückfragen sind unnötig.

Die Boote 3 und 7 der Zentralstation mit insgesamt sieben Mann Besatzung, darunter Bernd Schulz, Frank Villmow als Einsatzleiter, Frank Matzek und Wolfram Leu, laufen sofort aus.

Der Funkraum ist mit einem anderen Kameraden besetzt; die Feuerwehr,



Rettungs-Zentral-Station des LV Berlin.

DLRG-Stationen 21 und 22 sowie die Wasserwacht des DRK werden alarmiert. Die Amtsleitung 112 der Feuerwehr ist längere Zeit besetzt!

Gott sei Dank waren Boote und Material von den zuerst eintreffenden Kameraden – wie vorgesehen – sofort einsatzbereit gemacht worden. Die Mannschaften fahren noch in Privatsachen in den Einsatz, ziehen sich erst auf den Booten um. Gerätetaucher sind nicht im Einsatz.

4. Die Rettung

Boot 3 erreicht den Unfallort um 17.24 Uhr. Die Einweisung erfolgt von den Unfallzeugen und deckt sich mit den eigenen Wahrnehmungen des Einsatzleiters Villmow. Auf der Rampe der Insel befindet sich ein Lkw-Anhänger, dessen hintere Ladefläche zum Teil aus dem Wasser ragt. Der vordere Teil befindet sich ebenso wie die Zugmaschine unter Wasser. Wassertiefe: ungefähr vier Meter. Der Fahrer des Lkw konnte die Fahrerkabine vor dem Eintauchen in das Wasser verlassen. Der Beifahrer muß sich noch in der Kabine befinden.

Bernd Schulz hat beim ersten Abtauchen die Zugmaschine verfehlt, weil er sich einen Lkw vor dem Anhänger vorstellen muß. Korrektur. Zweiter Versuch. Er gelangt in die Kabine durch die offene Fahrertür, während Wolfram Leu auf der anderen Seite sich vergeblich bemüht, die Beifahrertür zu öffnen.

Der Beifahrer ist in der Kabine, Schulz kann ihn aber nicht herausziehen. Der Mann hat großen Auftrieb und sich außerdem mit der Hose am Schalthebel verhakt.

Beim dritten Abtauchen – nur in der Badehose, ohne Hilfsmittel – können Bernd Schulz und Wolfram Leu den Mann befreien und an die Wasseroberfläche bringen. 17.25 Uhr.

Frank Villmow und Frank Matzek beginnen mit der Wiederbelebung. Große Schwierigkeiten. Die Atemwege sind nicht freizukriegen!

Wasser und Speisereste sind zuviel für die Absaugeinrichtungen der Oxygen-Koffer. Drei Einheiten packen es nicht.

Inzwischen sind noch DLRG-Boote 21 und 22 sowie zwei Boote des DRK eingetroffen. Eine Träger-Absaugeinrichtung (Injektor aus dem früheren Pulmotor-System) wird angesetzt. Endlich! Die Wiederbelebung geht weiter.

Bis zum Eintreffen des Notarztes mit NAW setzt mehrmals Erbrechen des Verunglückten ein. Stabile Seitenlage. Frank Villmow Herzmassage, Frank Matzek Beatmung.

17.50 Uhr! Der Notarzt setzt einen



Herzkatheter, Adrenalin, Endotracheale Intubation, EKG, Transport mit Boot 3 zum NAW, Einsetzen der Spontanatmung, Kreislauf, Transport ins Krankenhaus mit NAW. 18.15 Uhr!

Es ist Sache der Staatsanwaltschaft, die Unglücksursache zu ermitteln.

Zwei Dinge stehen jedoch fest. Zum einen war die Fähre zum Zeitpunkt des Auffahrens des Lkw-Gespans nicht vertäut und dürfte unter dem – vermutlich angebremsen – Zugwagen, der von seinem Hänger „festgehalten“ wur-

de, weggeschwommen sein, zum anderen hatte der Beifahrer kaum eine Chance, zu entkommen. Seine Tür war wegen eines defekten Türschlosses von innen mit einem Lederriemen „gesichert“! Und daran wird er viel zu spät gedacht haben.

Ein lehrbuchmäßiger Einsatz mit erfahrenen Fachleuten und bemerkenswerten persönlichen Leistungen hat am Grundsatz nichts ändern können: Wir können die Zeit zwischen Leben und Tod nicht beeinflussen, nicht überlisten. D. Schulze

Blitz zerstörte die Funkanlage / Verletzte wurden gerettet

Dramatische Rettungsaktion am Rosenfelder Ostseestrand

Bei einem Unwetter aus heiterem Himmel, wie es die Ostsee seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt hatte, waren trotz aller widriger Gegebenheiten „fast alle Schutzpatrone“ zur Stelle. Lothar Mauritz führte mit Wachleiter Artur Brückner, der zu dieser Zeit dort den Rettungswachdienst versah, das folgende Gespräch.

L. Mauritz: Die Meldungen über die Ereignisse hier am Rosenfelder Strand gehen ja ziemlich wirr durcheinander. Können Sie uns einmal einen Überblick verschaffen, was eigentlich wirklich passiert ist?

A. Brückner: Ich will das gerne einmal

versuchen. Also bis zum 30. Juni konnte ich das Wort vom Blitz aus heiterem Himmel nur als ein Sprichwort, seit diesem Tag aber bringe ich diese Aussage auch direkt mit dem Wetter in Zusammenhang.

Die Geschichte fing an wie ein schöner Sommertag mit Sonnenschein und leichten östlichen Winden um zwei Windstärken. Gegen Mittag etwa zogen dann von Land her, also gegen die Windrichtung, dunkle Wolken auf. Das bedeutet in der Regel Gewittergefahr, zumal wir uns örtlich genau zwischen einem Hoch- und Tiefdruckgebiet befanden.

L. Mauritz: Soweit die Wetterlage an dem Tag, aber was geschah denn hier am Strand?

A. Brückner: Wir befanden uns in einer verwickelten Situation. Direkt über uns strahlend blauer Himmel und der Strand gut besucht, hinter uns die Wolken, die nichts Gutes ankündigten. Schließlich zogen wir zwei Wambälle – das Zeichen für absolutes Badeverbot – auf und warnten die Badegäste per Megaphon, die schnellstens den Strand verließen.

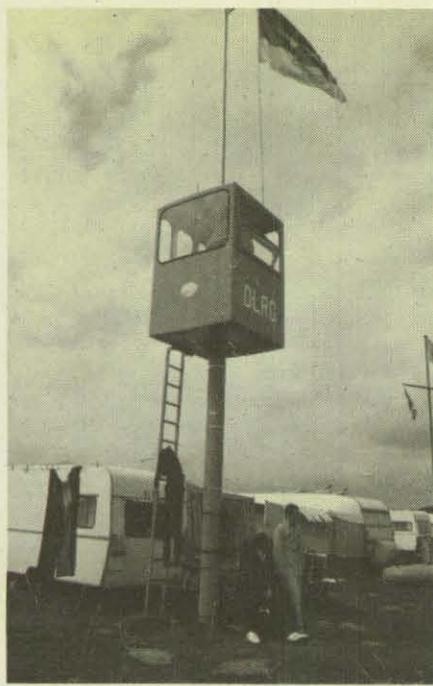
Es vergingen nur wenige Minuten – ich war gerade einen halben Meter neben dem Wachturm – da hörte ich einen Knall wie einen Kanonenschlag. Den Blick nach oben gerichtet, sah ich vor dem strahlend blauen Himmel eine gelbe Qualmwolke über den Deich ziehen. Aber gleich dahinter waren die fast schwarzen Gewitterwolken. Ich fragte meinen Kameraden Hermann Job, der mit mir zusammen den Dienst versah, was das gewesen sei. Er sagte nur: „Das war unsere Antenne!“ Weiter konnten wir uns in diesem Moment nicht unterhalten, denn vom Strand kamen Schreie: „Wir sind vom Blitz getroffen!“

Wir sind dann sofort zum Strand gelaufen und haben die Verunfallten (Vier Erwachsene und ein Kind) zur Station geholt und dort „Erste Hilfe“-mäßig versorgt. Die weitere vorärztliche Versorgung hat dann Hermann Job mit seiner Frau übernommen, die eigentlich nur ihren Mann zum Wachdienst begleiten wollte.

Über ein kleines Handfunkgerät – die große Anlage war durch den Blitz zerstört – habe ich dann versucht, „Adler Dahme“ zu erreichen, was nach einigen Schwierigkeiten auch gelang.

Die Station Dahme hat eine direkte Verbindung zur Rettungsleitstelle, wodurch die benötigte Hilfe (Rettungshubschrauber, Notarzt und Rettungswagen) wesentlich schneller zu benachrichtigen ist. Während das hauptberufliche Rettungspersonal eintraf, bemerkten wir ca. 800 m vor der Station einen gekenterten Kattamaran, was bei diesen Sichtverhältnissen (Hagel und Wind mit Stärken in Böen um 10) gar nicht so einfach war. Da Hermann Job mit seiner Frau das Rettungspersonal unterstützte, war ich gezwungen, in der Situation jemanden von den „Sehleuten“ zu diesem Einsatz mitzunehmen.

Gesagt – getan; wir liefen zum Rettungsboot, mußten uns aber auf halber Strecke hinwerfen, weil uns eine kräftige Sturmböe den Sand und die-bis zu 2 cm großen Hagelkörner nur so um die Ohren peitschte. Aber das half auch nur wenig, so daß wir erst einmal hinter dem Rettungsboot Schutz suchten.



Wachturm „Rosenfelder Strand“.

Nachdem die Böe vorüber war, fuhr ich mit dem Strandgast zu dem gekenterten Katamaran, wobei ich meine Tauchmaske als eine Art Windschutzscheibe benutzte. Zu unserem Entsetzen war der Katamaran verlassen. Wir suchten rund ums Boot und unter dem Segel, aber es war niemand zu sehen. Dann fuhren wir gegen die Windrichtung, in der Hoffnung, dort irgendwo den Segler zu finden. Mit viel Glück, anders kann man das nicht bezeichnen bei diesen Sichtverhältnissen, haben wir ihn dann ca. 200 m vom Boot entfernt wahrnehmen können und ins Boot geholt. Als das geschafft war, schauten wir uns erschrocken an, denn eine solche violette Gesichtsfarbe hatten wir beide noch nicht gesehen (vermutlich Panik, gepaart mit Todesangst).

Auf dem Weg zum Strand wurden bereits die beengenden Kleidungsstücke geöffnet und der Segler ständig zum Erzählen angeregt. Am Strand angekommen, konnten die dort anwesenden Notärzte die weitere Behandlung vornehmen.

L. Mauritz: *Das hört sich ja hektisch an, was da alles auf einmal passiert ist.*

A. Brückner: Das kann man wohl sagen, zumal sich das ganze Unwetter innerhalb einer guten Stunde und nur im Umkreis von ca. zwei Kilometern abspielt hat. Selbst das Rettungspersonal war überrascht.

Ich persönlich bin bis heute noch nicht dazu gekommen, mir so richtig darüber klarzuwerden, welches Glück ich selbst gehabt habe, als der Blitz einen halben Meter neben mir in den Turm eingeschlagen ist. Mein besonderer Dank gilt den Kameradinnen und Kameraden der Station Dahme für die schnelle Über-

mittlung des Notrufes, dem Rettungspersonal, das trotz der Witterungsverhältnisse alle Aquaplaningregeln außer acht gelassen hat und ziemlich schnell vor Ort war, und nicht zuletzt dem Piloten des Rettungshubschraubers, der bedingt durch die Böen mehrmals zur Landung ansetzen mußte und trotzdem heil herunterkam.

L. Mauritz: *Was ist aus den „Verunfallten“ geworden?*

A. Brückner: Der Segler konnte nach kurzer Behandlung und einer längeren Ruhezeit auf der Station sein Boot wieder in Empfang nehmen, das der Wind

bei einer seiner vielen Drehungen etwa zwei Kilometer weiter an den Strand geworfen hatte. Die vier Erwachsenen und das Kind wurden zur Überwachung nach Oldenburg bzw. Neustadt ins Krankenhaus gebracht, waren aber am nächsten Tag alle wohlbehalten – soweit man das in diesem Fall überhaupt sagen kann – wieder am Strand.

L. Mauritz: *Da hatten aber wirklich alle Beteiligten Glück im Unglück!*

A. Brückner: Das kann man wohl laut sagen; jetzt verstehe ich die Leute, die sagen, sie hätten ihren „zweiten Geburtstag“ gefeiert.

Prominente Gäste bei Bootstaufe

Das war ein großer Tag für den DLRG-Ortsverband Pöcking-Starnberg, der in die Geschichte der dortigen „Lebensretter“ eingehen wird: Im Beisein zahlreicher Mitglieder und Ehrengäste wurde das neue Rettungsboot, ein Wieser Inshore, vom Präsidenten der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, Hans-Jürgen Freiherr v. Crailsheim, auf den Namen „Sturm-vogel“ getauft. Die Segnung des Bootes nahm Stadtpfarrer Schreiegg vor.

Bei der Wachstation „Am Paradies“ hatten sich zahlreiche Besucher eingefunden, die vom ersten Vorsitzenden des DLRG-OV Pöcking-Starnberg, Stefan Schneider, begrüßt wurden. Unter ihnen befanden sich neben Hans-Jürgen von Crailsheim Stadtpfarrer Konrad Schrei-

egg aus Starnberg, Bürgermeister Konrad Krabler, Vertreter der drei am See eingesetzten Wasserwachten des BRK, des THW und der Wasserschutzpolizei. Von Seiten der DLRG waren Präsidiumsmitglied Bernd Schäfer, vom Landesverband Willi Stern und die Vorstände der Ortsverbände Tegemsee, Traunstein, Wolftratshausen und Bad Aibling gekommen.

Die Segnung des Bootes erfolgte durch Stadtpfarrer Schreiegg, während dessen anschließende Taufe auf den Namen „Sturm-vogel“ Präsident von Crailsheim vornahm. Umrahmt wurde die Feier vom Chor der Marinekameradschaft Starnberg.

Das Boot – ein Wieser Inshore – hat 120 PS und erreicht eine Geschwindigkeit von 37 Knoten. Es ist mit einem

Hans-Jürgen Freiherr von Crailsheim tauft das neue DLRG-Rettungsboot „Sturm-vogel“.
(Foto: Oppenländer)



BMW-Motor ausgestattet und hat einen Jetantrieb, d. h., es hat keine Schiffschraube und kann deshalb auch im flachen Gewässer gut eingesetzt werden. Bei Rettungsmaßnahmen besteht außerdem keine Verletzungsgefahr, da sich alle Antriebssteile im Rumpf befinden. Der „Sturmvogel“ wurde sozusagen in Rohform geliefert und von den Aktiven des Ortsverbandes in rund 120 Arbeitsstunden zusammengebaut. So konnte das Boot schließlich am 4. Juli erfolgreich vom Stapel laufen und seine Vorzüge bei sich anschließenden Übungen demonstrieren.

Ehrungsantrag aus Afrika

Kürzlich erhielt der Geschäftsführer des LV Nordrhein, Dieter Löscher, einen Ehrungsauftrag aus Monrovia/Liberia: Samuel Worgee, Schwimmmeister im Deutschen Club der Bong Mining-Company, hat einen Jungen vor dem Ertrinken gerettet.



Samuel Worgee

(Foto: Rausch)

Samuel Worgee hatte im vergangenen Jahr in dem Grenzlandstädtchen Erkelenz schwimmen und retten gelernt. Zwar war er schon Schwimmmeister im Club, doch schwimmen konnte er nicht. Auch ein Kind hatte er schon einmal aus dem Wasser gezogen; wie, das wisse er gar nicht. Ilse Löscher, Gattin des LV-Geschäftsführers, übernahm die Ausbildung. In kurzer Zeit konnte Worgee sicher schwimmen und erwarb das Rettungsschwimmabzeichen Bronze. Auch über die Anfängerschwimmausbildung informierte er sich ausführlich, um

die Erkenntnisse in seiner Heimat in die Tat umsetzen zu können.

Die gründliche Ausbildung machte sich nun bezahlt. Dr. Martin-Yeboah, Kinderarzt des medizinischen Zentrums Bong Range, schreibt in seinem Brief:

„... Seine versierte und frühe Hilfe bei

der schon vorhandenen Azidose und Hypoxie (Übersäuerung des Blutes und Sauerstoffmangel infolge von Atemstillstand — d. Red.) hat die Arbeit im Krankenhaus sehr erleichtert. Der Patient konnte deshalb voll wiederhergestellt werden ...“

Rheinland-Pfalz-Tag

Die DLRG zeigte auf dem Wasser was sie leisten kann

„Ihr von der DLRG habt eure Boote aber gut im Griff“, so der Kommentar eines Mitarbeiters des THW-Landesverbandes zum DLRG-Team auf der Wasserbühne auf dem Rhein vor Mainz während der Rheinland-Pfalz-Tage. Das Lob ging den DLRG'ern runter wie Öl, kam das Lob doch von einem Experten in Sachen Bootswesen.

Rheinland-Pfalz-Tage

Zum vierten Mal fand der Rheinland-Pfalz-Tag statt, in diesem Jahr in der Landeshauptstadt Mainz. Wie in Koblenz, Trier und Worms waren die Tage im Mai Spiegelbild der heimatischen Verbundenheit mit Feiern, viel Tradition und Festumzügen. Was für uns von der DLRG aber besonders wichtig war, waren und sind die Vorführungen der Hilfsorganisationen am Wasser und natürlich auf dem Wasser.

Katastrophenschutzboote in Formation

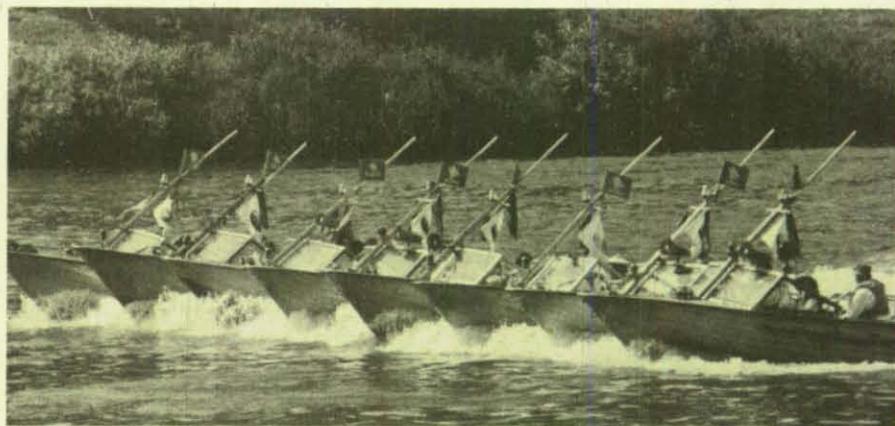
Das Land Rheinland-Pfalz hat der DLRG hierzulande eine Flotte von acht Katastrophenschutzbooten zur Verfügung

gestellt. Ein neunter KatS-Zug kam kürzlich hinzu.

Warum zeigen sich die DLRG-Boote im Formationsfahren? Die Beantwortung dieser Frage wurde den zigtausend Zuschauern an der Mainzer Rheinpromenade vom Moderator der DLRG-Vorführung, Helmut Schnare, abgenommen. Er gab eine umfassende und leicht einsehbare Erklärung als Antwort auf die aufgeworfene Problematik. Auf einen kurzen Nenner gebracht, die Bootsführer wollten der Öffentlichkeit demonstrieren, daß sie ihren selbstgestellten Aufgaben in der Wasserrettung voll gerecht werden. Es wurde auch die Keilformation gezeigt. Gerade diese Formation verlangte von den Bootsführern volle Konzentration.

Nicht nur Formation

Die Hauptaufgabe der DLRG besteht in der Erbringung von Hilfeleistung. Das hatten die rheinland-pfälzischen Organisatoren der Wasservorführung keineswegs vergessen. Für die außerordentlich schnell und präzise ablaufenden Rettungsübungen erhielt die DLRG Beifall, erst von wenigen Zuschauern, dann bald von Tausenden. Helmut Schnare



Eine beeindruckende Schau.

(Foto: Schnare)

Presseschau des Inlands

Zivil- und Katastrophenschutz

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), hat die Bedeutung von Zivil- und Katastrophenschutz im Frieden als auch im Kriegsfall hervorgehoben. Bei der 36. Jahrestagung der „Schutzkommission“, einem wissenschaftlichen Beratergremium des Innenministeriums, erinnerte Spranger daran, daß seit 1968 nicht mehr zwischen Schutzmaßnahmen vor Katastrophen in Friedenszeiten und vor kriegsbedingten Ereignissen unterschieden werde.

Das Prinzip des „Doppelnutzens“ der Hilfsorganisationen mit ihren rund eine Million Mitgliedern sei eigentlich „ein gutes Beispiel für unsere friedlichen Absichten, daß nämlich Maßnahmen, die im Interesse der notwendigen Gesamtverteidigung unerlässlich sind, vor allem auch im Hinblick auf ihren friedensmäßigen Nutzen beurteilt werden“. Um für diese Absichten auch ein äußeres Zeichen zu setzen, sei vor kurzem die zuständige Abteilung ZV, „Zivile Verteidigung“, im Bundesinnenministerium umbenannt worden in KN, was „Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, zivile Verteidigung“ bedeute, erklärte Spranger.

(„Stichworte zur Sicherheitspolitik“, Bonn)

„Für Katastrophe vorsorgen“

Die SPD fordert als Konsequenz aus dem Reaktorunfall in Tschernobyl die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Bundestag, um die Katastrophenvorsorge in der Bundesrepublik zu verbessern. Eine entsprechende Entschließung faßten die SPD-Fraktionsvorsitzenden aus dem Bundestag und den Landtagen bei ihrer zweitägigen Konferenz in Frankfurt. Zugleich erhoben sie am Freitag „schärfsten Widerspruch“ gegen die Absicht der EG-Kommission, die Bela-

stungswerte für die radioaktive Verstrahlung von Lebensmitteln zu erhöhen. Herta Däubler-Gmelin, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, forderte die Bundesregierung auf, „sich solchen skandalösen, gesundheitspolitisch unverantwortlichen Bemühungen“ auf europäischer Ebene zu widersetzen.

Die Enquete-Kommission, die die bisherige aus den Jahren 1977 und 1981 stammende Rahmenplanung für den Katastrophenschutz überprüfen wird, soll die strahlenmedizinischen Einrichtungen für den Katastrophenfall verbessern. Zudem müßten die Erforschung der Auswirkung niedriger Strahlendosen auf den Menschen vorangetrieben und die Ausbildung der im Katastrophenfall eingesetzten Kräfte verbessert werden. Schließlich müsse die Rechtslage eindeutiger geregelt sein. Außerdem halten die Sozialdemokraten eine bessere internationale Abstimmung und Zusammenarbeit in der Katastrophenvorsorge für unabdingbar.

Die Fraktionsvorsitzenden, die die Bemühungen der Bundesregierung um eine Modernisierung des Katastrophenschutzes nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl „zur Kenntnis nehmen“, bemängeln gleichzeitig, daß keine weitergehenden Überlegungen zu gesetzlichen Konsequenzen, zu Fragen der Finanzierung und Absicherung der Ausstattung der Länder durch den Bund angestellt worden seien.

(„Frankfurter Rundschau“)

Rotes Kreuz fordert Katastrophenforschung

Einen Sonderforschungsbereich oder einen Verbund von Lehrstühlen, welche sich interdisziplinär der Katastrophenforschung widmen sollten, hat der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Schmitz-Wenzel, in Bonn gefordert. Seine Nachfrage bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) habe ergeben, daß in der Bundesrepublik auf diesem Forschungsgebiet eine Lücke bestehe. Demgegenüber sei man in angelsächsischen und skandinavischen Ländern schon vor zwei Jahrzehnten dazu übergegangen, die Zusammenhänge zwischen Katastrophen, Reaktionen und zivilisatorischer Entwicklung zu untersuchen. Katastrophen, etwa Erdbeben, Dürre oder Überschwemmungen, würden weniger als plötzlich auftretende Phänomene angesehen denn als konti-

nuierliche Prozesse, die bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen die Abnahme der Fähigkeit, sie zu bewältigen, bewirkten.

Einzeldisziplinen seien auch in der Bundesrepublik gut entwickelt, so die Tropenmedizin, tropische und subtropische Land- und Forstwirtschaft, Ernährungswissenschaften, Erdbebenforschung und Wohnungsbau für Länder der Dritten Welt. Doch fehle es an deren Integration. Neben dem Wissensgewinn sollte derlei Forschung auch der Ausbildung von Fachleuten für Planung, Umsetzung und Überprüfung von Katastrophenmaßnahmen dienen. Das Rote Kreuz selbst habe als Hilfsorganisation nicht die Aufgabe, Grundlagenforschung zu betreiben, erwarte von Forschern aber Entscheidungshilfen und Hinweise für den sparsamen Einsatz von Geldern und Hilfsgütern.

Zwischen 1982 und 1985 wurden nach Schmitz-Wenzels Angaben in der Bundesrepublik für Katastrophenhilfe 1,5 Milliarden Mark an Steuer- und Spendengeldern ausgegeben. Die Bundesrepublik Deutschland sei der drittgrößte Spender in der Welt.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)

Gesetzentwurf für Zivilschutz liegt noch nicht vor

Das Bundesinnenministerium will prüfen lassen, ob der Zivilschutz ausgebaut werden kann. Es teilte mit, noch liege ein Entwurf eines umfassenden Zivilschutzgesetzes nicht vor. Bei der Vorbereitung eines derartigen Entwurfs solle erwogen werden, bestimmte Fachkräfte im Katastrophen- oder Verteidigungsfall auf dem Wege einer Dienstpflicht heranziehen zu können. Daran habe schon die frühere Koalitionsregierung aus SPD und FDP 1982 gedacht. Jetzt sollten diese Gesichtspunkte mit den „Zivilschutzorganen“ besprochen, danach in der Koalition erörtert werden. Der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Spranger, hatte zuvor von einer Dienstpflicht für den Zivilschutz in Krisenzeiten für Männer bis zu 65 Jahren gesprochen; die Zuständigkeit für die Dienstverpflichtung beispielsweise beim Einsatz als Evakuierungshelfer solle bei den Kreisverwaltungen liegen. Derartige Überlegungen wurden vom Innenministerium als „Uraltvorhaben“ aller jeweiligen Bundesregierungen bezeichnet.

(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)

Presseschau des Auslands

Vielfältige Vorsorge für den Ernstfall

Die Schweizer sind bekannt für ihre Hochschätzung der Sicherheit. Umfragen belegen über Jahre hinweg, daß das Bedürfnis nach Schutz vor den Unbilden des Alltags ganz oben auf der Wunschliste der Eidgenossen steht. Für den Kriegsfall haben sie vorgesorgt wie kaum ein anderes Volk.

Beim Zivilschutz steht die Schweiz an der Weltspitze. Neuesten Angaben zufolge haben 83 Prozent der Bürger einen Platz in einem Bunker. Bis zum Jahr 2000 sollen alle 6,5 Millionen derart „versorgt“ sein.

„Krisen, Kriege und Revolutionen erschüttern die Welt immer wieder“, heißt es in einer offiziellen Broschüre, und weiter: „Ohne Schutzmaßnahmen wären wir nicht nur leicht erpreßbar, sondern auch sehr leicht verwundbar.“

Wer in der Schweiz ein Haus errichtet oder größere Umbauten vornimmt, muß einen Schutzraum anlegen, der pro Person einen Quadratmeter Fläche und 2,5 Kubikmeter Rauminhalt bietet. In Friedenszeiten kann dieser Raum zum Basteln, als Vorratskeller oder Garage benutzt werden. Wenn es ernst wird, hat ihn der Eigentümer innerhalb von 24 Stunden der eigentlichen Bestimmung entsprechend umzuwandeln.

Eine halbe Million Schweizer und 20 000 Schweizerinnen sind „Schutzdienstpflichtige“, die in Kursen ihren besonderen Fähigkeiten und Kenntnissen nach ausgebildet werden. Im vorigen Jahr nahmen 400 500 Bürger an solchen Schulungen teil. Jedes Jahr werden in der Schweiz 575 Millionen Franken für den Zivilschutz ausgegeben.

Der größte Bunker der Schweiz liegt in Luzern. Er faßt 20 000 Menschen; normalerweise haben in einem größeren Schutzraum einige Dutzend, höchstens einige hundert Personen Platz. Die Luzerner hatten aber die Idee, einen 1,2 Kilometer langen Autobahntunnel durch den Sonnenberg im Ernstfall zum

Bunker umzufunktionieren. Mit einem Aufwand von 39 Millionen Franken wurden in den Jahren zwischen 1970 und 1976 die beiden Röhren und der Raum dazwischen so hergerichtet, daß sie einem Drittel der Bevölkerung zwei Wochen lang Aufenthalt bieten.

Die Frage, ob sich solch ein Aufwand im Atomzeitalter überhaupt lohnt, beantwortet der Chef des Luzerner Zivilschutzes, Stephan Lehner, so: „Ich glaube nicht an einen nuklearen Holocaust. Dann nützt nichts mehr.“ Im November soll der Tunnel erstmals gesperrt und mit seinen schweren Panzertoren verschlossen werden, damit Zivilschützer die technischen Einrichtungen erproben können. Dazu gehören Lüftung und Kühlung, Trinkwasser- und Stromversorgung sowie das Aufstellen von 20 000 Liegen in den Tunnelröhren. Alle technischen Einrichtungen einschließlich eines Notspitals mit zwei Operationsräumen und 328 Betten sowie die Kommandoräume sind auf fünf Stockwerke zwischen den Tunnelröhren verteilt.

Mit Schweizer Gründlichkeit wurde an alles gedacht. So hat der Riesenbunker denn auch ein Gefängnis mit insgesamt vier nicht sehr komfortablen Zellen. Wer zu Tode kommt, wird zunächst in einen „Leichenraum“ gebracht. Damit die Menschen nicht aggressiv werden, können zahllose Lautsprecher wie im Kaufhaus beruhigende Musik verströmen.

Das wichtigste im Bunkerleben ist laut Lehner die Hygiene. Im Ernstfall werden deshalb Toiletten zuerst aufgestellt werden. Insgesamt dauert es drei Tage, ehe der Sonnenbergtunnel in einen Schutzraum umgewandelt ist. Die Experten halten dies für ausreichend. Sie rechnen mit einer „Vorangriffsphase“, die nicht nur genügend Zeit zum Beziehen des Bunkers, sondern auch zu einer „Rotation“ läßt. Gemeint ist damit, daß sich fünf bis zehn Prozent der Bunker-Bevölkerung ständig außerhalb des Schutzraumes aufhalten, und zwar, wie es in einer Schrift über den Sonnenbergtunnel heißt, um sich „in der freien Luft zu entspannen“.

(„Frankfurter Allgemeine“)

Zivilschutz ohne Grenzen

Eine engere Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zwischen den Ländern der europäischen Gemeinschaft wurde am Montag im EG-Ministerrat beschlossen. In erster Linie sei an rasche gegenseitige Hilfeleistung bei Naturkatastrophen wie Waldbränden oder Erdbeben gedacht, berichtet Staatssekretär Carl-Dietrich Spranger vom Bonner Innenministerium.

Als konkrete Verbesserung wurden gemeinsame Übungen von Zivilschutz-Einheiten, „ständiger Kontakt“ zwischen den Verantwortlichen sowie ein EG-Handbuch beschlossen, das Angaben über die zum Teil vorhandenen Sonderausrüstungen (zum Beispiel Brandbekämpfungsluftzeuge) sowie Personal und Material enthält. Maßnahmen gegen Risiken der Atomenergie sollen demnächst in einem besonderen Programm geplant werden. Eine erste gemeinschaftliche Übung zur Waldbrandbekämpfung fand 1985 nach EG-Angaben in Frankreich statt. Kräfte aus Italien, der Bundesrepublik, Griechenland, Portugal und Spanien nahmen daran teil.

Die neuen Beschlüsse würden die bisherigen zweiseitigen zwischenstaatlichen Abkommen ergänzen, sagte Spranger. Solche Abkommen gebe es zwischen Bonn und den westlichen EG-Nachbarn sowie mit Österreich und der Schweiz, aber bislang nicht zwischen den übrigen EG-Ländern.

EG-Kommissar Carlo Ripa di Meana sagte nach dem Ministertreffen laut dpa: „Heute ist der europäische Zivilschutz entstanden.“ Er verwies vor allem auf die Bedeutung von Übungen für die Bekämpfung von Waldbränden. Feuer verursache in der Gemeinschaft jährlich einen Schaden von 72 Milliarden Mark.

Im Budget der EG sind laut dpa seit langem Mittel zur Hilfe für die Opfer von Katastrophen vorgesehen. Die Gemeinschaft stellte in den letzten zehn Jahren insgesamt 197 Milliarden Mark Soforthilfe zur Verfügung.

(„Frankfurter Rundschau“)

Wissenschaft & Technik

Superhoher mobiler Löschmast für Öllager

Ein über fünfzig Meter hoher Mast zur Bekämpfung von Bränden in Öllagern steht zur Auslieferung nach Kuwait bereit. Hersteller dieses Mastes, der nach Ausführung und Größe kein Vorbild hat, ist eine finnische Firma.

Der Mast befindet sich als Aufbau auf einem vierachsigen Lkw. Er ist zusammengesetzt aus zwei durch Gelenk verbundenen Teleskoparmen, der untere Arm bestehend aus drei, der obere aus zwei Sektionen. Seine maximale Höhe mißt 50 m, bei waagerechter Stellung des oberen Arms erreicht er eine Ausladung von 23 m.

Der obere Arm trägt an seinem Ende die Löschkanone. Sie wirft 6000 Liter pro Minute aus und erzielt eine Reichweite von bis zu 100 m. Die Kanone hat einen Schwenkbereich von 30° in der Horizontalen und 90° in der Vertikalen. Der Gelenkmast selbst ist im Vollkreis (360°) drehbar. (Foto: Bronto Skylift)



Ketten und Stahlseile kein Hindernis

Mit einem neuentwickelten Ketten- und Stahlseilschneider ist das Trennen von Ketten und Stahlseilen kein Problem mehr. Das hydraulisch arbeitende Gerät ist für Rundstahlketten in den Güteklassen 8 bis 16 mm \varnothing und 6 bis 24 mm \varnothing geeignet. Auch Rundmaterial und Profilstähle bis 24 mm \varnothing bei einer maximalen Festigkeit von 600 N/mm² können mühelos getrennt werden.



Mit dem gleichen Grundgerät und austauschbaren Schneidköpfen lassen sich auch Seile bis 24 mm \varnothing schneiden oder trennen.

Schnelle und saubere Schnitte, dabei unabhängig von der Lage, vom Ort und von zusätzlichen fremden Kraftquellen sind die Vorzüge des Gerätes.

(Foto: Heidkamp)

Computerhilfe für „Gefährliche Stoffe“

Die Computer-Datei „Gefährliche Stoffe“ bietet die für den Einsatz wichtige schnelle Kurzinformation. Sie enthält feuerwehrgerechte Daten, die man ohne chemische Fachkenntnisse sofort für den Einsatz nutzen kann. Die Datei hat sich in einer Vielzahl von Einsätzen auf einer Großrechenanlage in der BF Wiesbaden bewährt; sie steht jetzt in vollem Umfang erstmals auf einem Kleinrechner zur Verfügung!

Die Vorteile der neuen Datei „Gefährliche Stoffe“ sind der schnelle Zugriff auf die Daten durch eine große Synonymdatei von etwa 10 000 Stoffnamen und die unmittelbare Kurzinformation über

die technischen Daten der chemischen Stoffe zu mehr als 1 800 UN-Nummern.

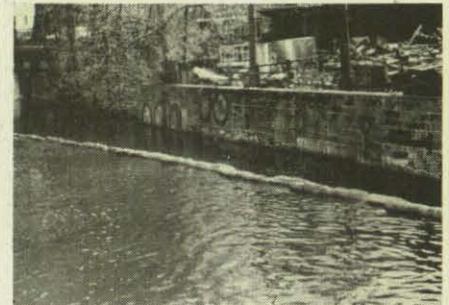
Die Daten enthalten Einsatzempfehlungen z. B. über Schutzausrüstung, Brand- und Explosionsgefahren usw. sowie einsatzbezogene Kurzhinweise auf Zersetzungsprodukte, Reaktionen mit Wasser und Gefährdungen durch Hautresorption u. ä. Die Daten werden ergänzt von bis zu fünf Literaturhinweisen mit Seitenzahlangaben für weitergehende Informationen.

(Keudel av-Technik)

Der Umwelt eine saubere Chance

Ölverschmutzungen finden nicht nur als große Katastrophe in Form von spektakulären Tankerunfällen an Küsten statt, sondern passieren täglich tausendfach in unmittelbarer Umgebung. Gefährdet sind Bäche, Flüsse, Talsperren, Seen und Häfen. Überall, wo Öl transportiert, gelagert und verbraucht wird.

Vlies-Ölbindemittel sind eine unkomplizierte, effektive Sofortmaßnahme für diese Fälle. Das Vlies aus synthetischen Fasern stößt Wasser ab und saugt Öl sowie ca. 50 andere gefährliche Chemikalien bis zum Fünfundzwanzigfachen seines Eigengewichtes auf.



Das Produkt gibt es in verschiedenen Ausführungen: Als Schleier dient es zur Aufnahme von dünnen Ölfilmen und Öllachen auf Gewässern. Die Kissen sind dann geeignet, wenn an engen, schwer zugänglichen Stellen größere Mengen Leichtöl aufgenommen werden müssen. Schläuche werden auf dem Wasser ausgelegt, um das Weitertreiben der Öllachen zu stoppen und um diese klein zu halten. Dabei können beliebig viele Schläuche miteinander verknüpft werden. Tücher saugen Öl bei kleineren Verschmutzungen aus Pfützen und Wasserlachen auf.

Das Bindemittel verhält sich arbeitshygienisch völlig unbedenklich. Seine Verwitterung ist ohne Umweltbelastung nach Gebrauch möglich, beim Verbrennen entsteht keine toxische Wirkung.

(Foto: 3 M)

Neue Bücher

Die Rettungssanitäterprüfung

Von R. Rossi, B. Gorgass und
F. W. Ahnefeld
Springer-Verlag, 1000 Berlin 33

Grundlage der Erstversorgung von Notfallpatienten ist der organisierte Rettungsdienst. Die Bereithaltung entsprechender Fahrzeuge und die qualifizierte Ausbildung ihrer Besatzung gewährleistet die bestmögliche außerklinische Ersttherapie in akuten Notfallsituationen. Die Ausbildung zum Rettungssanitäter schließt mit einer umfassenden theoretischen, mündlichen und praktischen Prüfung vor einer ärztlich-sanitätsdienstlich besetzten Kommission ab.

Das Buch bietet dem Leser und Mitarbeiter die notwendigen Voraussetzungen für eine ausreichende und fundierte Prüfungsvorbereitung. Es basiert auf dem im gleichen Verlag erschienenen Lehrbuch „Der Rettungssanitäter“.

Das Buch bietet Möglichkeiten zur Überprüfung des medizinischen und einsatztechnischen Wissens, welches vom Rettungssanitäter zu fordern ist. Die relevanten Fakten und Zusammenhänge werden systematisch abgefragt und die üblichen Aufgaben der Prüfung noch einmal detailliert dargestellt.

Die Roten Hefte

Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Die Fachschriften der bewährten Reihe „Die Roten Hefte“ haben bereits ihren festen Platz in der Ausbildung und als Nachschlagewerk im alltäglichen Dienst bei der Feuerwehr gefunden. Mit den vorliegenden drei Neuauflagen werden die jeweiligen Themenkreise auf den aktuellen Stand gebracht:

Lutz Rieck
Die Tragkraftspritze
mit Volkswagen-Industriemotor
Band 4a, 12. Auflage

Kurt Klösters
Kraftspritzen –
Sicherheit durch Wartung
Band 12.

Heinz-Otto Geisel
Feuerwehr-Sprechfunk
Band 45, 4. Auflage

Tatü-Tata-Humor

Von Michael Hahn,
2000 Hamburg 61
Eigenverlag

Aus seiner Sammlung von über 1700 internationalen Bild- und Textwitzen, Cartoons, Karikaturen und Anekdoten zum Thema Feuerwehr hat der Verfasser, selbst Feuerwehrmann, ein humorvolles Buch mit rund 180 Witzen aus vielen Ländern zusammengestellt.

Nach dem Motto, daß gemeinsames Lachen verbindet, eignet sich das Buch besonders als Geschenk. Auch für Kontakte über Ländergrenzen hinweg ist es geeignet, da die Texte in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch wiedergegeben werden.

„Gelbe Feuerwehrmodell-Liste Nr. 5“

Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes,
5300 Bonn 2

Das Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes gibt jährlich eine aktuelle Übersicht aller Feuerwehrmodelle unter dem Titel „Gelbe Feuerwehrmodell-Liste“ heraus. Die Nr. 5 ist soeben neu erschienen. Bei der Gestaltung dieser Auflistung hat man sich mehr noch als in den vergangenen Jahren an den Wünschen der Sammler orientiert, so sind die Modelle nach Herstellernamen alphabetisch sortiert, hier nochmals nach Feuerwehr-Fahrzeugen, Rettungsdienstfahrzeugen, Polizei und THW. Auch wurde viel Wert darauf gelegt, die einzelnen Fahrgestell-Typen übersichtlich zu ordnen.

Laborbrände-Laborexlosionen

Von Werner Schramm
Verlag W. Kohlhammer GmbH,
7000 Stuttgart 80

Die vielfältigen Erfahrungen, die Laborbrände und -explosionen vermitteln,

stehen oftmals nur einem kleinen Personenkreis zur Nutzenanwendung zur Verfügung. Die in dem vorliegenden Band zusammengefaßten Beobachtungen und Erfahrungen sollen diese mögliche Lücke schließen.

Grundlage des Werkes sind die ausgewerteten Berichte über 360 Brände, Verpuffungen und Explosionen in Laboratorien. Von diesen Schadensereignissen, die vom Kleinbrand bis hin zum Großschadensereignis reichen, werden in dem Werk 116 Fallbeispiele mit Daten und Fakten vorgestellt.

Im folgenden Teil werden anhand der Fallbeispiele Brandentstehung, -ausdehnung, -bekämpfung und Schäden analysiert. Folgerichtig wird im dritten Teil des Werkes aus den gewonnenen Einsichten ein Überblick über die Maßnahmen des vorbeugenden baulichen und betrieblichen sowie des abwehrenden Brandschutzes gegeben.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Töpfer/Lind
Notstandsrecht der Bundesrepublik
Deutschland
96.–98. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, 8136 Percha

Lüttgen
Handbuch des Rettungswesens
34. und 35. Ergänzungslieferung
Verlag v. d. Linnepe, 5800 Hagen

Gerdemann/Korbmarm/Kutter
Krankentransport und
Rettungswesen
33.–35. Ergänzungslieferung
Erich Schmidt Verlag GmbH,
4800 Bielefeld 1

Müller
Druckgase
44. und 45. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag,
Braun & Co. KG,
6200 Wiesbaden 1

Steinkamp
Gesetze der
Bundesrepublik Deutschland
Ergänzungslieferungen
Dezember 1986 und April 1987
Walhalla und Praetoria Verlag,
8400 Regensburg

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Die faltbaren Trinkwasserbehälter — 1 500 Ltr. Inhalt — dienen in erster Linie der Wasserversorgung des ABC-Zuges im KatS. Ferner können sie für jegliche Arten von Wasserversorgungs-Einsätzen eingesetzt werden. Um diesen Einsatzzwecken gerecht zu werden, muß der Behälter den Bestimmungen zum Transport und Lagerung von Lebensmitteln voll entsprechen.

Die entsprechenden Spezifikationen sind:

- Technische Beschreibung BZS — TB 37/5430, Ausgabe 4
- Zeichnungssatz Nr. 54 000 5

Für den mobilen Einsatz können zwei Behälter mit einem Verzurrgeschirr transportsicher auf einem Lkw 5 t-Nutzlast verlastet werden.

Technische Forderungen an den Behälterstoff

- Als Behälterstoff wird ein zweiseitiges gummiertes Gewebe mit Schutzeigenschaften gegen Chemikalien nach TRL 8305-013 verwendet.
- **Grundgewebe**
100% Original-Marken-Polyester, Endlosfasern, hochfest und schrumpfarm/stabilisiert.
- Das Flächengewicht beträgt 180 g/m².
- Die Gummierung (Beschichtung) ist auf der Basis von Synthese-Kautschuk aufgebaut. Die Stoffaußenseite ist mit 460 g/m² und die Stoffinnenseite mit 370 g/m² beschichtet.
- Farbe der Außenseite ist gelb-oliv, RAL 6014 und die Innenseite cremweiß, RAL 9001.
- Die in der Zeichnung angegebenen Maße beziehen sich auf den gefüllten Behälter ohne Armaturen.

Konfektionierung

- Der Behälter wird in geklebter Ausführung gefertigt. Die Klebeverbindungen müssen beständig gegen Chemikalien und chloraktive Dekontaminationsmittel sein. Ferner müssen auch hier die lebensmittelrechtlichen Bestimmungen erfüllt werden.
- Die Klebeverbindungen sind mindestens 30 mm zu überlappen und mit Abdeckbändern aus dem Behälterstoff zu überdecken.
- Die Festigkeit der Klebeverbindung muß der Reißfestigkeit des Behälterstoffes entsprechen
Kette: 2 800 N/5 cm
Schuß: 2 800 N/5 cm
- In die Oberseite des Behälters ist in der Mitte, rechtwinklig zur Längsachse, als Reinigungsöffnung, ein 850 mm langer Reißverschluß eingearbeitet. Ein ankonfektionierter Wickelverschluß schützt den Reißverschluß gegen Verunreinigungen.

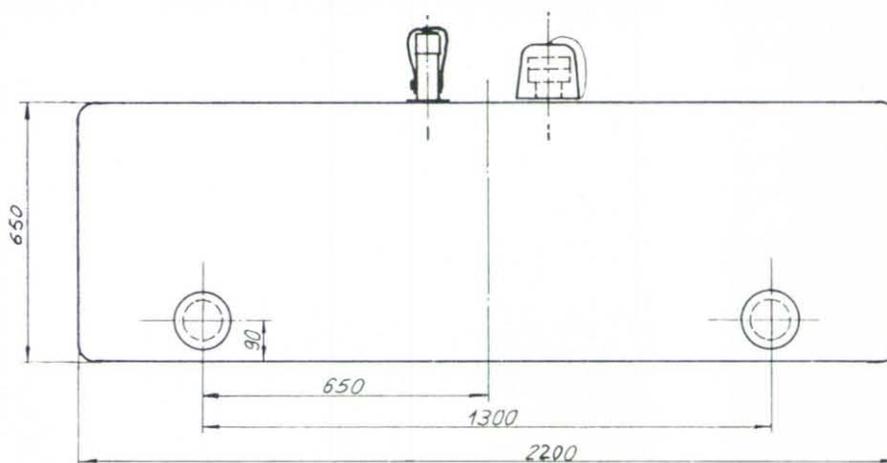
Ankonfektionierte Armaturen

- Auf der Oberseite ist eine Kupplung C-DIN 14 302 mit Blindkupplung C-DIN 14 311 sowie eine abdeckbare Entlüftungsöffnung angebracht.
- An den Längsseiten unten sind je zwei drehbare C-Kupplungen mit Blindkupplungen C-DIN 14 311 befestigt.
Durch diese Kupplungsanordnung können die Behälter direkt aneinander gekuppelt und zentral befüllt bzw. entleert werden.
- Zur Vermeidung von Schäden werden alle fünf Kupplungen mit Schutzkappen abgedeckt.
- Die Kupplungen sind gegen Korrosion eloxiert.

Anlagen und Geräte des Katastrophenschutzes

(Bundesausstattung)

Trinkwasserbehälter, faltbar, 1,5 m³



Prüfen auf Dichtigkeit

- Die Behälter werden mit Luft (0,1 bar) aufgeblasen. Nach 15 Minuten wird der Druck auf 0,07 bar eingestellt. Innerhalb von 30 Minuten darf dieser Druck auf höchstens 0,06 bar sinken.

Zu jedem Behälter gehört eine kombinierte Packtasche/Unterlegplane, in der der Behälter zusammengeklappt, gelagert und transportiert wird. Die Packtasche wird als Unterlegplane für den gefüllten Behälter verwendet.

Jederzeit einsatzbereit zur Soforthilfe



Nicht nur bei Notfällen im Inland, sondern auch bei Katastrophen im Ausland bringen viele deutsche Hilfsorganisationen und caritative Verbände der betroffenen Bevölkerung unbürokratische, schnelle und wirkungsvolle Soforthilfe. Das Spektrum der Einsätze ist groß, wobei immer der Mensch im Vordergrund der Hilfsmaßnahmen steht. Es gilt als erstes, die Not und das Leid der Opfer zu lindern.

Die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) hat sich für ihre Einsätze in aller Welt die „Katastropheneinsatzleitung Ausland“ (KELA) geschaffen. Schon über viele Jahre hinweg bewährt sich die KELA mit ihrem Instrumentarium, dem „Bundeskatastrophenzug“ (BKZ).

Dem BKZ gehören rund 300 ehrenamtliche JUH-Helfer aus allen Landesverbänden an. Seine Ausstattung besteht aus zwei 50-Personen-Feldlazaretten, die jederzeit einsatzbereit sind.

Der BKZ setzt sich aus verschiedenen Trupps zusammen. Eine wichtige Aufgabe hat dabei der Wasseraufbereitungstrupp. Er stellt u. a. die Wasserversorgung des Feldlazarettes sicher und übernimmt, wenn nötig, die Trinkwasseraufbereitung für die Geschädigten.

Unser Titelbild und die Fotos auf dieser Seite zeigen eine zu Demonstrationszwecken aufgebaute Trinkwasser-Aufbereitungsanlage des BKZ Köln (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).